

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.02.2017 Plenarprotokoll 17/94

94. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Februar 2017, 13.00 Uhr, in München

	Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus	
Geschäftliches	Rinderspacher, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.	
Gedenken an die Opfer des Terroranschlags von	a. und Fraktion (SPD)	
Quebec	zur Änderung des Gesetzes über das Verbot	
Quebec	der Zweckentfremdung von Wohnraum	
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten	(Drs. 17/15020)	
Ludwig Freiherrn von Lerchenfeld 8317	- Erste Lesung -	
Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 BayLTGeschO betr.	Andreas Lotte (SPD)83	17
Umbesetzung im Sozialausschuss	Eberhard Rotter (CSU) 8319 8320 83	
Offibesetzurig iiri Sozialausschuss	Volkmar Halbleib (SPD)83	
	Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER) 83	
Antrag der Staatsregierung	Jürgen Mistol (GRÜNE)83	
auf Zustimmung zum Zwanzigsten Staatsver-		
trag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staats-	Verweisung in den Innenausschuss	24
verträge (Zwanzigster Rundfunkänderungs-		
staatsvertrag) (Drs. 17/15018)	Constructive of an Abanandanton Markey	
- Erste Lesung -	Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus	
Vanuaiauna in dan Wissansahaftasusaahusa 0247	Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Fraktion	
Verweisung in den Wissenschaftsausschuss 8317	(SPD)	
	zur Änderung des Bezirkswahlgesetzes Einführung des aktiven und passiven Wahl-	
Antrag der Staatsregierung	rechts für Bürger eines anderen Mitgliedstaats	
auf Zustimmung zum Abkommen zur dritten	der Europäischen Union bei der Wahl der Be-	
Änderung des Abkommens über das Deutsche	zirksräte in Bayern (Drs. 17/12345)	
Institut für Bautechnik (3. DIBt-Änderungsab-	- Zweite Lesung -	
kommen) (Drs. 17/15019)	- Zwelle Lesung -	
- Erste Lesung -	Beschlussempfehlung des	
Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 8317	Verfassungsausschusses (Drs. 17/15137)	
	Horst Arnold (SPD)83	24
	Andreas Lorenz (CSU)83	
	Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER) 83	25
	Jürgen Mistol (GRÜNE)83	
	Staatssekretär Gerhard Eck83	27

von Gefängnisbeiträten und eines Maßregel- vollzugsbeirats		
Wahl		
Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)		
Beschluss 8328		
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Pe- ter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Demokratie stärken - Direktwahl des Bundes- präsidenten einführen (Drs. 17/15167)		
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)		
Beschluss8333		

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern-Ei: Die Wahrheit muss auf den Tisch (Drs. 17/15168)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Europaweiter Salmonellenausbruch durch Bayern-Ei: Endlich Klarheit durch unabhängige Überprüfung des Behördenhandelns (Drs. 17/15173)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen! (Drs. 17/15174) und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU) Bericht über mögliche neue Erkenntnisse aus dem Bayern-Ei-Verfahren und Schlussfolgerungen (Drs. 17/15183)

Rosi Steinberger (GRÜNE) 8333 8340 Harry Scheuenstuhl (SPD) 8335 Benno Zierer (FREIE WÄHLER) 8336 8337 Eric Beißwenger (CSU) 8338 Staatsministerin Ulrike Scharf 8338 8340 8341 Horst Arnold (SPD) 8340
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeits- antrag 17/151688341
Beschluss zum SPD-Dringlichkeits- antrag 17/151738341
Beschluss zum FW-Dringlichkeits- antrag 17/151748341
Beschluss zum CSU-Dringlichkeits- antrag 17/151838341

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)

Bundeseinheitliche Netzentgelte im Übertragungsnetz (Drs. 17/15169)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Gesamtkonzept zur Neuordnung der Netzentgeltregelung und Vereinheitlichung der Netzentgelte (Drs. 17/15184)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz (Drs. 17/15185)

und Fraktion (CSU)

gung (Drs. 17/15191)

Bericht zur sogenannten Reichsbürgerbewe-

und
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Netzausbaukosten minimieren - SüdLink und SüdostLink stoppen - Bayerns saubere, flexib- le Gaskraftwerke ans Netz bringen (Drs. 17/15186)
Dr. Otmar Bernhard (CSU)
Beschluss zum CSU-Dringlichkeits- antrag 17/151698347
Beschluss zum SPD-Dringlichkeits- antrag 17/151848347
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeits- antrag 17/151858347
Beschluss zum FW-Dringlichkeits- antrag 17/151868347
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD) Antisemitismus in Bayern: Straftaten konse- quent verfolgen - Politisch-historische Bildung stärken (Drs. 17/15170)
und
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU) Politische Bildung als wirksame Prävention ge- gen Antisemitismus und Extremismus (Drs. 17/15187)
und
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Extremismus auch durch Bildung bekämpfen: Prävention durch gelebte Demokratie! (Drs. 17/15188)
Georg Rosenthal (SPD) 8348 8355 Karl Freller (CSU) 8349

 Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)
 8351

 Katharina Schulze (GRÜNE)
 8353

 Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU)
 8354
 8355

 Staatssekretär Georg Eisenreich
 8356
 8358

_	
	Margit Wild (SPD)8358
	Beschluss zum SPD-Dringlichkeits- antrag 17/151708358
	Beschluss zum FW-Dringlichkeits- antrag 17/15188
	Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeits- antrag 17/15187
	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/15187 (s. a. Anlage 2)
	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots (Drs. 17/15171)
	und
	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU) Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzie- rung (Drs. 17/15189)
	Verweisung in den Verfassungsausschuss 8358
	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gefahr durch "Reichsbürger" ernst nehmen (Drs. 17/15172)
	und
	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD) Lagebericht sogenannte Reichsbürger oder so- genannten Reichsbürgerbewegung in Bayern (Drs. 17/15190)
	und
	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher	Staatsministerin Ilse Aigner 8367 8372
u. a. und Fraktion (SPD) Mindestlohn sicherstellen - engmaschige Kontrollen gewährleisten! (Drs. 17/15175)	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 8358	Härtere Strafen bei illegalem Welpenhandel (Drs. 17/13273)
Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 17/14870)
"Bayerns Wirtschaft gut im Lauf: innovativ, di- gital, sozial"	Florian Streibl (FREIE WÄHLER)
Erwin Huber (CSU)8359 8361	Susann Biedefeld (SPD)8374
Annette Karl (SPD) 8361 8372	Rosi Steinberger (GRÜNE) 8375
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 8363 8371 Thomas Mütze (GRÜNE) 8364 8371	Beschluss8376
Klaus Holetschek (CSU)	Schluss der Sitzung

(Beginn: 13.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie pünktlich sind, und hoffe und wünsche, dass sich bald noch mehr einfinden werden. – Ich eröffne auf jeden Fall jetzt die 94. Sitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer vorab erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute zu Beginn der Sitzung mit Ihnen des Ereignisses in unserer kanadischen Partnerregion Québec gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Vorgestern ist unsere kanadische Partnerregion Québec von einem schweren Terroranschlag erschüttert worden. Menschen islamischen Glaubens, die sich zum Gebet versammelt hatten, sind ihm zum Opfer gefallen. Sechs von ihnen sind bei diesem heimtückischen Anschlag getötet und 19 weitere verletzt worden; fünf schweben noch in Lebensgefahr. Wir verurteilen diesen Akt des Terrors aus Solidarität mit allen Menschen, die ihren Glauben friedlich leben wollen, aufs Schärfste und werden es nicht zulassen, dass Angst und Hass unser Zusammenleben bestimmen. Wir werden bleiben, was wir sind: eine mitmenschliche, solidarische und offene Gesellschaft, aber auch eine wehrhafte Demokratie, die sich den Gefahren stellt, denen sie ausgesetzt ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Den Verwundeten wünschen wir möglichst vollständige Genesung. Der Bayerische Landtag trauert mit den Bürgerinnen und Bürgern Kanadas und unserer Partnerregion Québec. – Ich danke Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen. Am 27. Januar feierte Herr Kollege Ludwig Freiherr von Lerchenfeld einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Inge Aures (SPD): Er feiert noch!)

 Zumindest ist im Protokoll festgehalten, dass wir ihm gratuliert haben.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 1 a auf:

Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

(Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 17/15018)

- Erste Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Ich schlage vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 b auf:

Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (3. DIBt-Änderungsabkommen) (Drs. 17/15019) - Erste Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu ebenfalls nicht statt. Ich schlage vor, das Abkommen dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 c auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 17/15020) - Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. – Ich eröffne die allgemeine Aussprache und erteile zunächst Herrn Kollegen Lotte für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in die heutige Sitzung einen Gesetzentwurf zu dem Thema Zweckentfremdung von Wohnraum eingebracht. Es ist ja bekannt, dass diese Zweckentfremdung dazu führt, dass dem Mietwohnungsmarkt systematisch Wohnungen entzogen werden. Bei den ohnehin schon knappen Wohnungsmärkten in Bayern hat das zur Folge, dass die Preise immer weiter explodieren. Genau aus diesem Grund gibt es auch schon ein Gesetz zur Zweckentfremdung. Es ist aber zum einen befristet, läuft also Mitte des Jahres aus. Da sind wir der Meinung, das Gesetz muss nun endlich entfristet werden. Es muss aber nicht nur entfristet werden, sondern die Erfahrungen, die wir in den zehn Jahren der Geltung des bisherigen Zweckentfremdungsgesetzes machen mussten, haben deutlich gezeigt, dass wir zum anderen eine Verschärfung dieses Gesetzes brauchen und dass es endlich zeitgemäß überarbeitet werden muss.

Wir haben das neue Phänomen, dass der "Medizintourismus" unter anderem oder besonders in München massiv zugenommen hat. Mit einer Wohnung in München können mittlerweile über Zweckentfremdung und touristische Vermietung 10.000 Euro und mehr pro Monat eingenommen werden. Da wundert es nicht, dass viele findige Leute sagen: Warum soll ich meine Wohnung noch an normale Mieter und Mieterinnen vermieten, wenn ich über eine touristische Vermietung 10.000 und mehr Euro verdienen kann?

Mittlerweile haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen gegründet, die sich durch eine touristische Wohnung in ihrem Wohngebäude zu Recht belästigt fühlen; denn da findet ein ständiger Wechsel statt. Da gehen Menschen mit Koffer hinein und heraus. Die Folge ist, dass mehr Müll anfällt und dass nachts Partys gefeiert werden. Das ist kein normaler und konformer Lebenswandel eines Mieters. Das ist auch ein Grund, dass wir bei Zweckentfremdungen endlich hart durchgreifen müssen.

Wir wissen alle, dass touristische Vermietungen primär über Internetportale wie Airbnb und Wimdu dazu benutzt werden, letztendlich gewerblich Wohnungen regelmäßig dauerhaft in Form von Ferienwohnungen zweckzuentfremden. Allein in München werden nach Schätzungen von Experten mindestens 4.000 Wohnungen dauerhaft gewerblich genutzt. Sie werden dem Wohnungsmarkt entzogen. Diese Zahl ist die niedrigste, die ich bei den Schätzungen gefunden habe. Diese gehen von bis zu 10.000 Wohnungen und mehr aus. Ich möchte auch daran erinnern, dass nicht nur die touristische Vermietung eine Zweckentfremdung ist, sondern auch der Leerstand von Wohnungen. Manche Medien sprechen mittlerweile von bis zu 17.000 Wohnungen, die allein in München leer stehen, also zweckentfremdet werden, weil man sich erhofft, dass man sie teurer verkaufen kann, wenn die Wohnungspreise weiterhin steigen. Man glaubt, dass man die Wohnungen teurer verkaufen kann, wenn sie nicht vermietet sind.

Es handelt sich also um ein weithin unterschätztes Problem, das die Spekulation auf den Wohnungsmärkten weiter befeuert. Dafür brauchen wir jetzt, sofort und dringend ein zeitgemäßes Gesetz, das diese Umstände berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜ-NEN)

Sie alle wissen, dass das Verbot der Zweckentfremdung seit vielen Jahren ein Thema der Sozialdemokratie in Bayern und in Deutschland ist. Es ist aber in

Anbetracht der derzeitigen Wohnungsnot in Bayern nicht nur wichtig, weil es ein Thema der Sozialdemokratie ist, sondern vielmehr ist es eine Frage der Vernunft, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, um endlich auf diese katastrophalen Zustände auf dem Wohnungsmarkt zu reagieren.

Dass wir diesen Zustand schon lange im Landtag und an anderer Stelle anprangern – es handelt sich nicht nur um ein bayerisches Phänomen –, möchte ich Ihnen kurz deutlich machen. Die sozialdemokratisch geführten Bundesländer – wir schauen immer gern auf andere Bundesländer – Hamburg und Berlin haben unter sozialdemokratischer Führung bereits erfolgreiche Zweckentfremdungsgesetze vorgelegt. Es handelt sich einerseits um einen Gesetzentwurf und andererseits um ein Gesetz, das sich in der Praxis schon bewährt hat. Deswegen haben wir uns aus gutem Grund an dem Gesetz aus Hamburg orientiert.

Das ist nicht nur unsere Meinung. Wenn man die Hauptbetroffene unter den Kommunen, die Stadt München, fragt, bekommt man von dort klare Signale, dass das bisherige Zweckentfremdungsgesetz nicht ausreicht, um wirksam gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Deswegen haben wir mit unserem Gesetzentwurf versucht, die bisherigen guten Erfahrungen anderer Bundeländer und die Bedürfnisse der Kommunen in einen Gesetzentwurf zu gießen.

Wir haben im Jahr 2008 – das war damals noch mein Vorgänger Ludwig Wörner – einen Gesetzentwurf eingereicht. Leider hat ihn damals die CSU-Mehrheit abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört! Sonst hätten wir manches Problem nicht!)

Ich hoffe, dass Sie nun, acht Jahre später, einen Schritt weiter sind und endlich auch die Notwendigkeit eines veränderten Zweckentfremdungsgesetzes befürworten und dass wir gemeinsam diese Frage der Vernunft konstruktiv klären können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer wieder zu Anpassungen geraten, zuletzt 2012/2013 in der letzten Legislaturperiode. Ich habe immer wieder mit Anfragen versucht, deutlich zu machen, wo die Problematik liegt. Schon damals war klar, dass eine Entfristung notwendig ist. Wir wissen, dass das Gesetz leider in vielen Punkten viel zu schwammig ist. Deswegen brauchen wir im Gesetz klare Regelungen, die Richtschnur für die Kommunen und die Betroffenen sein müssen, damit dieses Gesetz auch präventiv wirken kann.

Ich habe aus der Presse vernommen, dass mittlerweile auch die CSU die Notwendigkeit sieht, sich mit diesem Thema zu befassen. Ich freue mich sehr, dass dieses Thema auch vonseiten der CSU gesehen wird und dass Eberhard Rotter in der Zeitung mit folgenden Worten zitiert wurde: Wir stimmen in vielen Punkten überein.

Lassen Sie uns also konstruktiv unseren Vorschlag diskutieren und eventuelle Differenzen deutlich machen!

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht unsere Lösung aus? – Wir wollen, dass das Gesetz entfristet wird. Wir wollen den Bußgeldrahmen bei Verstößen deutlich von 50.000 Euro auf 500.000 Euro erhöhen. Ein Bußgeld im richtigen Verhältnis zum entstehenden Schaden bzw. zum wirtschaftlichen Vorteil – Stichwort: 10.000 Euro pro Wohnung – führt aus unserer Sicht dazu, dass sich die Menschen gut überlegen, ob sie diese Zweckentfremdung weiterhin vornehmen wollen oder nicht. Wir brauchen dazu auch eine Konkretisierung des Tatbestands der Zweckentfremdung: Was ist Zweckentfremdung überhaupt? Wie können wir konkret dagegen vorgehen?

Wir wollen natürlich nicht, dass Privatpersonen, die für längere Zeit im Urlaub sind oder die sich vorübergehend anderswo aufhalten, nicht die Möglichkeit haben, ihre Wohnung zu vermieten. Wir wollen aber keine gewerbliche dauerhafte Vermietung, die Wohnungen dem Wohnungsmarkt entzieht. Deshalb fordern wir, die Fremdbeherbergung auf maximal sechs Wochen zu begrenzen. Jeder in München und jeder in Bayern, der Urlaub macht und vorübergehend seine Wohnung vermietet, kann das nach unserem Gesetzentwurf bis zu sechs Wochen am Stück tun. Er kann diese Zeit auch beliebig auf das gesamte Jahr aufteilen. Diese Möglichkeit soll weiterhin bestehen, während der gewerbliche Bereich beschränkt wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Abgrenzung: Wann liegt Zweckentfremdung vor? Wann liegt touristische Vermietung vor? Was ist eine temporäre bzw. vorübergehende Untermiete? Das Phänomen der möblierten Wohnungen nimmt immer mehr überhand, teilweise zur Umgehung bestehender Mietgesetze, teilweise legal und teilweise illegal. Wir müssen versuchen, durch das Zweckentfremdungsgesetz auch das Thema der möblierten Wohnungen zu bearbeiten. Deswegen schlagen wir vor, die Mieten für möblierten Wohnraum bei allen Wohnungen, die unter die Regelungen dieses Gesetzes fallen, im Rahmen des Zweckentfremdungsgesetzes auf maximal 15 % über der ortsüblichen Miete zu begrenzen. Damit verhin-

dern wir, dass Vermieter das Gesetz durch möblierte Wohnungen umgehen können, da sie dadurch abgeschreckt werden.

Wir wollen ein wirksames Gesetz. Bisher wissen wir: Wenn jemand im Internet eine Wohnung anbietet, bekommen wir oft bestimmte Auskünfte nicht. Wir haben kein Recht, die Auskünfte zu bekommen. Die Kommunen tun sich sehr schwer bei der Ermittlung. Wenn jemand eine Wohnung über Wimdu, Airbnb oder andere Portale anbietet, weiß man oft nicht, wer eigentlich dahintersteckt. Man sieht falsche Namen, Künstlernamen und selten die realen Namen. Wir müssen eine Lösung finden, damit das in Zukunft besser wird. So etwas kann meines Erachtens funktionieren, wenn man die Möglichkeit formuliert, die bloße Einstellung von zweckentfremdeten Wohnungen im Netz zu entfernen. Ordnungswidrigkeit heißt letzten Endes also nichts anderes, als dass wir bei diesen Portalen durchgreifen können. Sie müssen uns Auskunft geben und können auch ein Bußgeld erhalten. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen. Wir wissen aus den Erfahrungen in Berlin und Hamburg, dass allein dadurch, dass im Landtag dieses Gesetz beschlossen wird, eine präventive Wirkung erzielt wird. Das Gesamtangebot in Berlin hat sich durch dieses Zweckentfremdungsgesetz von 30 % auf 15 % verringert. Nachdem wir von Tausenden von Wohnungen sprechen, entlastet das den Wohnungsmarkt durchaus. Das ist eine Riesenchance. Lasst uns diese Chance nicht vertun; wir sollten jetzt entschlossen handeln. Wir brauchen dieses Zweckentfremdungsgesetz sofort.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Schönen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Kollege Rotter das Wort. Bitte sehr.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lasst uns jetzt entschlossen handeln. Damit hat Kollege Lotte seine Ausführungen geschlossen. Die Staatsregierung packt das Thema entschlossen an, und das wissen Sie ganz genau.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen, dass Bayern doch eines der ersten Länder war, die ein eigenes Zweckentfremdungsgesetz beschlossen haben, als die Zuständigkeit vom Bund auf die Länder übertragen worden ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das doch damals abgelehnt!)

Sie wissen ganz genau, was hier im Landtag vor vier Jahren von mir gesagt wurde. Damals wurde das Gesetz beraten und befristet, und wir haben gesagt, dass wir selbstverständlich genau beobachten werden, wie es weitergehen wird. Ich habe schon damals prognostiziert, dass wir eine Verlängerung brauchen werden. Sie wissen genau, dass in dem Gesetzentwurf der Staatsregierung die Entfristung vorgesehen ist. Tun Sie also nicht so, als ob die CSU das Thema nicht genauso sieht wie Sie. Geben Sie das einfach zu und sagen Sie, dass wir uns hier einig sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann stimmen Sie doch unserem Gesetzentwurf zu!)

Sie denken: Ich schreibe erst mal ab und dann bin ich der Primus, der diesen Entwurf als Erster einbringt. So kann es keine vernünftige Politik bei einem so wichtigen Thema geben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib, Sie kennen den Gesetzentwurf der Staatsregierung. Er ist von der Staatsregierung beschlossen worden und in die Verbandsanhörung gegangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nicht aber an den Landtag!)

Sie haben den Entwurf der Staatsregierung als Muster genommen und nur noch den Treuhänder mit hineingeschrieben. Ansonsten wurde nicht viel geändert. Die acht Wochen, die in dem Entwurf für die Ferienvermietung enthalten sind, haben Sie auf sechs Wochen reduziert. Die DEHOGA hätte gerne vier Wochen gehabt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie ärgern sich doch nur, weil Sie so spät dran sind. Das kann ich sogar verstehen!)

Die Kollegen von der SPD haben dann als Mittelweg sechs Wochen gewählt. Tun Sie also nicht so, als ob die Staatsregierung bei diesem Thema nicht schon lange tätig gewesen wäre! Wir sollten hier nicht mit Gewalt irgendwelche Konflikte produzieren, die in Wirklichkeit überhaupt nicht existieren.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt ist es ein eigenartiges Verfahren. Es gibt doch eine Pressemitteilung des zuständigen Staatsministers Herrmann von Anfang Juli, dass ein neuer Gesetzentwurf zum Verbot der Zweckentfremdung vorgelegt wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo ist der denn?)

Das habe ich im Übrigen im Hohen Hause wiederholt angekündigt.

(Inge Aures (SPD): Ja, aber nur angekündigt!)

14 Tage später stellen Sie einen Antrag, in dem Sie die Staatsregierung zu etwas auffordern, was Minister Herrmann bereits 14 Tage vorher angekündigt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Alles was recht ist: Es kann nichts Ernsthaftes sein, heute diesen Gesetzentwurf vorzulegen, obwohl Sie genau wissen, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung in einigen Wochen im Landtag eingebracht wird. Die Verbandsanhörung in der Staatsregierung ist doch zwingend vorgeschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie dann nur nicht zu spät kommen!)

– Das hat nichts mit Zuspätkommen zu tun. Das ist ein ganz normales Verfahren. Wenn die SPD nun meint, bei den Gesetzentwürfen brauche man keine Verbandsanhörung mehr, dann kommunizieren Sie das bitte insbesondere auch den kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das kann man rechtzeitig beginnen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ein Moment bitte, Kollege Rotter. – Nun sind wir wieder da, wo wir eigentlich nicht sein wollten: Zwischenrufe ja, Kollege Halbleib, aber bitte nicht permanent.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nun, Kollege Rotter ist hier am Rednerpult der Redner. Er muss Sie oder uns auch ansprechen können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er muss mir ja nur Antwort geben!)

Bitte, Kollege Rotter, Sie haben das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegen von der SPD, für Ihren Gesetzentwurf haben Sie als Muster den Entwurf der Staatsregierung genommen und ihn leicht verändert. Über die Zielsetzung sind wir uns doch eigentlich einig, und über die Änderungen, die Sie aufgenommen haben, wie zum Beispiel den Treuhänder, wird man reden können. Das Verfahren aber, wenige Tage bevor der Gesetzentwurf der Staatsregierung im Hohen Hause ankommt, vorzupreschen, ist ein eigenartiger Aufga-

lopp, den wir bisher in diesem Parlament nicht erlebt haben.

Soweit die Geldbuße auf 500.000 Euro gegenüber bisher 50.000 Euro erhöht werden soll, gehen Sie identisch mit dem Gesetzentwurf der Staatsregierung. Soweit eine Geldbuße von 50.000 Euro für verweigerte Unterlagen, Auskünfte und Ähnliches vorgesehen ist, ist das ebenfalls mit dem Gesetzentwurf der Staatsregierung identisch.

Sie weisen nun darauf hin, dass es jetzt eine neue Thematik im Vergleich zum Zeitraum von vor drei oder vier Jahren gibt, nämlich diese Fremdvermietung. Das kann man erörtern. Ursprünglich wollten wir verhindern, dass Wohnungen in Geschäftsräume umgewidmet werden. Jetzt allerdings geht es zusätzlich um die zeitlich begrenzte, kurzfristige Fremdvermietung; aber auch diese ist im Entwurf der Staatsregierung aufgegriffen und entsprechend dargestellt.

Zusammen mit dem Kollegen Brannekämper, der sich schon sehr lange mit dieser Thematik insbesondere in München beschäftigt hat, wurden Gespräche mit Wohnungseigentümerinitiativen und auch mit der DE-HOGA geführt. Wir kamen dadurch zur Erkenntnis, dass ein Änderungsbedarf besteht, und er ist im Wesentlichen auch im Gesetzentwurf der Staatsregierung verankert. Nun geht es natürlich darum, der Landeshauptstadt München und eventuell auch anderen interessierten Kommunen, in denen vergleichbare Probleme auftauchen – ich weiß das von meiner eigenen Kreisstadt Lindau –, die Möglichkeit zu geben, in Zukunft durch eigene Satzungen entsprechende Regelungen zu finden.

Es geht uns darum, die Zweckentfremdung, sei es durch bauliche Veränderung oder durch Fremdbeherbergung für einige Zeit – Sie wollen sechs Wochen – in Zukunft zu verhindern. Das ist keine Frage. Dass eine Wohnung länger als drei Monate leer steht oder gar vom Markt verschwindet, soll verhindert werden. Der Vollzug muss durch eine entsprechende Satzung beispielsweise der Landeshauptstadt München und auch durch den Einsatz von ausreichend Personal gewährleistet werden. Ich weiß vom Kollegen Brannekämper, dass es derzeit in München nur fünf Stellen gibt und diese auch erst in den vergangenen Jahren geschaffen wurden. Diese fünf Mitarbeiter sind bei den rund 4.300 Wohnungen, die laut DEHOGA zu Fremdenverkehrszwecken genutzt werden, hoffnungslos überfordert. Die Stadt München muss also in ihre Satzung auch die entsprechenden Vollzugsmöglichkeiten aufnehmen.

Sie, Kollege Lotte, haben auf Hamburg und Berlin verwiesen. Ich weiß vom Innenministerium, dass Ham-

burg mit der Räumung von Wohnungen aufgrund des Zweckentfremdungsgesetzes noch keine Erfahrungen hat. Da findet sich noch nichts. Aber ungeachtet dessen, dass es noch keine Berichte aus der Freien und Hansestadt gibt, müssen wir uns dieses Themas annehmen und überlegen, inwieweit möglicherweise das Landesstraf- und Verordnungsgesetz angepasst werden muss.

Das Gesetz soll insgesamt natürlich zügig in Kraft treten. Die Staatsregierung geht bei ihrem Gesetzentwurf vom 29. Juni aus. Sie schlagen den 30. Juni vor. Das ist im Grunde ein identisches Datum. Man kann also der Staatsregierung nicht vorwerfen, sie würde hinterherhecheln, insbesondere, wenn bei Ihnen das Inkrafttreten erst einen Tag später erfolgen soll.

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung wird in Kürze, das heißt nach Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen, im Landtag eingebracht werden. Ich gehe davon aus, dass beide Gesetzentwürfe im federführenden Ausschuss gemeinsam beraten werden. Alles andere wäre blanker Unsinn. Im Übrigen sollten wir, gerade bei so bedeutsamen Themen, die viele Menschen betreffen, keine parteipolitischen Spielchen spielen. Die parteipolitischen Spielchen sollten außen vor bleiben, zumal wir uns in der Sache weitestgehend einig sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Rotter, bleiben Sie bitte am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Rotter, Sie haben die Hälfte Ihrer Zeit dazu benutzt, Ihren Ärger darüber auszudrücken, dass die Staatsregierung ihren Gesetzentwurf bisher noch nicht vorgelegt hat. Ich habe daraufhin versucht, dies mit Zwischenrufen klarzustellen. Daraufhin hat mich die Frau Präsidentin zu Recht darauf hingewiesen, dass ich meine Einwände im Zusammenhang darstellen sollte. Deshalb habe ich mich jetzt gemeldet.

Ich glaube, es ist noch einmal zu betonen, dass die Staatsregierung eine Verbändeanhörung schon längst hätte durchführen können; denn die Probleme sind seit Langem bekannt. Es wäre auch zu erwarten gewesen, dass die Staatsregierung diesen Gesetzentwurf in den Landtag einbringt. Im Übrigen hat die Staatsregierung den Landtag von diesem Gesetzentwurf nicht vorab unterrichtet; das ist zumindest mein Kenntnisstand. Sie zeigen mit dem Finger auf uns, aber drei Finger zeigen auf Sie zurück.

Nun zur parlamentarischen Vergangenheit bei diesem Thema: Herr Kollege Lotte hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie einen Gesetzentwurf, der aus unserer Sicht notwendig gewesen wäre, weil damit viele Probleme angegangen worden wären, abgelehnt haben. Conclusio: Sie hätten dem Gesetzentwurf der Sozialdemokraten zustimmen können. Das wäre auch die Logik Ihres Vortrags gewesen. Wir haben bei diesem Thema eine große Gemeinsamkeit. Wir haben heute einen Gesetzentwurf zu diesem Thema vorgelegt. Also erklären Sie, dass Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen!

(Beifall bei der SPD)

Eberhard Rotter (CSU): Herr Kollege Halbleib, Sie sollten mir, da Sie in der ersten Reihe sitzen, zumindest zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe nicht meinen Ärger darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Staatsregierung in die Verbandsanhörung gegangen ist und erst nach der Auswertung der Stellungnahmen diesen Gesetzentwurf vorlegen kann. Ich habe meinen Ärger über das eigenartige Verfahren zum Ausdruck gebracht, mit dem Sie immer wieder aufzeigen wollten, dass uns dieses Thema nicht interessiere. Dies so darzustellen, ist wirklich mehr als schäbig. Sie wissen, dass wir uns in den ganzen Jahren dieses Themas angenommen haben. Das habe ich auch dargelegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben das doch gelobt!)

Die Stadt München hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht. Dass das Thema in München nach wie vor so akut ist, liegt vielleicht daran, dass die Tatsache, dass dort Stellen fehlen, ein rechtzeitiges Eingreifen verhindert hat. Wenn Sie dieses Thema als so dringend ansehen, dann erklären Sie mir bitte, warum Sie Ihren Gesetzentwurf erst eingebracht haben, nachdem der Gesetzentwurf der Staatsregierung vorgelegt worden ist. Sie wollten eben abschreiben, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt ja nicht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Hanisch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Medizintourismus in München – das klingt wie Science Fiction. In der Realität scheint das aber gang und gäbe

zu sein. Momentan ist es noch ruhig. Aber im Frühjahr reisen sie wieder an, die Großfamilien aus dem Nahen Osten, die sich rund um das Klinikviertel in Bogenhausen einmieten und hier den Sommer verbringen. Sie tun das aber nicht in Hotels, sondern in Privatwohnungen. Das ist ein Umstand, der neben vielen anderen Umständen im Bereich des Wohnens in München nicht in Ordnung ist.

Für die Medizintouristen ist es natürlich wesentlich günstiger, wenn sie in Privatwohnungen untergebracht werden, als wenn sie Hotels suchen müssten. Das Nachsehen haben aber die Nachbarn, die wegen Lärmbelästigungen und ähnlichen Problemen auf die Barrikaden gehen. Bürgerinitiativen haben sich bereits gegründet. Das Nachsehen haben aber natürlich auch die Hotels, die Zimmer vorhalten, von diesen Touristen aber nicht besucht werden.

Dies alles ist nicht neu, sondern ein langjähriges Problem. Wir haben nicht erst seit ein bis zwei Jahren, sondern bereits seit mehreren Jahren ein Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Damals war das der erste Schritt in die richtige Richtung. Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist aber auch ein Gesetz, wie es uns FREIEN WÄH-LERN zusagt: Bei diesem Gesetz wurde eine Laufzeitbegrenzung festgelegt, also ein Verfallsdatum wie beim Lebensmittelkauf. Deshalb müssen wir uns heute wieder mit diesem Gesetz beschäftigen. Die SPD war dabei etwas früher dran, die Staatsregierung etwas später. Ich hoffe, dass wir uns in den Ausschüssen zusammenraufen und die beiden Gesetzentwürfe zur gleichen Zeit behandeln werden. Wichtig ist, dass wir uns mit diesem Gesetz beschäftigen und dass die Geltungsdauer verlängert wird. Dafür spricht einiges.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Korrektur dieses Gesetzes. Außerdem muss dieses Gesetz um einige Punkte ausgebaut werden. Wir begrüßen, dass der Gesetzentwurf der SPD für die Kommunen noch mehr Möglichkeiten eröffnet, der Zweckentfremdung von Wohnraum entgegenzutreten. Ich halte es für normal, dass ein Gesetz mit einem Ablaufdatum evaluiert werden muss. Wir müssen uns deshalb wieder mit diesem Gesetz beschäftigen und festlegen, was daran gut und was schlecht ist, welche Punkte zusätzlich aufgenommen werden müssen oder wegfallen können.

Wir FREIEN WÄHLER sind grundsätzlich der Auffassung, dass Probleme vor Ort gelöst werden müssen. Der Gesetzgeber gibt mit diesem Gesetz den Rahmen vor. Die Kommunen müssen dann diesen Rahmen mit eigenen Verordnungen ausfüllen. Das ist der richtige Weg. Richtig ist, dass ein solches Gesetz in einer größeren Kommune durchaus sinnvoll sein

kann, während es in einer kleineren Kommune möglicherweise keinen Sinn ergibt. Die Entscheidung darüber sollte jedoch vor Ort in den kommunalen Gremien fallen. Damit können wir den Menschen vor Ort passgenaue Lösungen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, mit dem derzeitigen Gesetz lohnt sich ein Gesetzesverstoß, weil das erhobene Bußgeld niedriger als der Gewinn ist. Das ist keine Lösung. Deshalb ist die Erhöhung des Bußgeldrahmens im Gesetz sinnvoll. Inwieweit dieser Bußgeldrahmen ausgeschöpft wird, das bleibt der Kommune überlassen. Wir begrüßen diese Regelung.

Auf den ersten Blick liest sich der Gesetzentwurf durchaus positiv. Ich bin deshalb auf die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände gespannt, die uns bis zur Sitzung des Innenausschusses sicherlich vorliegen werden. Wir sind auch auf den Gesetzentwurf der Staatsregierung gespannt. Ich habe es schon angedeutet: In meinen Augen wäre es durchaus sinnvoll, bei der Beratung in den Ausschüssen die beiden Gesetzentwürfe, zum einen den Gesetzentwurf der Staatsregierung und zum anderen den Gesetzentwurf der SPD, zusammen zu behandeln. Das würde die Diskussion insgesamt befruchten. Wir stehen dem Gesetzentwurf der SPD sehr positiv gegenüber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Mistol. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wer es bis jetzt noch nicht wusste, der weiß es nun: Wir sind uns einig, dass dieses Gesetz auch über den 30. Juni 2017 hinaus unbefristet weitergeführt werden soll. Herr Kollege Rotter, ich habe für die SPD Verständnis. Der 30. Juni ist nicht mehr weit entfernt. Ich selbst habe einmal bei einem anderen Thema die Geduld verloren, bei dem ebenfalls lange Zeit angekündigt war, dass ein Gesetzentwurf der Staatsregierung kommen werde. Ich fände es gut, wenn wir beide Gesetzentwürfe im Ausschuss beraten könnten, wenn es einmal so weit ist. Diese Gesetzentwürfe werden zwar zum großen Teil deckungsgleich sein, aber es wird wahrscheinlich auch deutliche Unterschiede geben.

Ich möchte jetzt weniger über das Verfahren als vielmehr über den Inhalt sprechen. Wir können sagen, dass sich dieses Gesetz seit seinem Inkrafttreten im Jahr 2009 durchaus als wirkungsvoll erwiesen hat. Leider ist es bisher nur in München zur Anwendung gekommen. Die Landeshauptstadt hat als einzige bayerische Kommune von dieser Satzungsbefugnis Gebrauch gemacht. Sie verfügt aber als Vorreiterin

über eine ausreichende Erfahrung hinsichtlich des Vollzugs. Ich finde es gut, dass es im Jahr 2015 gelungen ist, 237 falsch genutzte Wohnungen wieder in den regulären Wohnungsmarkt zurückzubringen. In den Jahren 2009 bis 2015 konnte bei insgesamt 1.244 Wohnungen die illegale Zweckentfremdung beendet werden. Hier ist also tatsächlich etwas passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem davon auszugehen ist, dass sich der Wohnraummangel auf dem überhitzten bayerischen Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen wird, ist nicht nur eine Entfristung dieses
Gesetzes geboten; auch die Erfahrungen mit diesem
Gesetz sollen bei einer Änderung des Gesetzes berücksichtigt werden. Ich nenne hier die Entwicklungen
bei der Fremdbeherbergung und die damit verbundene Zweckentfremdung von Wohnraum. Hier hat sich
die Situation in den letzten Jahren noch einmal deutlich verschärft.

Wir haben heute von der Studie gehört, wonach in München 1,9 Millionen Besucher in gut 4.300 Quartiere vermittelt werden, vor allem über Internetportale. Dazu gehört auch dieses lukrative Geschäft mit dem Medizintourismus. Dabei wird oft Wohnraum für eine Nacht für 380 Euro angeboten. Dadurch kommt man tatsächlich im Monat für eine Wohnung auf einen Betrag von 10.000 Euro, den Herr Lotte genannt hat, und kann also schon einen schönen Betrag erwirtschaften. Dadurch wird auch der Bevölkerung dauerhaft Wohnraum entzogen. Insofern ist es klar, dass der bisherige Bußgeldrahmen deutlich erhöht werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Andreas Lotte (SPD))

Es muss schon wehtun. Es bringt nichts, wenn man nur Kleckerlesbeträge einfordern kann. Wir brauchen sicher auch eine Erweiterung der Auskunftspflichten. Wir werden im zuständigen Ausschuss bestimmt eingehend darüber diskutieren, dass das Anbieten und Bewerben von genehmigungspflichtigen Vermietungen mit einer Geldbuße belegt werden kann.

Insofern kann ich für die GRÜNEN sagen, dass der Gesetzentwurf der SPD eine gute Grundlage ist. Wir können damit zu einer guten Lösung kommen. Innenminister Herrmann hat schon im Sommer angekündigt, das Gesetz zu entfristen und auch zu verschärfen. Auf den kursierenden Referentenentwurf, der ebenfalls viele dieser Regelungen aufgreift, wurde bereits Bezug genommen. Ich wünsche mir, dass wir darüber tatsächlich gemeinsam beraten.

Auch über das Thema Ersatzvornahme sollten wir noch eingehend diskutieren; das ist schon ein heftiger Eingriff. Ich gehe davon aus, dass sie dann, wenn sie kommt, ein Mittel ist, das die Kommunen nicht leichtfertig einsetzen dürfen. Sie wird wohl eher ein Mittel sein, um nach dem Motto "Wir könnten" mit dem Zaunpfahl zu winken. Dazu gibt es sicher noch Diskussionsbedarf im Ausschuss.

Kolleginnen und Kollegen, klar ist: Die Kommunen brauchen ein effektives Mittel, um illegale Zweckentfremdungen zu verfolgen und bestehenden Wohnraum schützen zu können. Das Zweckentfremdungsgesetz ist hilfreich. Die Entfristung und die Neuregelung werden kommen. Die nähere Ausgestaltung werden wir noch diskutieren. Ich appelliere aber schon jetzt auch an andere Kommunen, von der Möglichkeit, eine Zweckentfremdungssatzung zu erlassen, Gebrauch zu machen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bezirkswahlgesetzes Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Bürger eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union bei der Wahl der Bezirksräte in Bayern (Drs. 17/12345)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Arnold – er steht schon bereit – für die SPD-Fraktion das Wort geben.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leben und leben lassen – auf die Demokratie bezogen heißt das: Teilhabe am aktiven und passiven Wahlrecht. Aufgrund von Artikel 22 Absatz 1 Satz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist es in Bayern erlaubt, aber auch wünschenswert, dass EU-Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten an Gemeinde- und Stadtratswahlen teilnehmen. Grundlage dafür sind die kommunale Betroffenheit vor Ort und die mannigfalti-

gen Berührungspunkte für das tägliche Leben der Bürger, gerade auch in der gefestigten europäischen Verbundenheit. Die Bezirke sind Gebietskörperschaften mit mehrheitlich kommunalen Aufgaben. Sie bilden eine Zwischenebene ohne eigenes Erhebungsrecht für Steuern, sind umlagefinanziert durch die Gemeinden, Landkreise und Städte. Sie erfüllen gerade im sozialen Bereich äußerst wichtige Aufgaben, ich denke etwa an die Behinderten- und Jugendfürsorge. Sie entlasten und stützen die Kommunen.

Tatsache ist, dass das Regelwerk der EU diese Bezirke ausdrücklich nicht erwähnt. Tatsache ist auch, dass es sich bei den Bezirken um ein Kommunalinstitut handelt. Tatsache ist außerdem, dass die EU selbst ein Kommunalwahlrecht auf diesen kommunalen Ebenen wünscht. Tatsache ist aber leider auch, dass hier in Bayern das Bezirkswahlrecht ein entsprechendes aktives und passives Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus anderen Staaten nicht zulässt.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, welcher sachliche Grund steht denn dieser strikten Regelung – ja, man muss sagen: dieser Segregation – entgegen? Ist es denn plausibel, dass ein EU-Ausländer auf der einen Seite Oberbürgermeister oder Oberbürgermeisterin, Landrätin oder Landrat werden darf, auf der anderen Seite aber nicht einmal an der Wahl zum Bezirkstag teilnehmen darf? Ist es im Sinne der von uns gemeinsam angestrebten Integration, dass kommunalwahlberechigte EU-Bürger bei der Wahl von Gremien im kommunalen Bereich ausgeschlossen werden? – Das kann nicht im Sinne der Integration sein, selbst dann nicht, wenn man europarechtliche Gedanken noch gar nicht in Erwägung zieht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Das Demokratieprinzip rechtfertigt den Verwaltungsaufwand. Es ist klar, dass die Bezirkstagswahlen an
die Landtagswahlen gekoppelt sind. Dieser Verwaltungsaufwand ist es wert, in diesem Zusammenhang
die Teilhabe der Menschen an unserem Gemeinwesen zu gewinnen. Die Expertise und das Interesse der
EU-Bürger aus anderen Ländern, die hier bei uns
dauerhaft wohnen, sind uns sehr wichtig. Damit
geben wir ein klares Signal der Befürwortung des europäischen Gedankens. Ihre Teilhabe ist so wertvoll,
dass wir für deren aktives und passives Wahlrecht auf
Bezirksebene plädieren.

Dies ist auch im Sinne des Hauptausschusses des Bayerischen Bezirketages, der dieses Anliegen ausdrücklich schon seit dem 28. Februar 2013 einstimmig unterstützt. Diejenigen, die es angeht, wollen, dass ihre Entscheidungen auf breiter Basis demokratisch legitimiert sind. Es ist kein sachlicher Grund vorhanden, dies auszuschließen. Die verfassungsrechtlichen Bedenken können Sie hier mit Sicherheit überwinden, weil Sie die Fähigkeit dazu haben, den Formalismus zu überwinden. Zeigen Sie Format und zeigen Sie Pragmatismus und den Willen zur demokratischen Integration dieser EU-Mitbürgerinnen und –Mitbürger!

(Beifall bei der SPD)

Um berühmte Stichworte zu bemühen: Wir alle rühmen uns der Liberalitas Bavariae, der Großzügigkeit und der Freizügigkeit Bayerns. Aber tatsächlich praktizieren wir in diesem Zusammenhang die Restrictio Bavariae, nämlich die Einschränkung von selbstverständlichen Rechten und Möglichkeiten, die Menschen bei uns haben sollen.

Daher: Stimmen Sie bitte unserem Gesetzentwurf zu! Überwinden Sie Ihre Bedenken für ein modernes, demokratisch offenes und stabiles Bayern in Deutschland und vor allen Dingen in Europa! Das ist heutzutage mehr denn je ein wichtiges Signal. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Lorenz das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lorenz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz. Ich meine im Übrigen das deutsche Grundgesetz und nicht etwa ein anderes. Darin heißt es weiter: "Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt." Grundsätzlich sind bei Wahlen und Abstimmungen also ausschließlich deutsche Staatsbürger stimmberechtigt. Mit dieser ganz klaren Linie des Grundgesetzes scheinen einige Teile des Hauses ein grundlegendes Problem zu haben. Sie versuchen offensichtlich zum wiederholten Male, etwas an diesem Grundsatz zu ändern.

Es gibt eine ganz klar geregelte Ausnahme von diesem strikten Grundsatz: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich gegenseitig das Recht eingeräumt, dass Staatsbürger, sofern sie ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, bei speziell geregelten Kommunalwahlen wahlberechtigt sind. Die staatlichen Strukturen sind sehr unterschiedlich. Insofern wurde dieses Recht, das sich die Mitgliedsstaaten gegenseitig eingeräumt haben, definiert. Das Wahlrecht bezieht sich auf Gebietskörperschaf-

ten der Grundstufe. In einer Anlage zu dieser europäischen Gesetzgebung, die im Jahr 1994 beschlossen wurde, wurde auch klar festgelegt, für welche Gebietskörperschaften diese Vorschrift zutrifft. Die staatliche Ordnung Deutschlands hat sich seitdem nicht geändert. Bezirke gibt es seit Anbeginn Bayerns, seit dem Krieg und wahrscheinlich auch schon länger. Ich gehe davon aus, dass das in den Europäischen Verträgen nicht etwa vergessen wurde, sondern es wurde ganz bewusst differenziert. Das gegenseitige Wahlrecht bei lokalen Gebietskörperschaften der Grundstufe ist erfüllt.

Sie haben es angesprochen: Es gibt die Rechtsauffassung, und die vertritt das Innenministerium – ich habe auch keinen Grund, daran zu zweifeln –, dass für eine derartige Änderung genauso wie beim Wahlrecht für EU-Bürger das Grundgesetz geändert werden müsste, also die entsprechenden Mehrheiten benötigt werden, nämlich zwei Drittel der Mitglieder des Bundestages und zwei Drittel der Stimmen des Bundesrates. Ich vermag das nicht anders einzuschätzen als das Innenministerium. Ich schließe mich dieser Rechtsauffassung an.

Aber völlig unabhängig davon sehe ich auch keinen sachlichen Grund. Die Väter und Mütter dieser Verträge haben im Jahr 1994 mit Sicherheit gewusst, was sie tun. Ich gehe nicht davon aus, dass sie etwas vergessen haben. Insofern sehen wir keine Veranlassung, diesem Anliegen, das zum wiederholten Male vorgebracht wird – teilweise wurde es auch von den GRÜNEN schon vorgebracht – nachzukommen. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Herr Kollege Hanisch, bitte.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Staatsgewalt geht vom Volk aus – Herr Kollege Lorenz, daran zweifelt wohl keiner hier in der Opposition, wie es von Ihnen gerade dargestellt worden ist. Die Frage ist aber, welche Regelungen wir haben. Darüber, dass die Bezirke zur kommunalen Ebene gehören, brauchen wir nicht zu diskutieren; es gibt genügend Hinweise und Anhaltspunkte dafür. Wo wollte man die Bezirke sonst einstufen, beim Staat etwa? – Unmöglich! Das würde nicht funktionieren.

Wir haben die Konstellation mit den Bezirken nur in Bayern. In den anderen Bundesländern, mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz, wo es noch ein Überbleibsel gibt, gibt es keine Bezirke. Man kann sich nicht darauf stützen und auf Bundesrecht verweisen. Meine

Damen und Herren, wir haben hier eine ganz konkrete Rechtsgrundlage im EU-Recht. Sie lässt es zu, dass im gesamten Gebiet der EU Bürger eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union bei den Kommunalwahlen ein Wahlrecht besitzen. Wenn ich ab morgen für ein Jahr in Paris leben und dort meinen Lebensmittelpunkt haben würde, dann könnte ich dort an den Stadtratswahlen teilnehmen, weil das gesetzlich so geregelt ist.

Warum wir die Unterscheidung machen sollen, dass diese Regelung nur für die Kommunen gelten soll, für die Gemeinden, Märkte, Städte und für die Landkreise, aber nicht für die Bezirke, kann ich nicht verstehen und akzeptieren. Das ist eigentlich unlogisch. In den Verträgen der Europäischen Union ist generell von der kommunalen Ebene die Rede.

Sie bringen ein, das Problem liege darin, dass bei der abschließenden Aufzählung der Verwaltungseinheiten zu dem Artikel 22 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU die Bezirke fehlen. Meine Damen und Herren, das kann wohl nicht die Grundlage sein. Wenn es "die kommunale Ebene" heißt, dann ist es auch die kommunale Ebene. Insofern verstehen wir die ewige Diskussion nicht. Deshalb haben alle Oppositionsparteien hier schon Anträge gestellt, dass dieses Wahlrecht auch auf die Bezirke erweitert wird. Die Bezirke sind ein Merkmal Bayerns. Wir Bayern müssen uns dann dafür stark machen, dass es möglich wird. Das ist ein erster Schritt. Vielleicht kann man in die Aufzählung der Verwaltungseinheiten, die mit Artikel 22 Absatz 1 gemeint sind, die Bezirke aufnehmen. Dazu bedarf es der Initiative, wenn wir diesen Weg gehen wollen. Ich persönlich meine, er wäre überhaupt nicht erforderlich. Wenn wir aber wollen, dass es geändert wird, dann können wir das ändern. Wir sollten den ersten Schritt tun, indem wir diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es ist der richtige Weg. Die Bezirke gehören zur kommunalen Ebene. Jeder weiß das. Dann sollten wir sie auch, was diese EU-Regelung anbelangt, als kommunale Ebene betrachten und dieses Wahlrecht für EU-Ausländer so schnell wie möglich einführen.

Der Hinweis, dass die Staatsgewalt nicht mehr vom Volke ausgehen würde, trifft hier nicht zu. Wir leben in einer Europäischen Union. Dann sollten wir die Regelungen der Europäischen Union auch akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Mistol. Bitte schön.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ihren Verweis auf das Grundge-

setz, Herr Kollege Lorenz, hätten Sie sich sparen können. Wir brauchen von Ihnen keine Nachhilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir wirklich Handlungsbedarf auf diesem Feld. Wir brauchen die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für EU-Bürger bei der Wahl der Bezirksräte. Deswegen werden wir heute dem Gesetzentwurf der SPD voller Überzeugung zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie betonen bei jeder Gelegenheit die Zugehörigkeit der Bezirke zur kommunalen Ebene, was auch aus der Bayerischen Verfassung hervorgeht. Dennoch messen Sie immer noch mit zweierlei Maß, wenn es um das Wahlrecht für die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger geht.

Die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für EU-Ausländer haben wir GRÜNE bereits mehrfach gefordert, auch die SPD; wir wechseln uns immer ab mit unseren parlamentarischen Initiativen, vielleicht kann ich es so formulieren. Die Beratung im Innenausschuss hatten wir bereits. Sie hat gezeigt, dass sich an den Argumenten Für und Wider bei Bezirkstagswahlen grundsätzlich nichts geändert hat. In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage meiner Kollegin Katharina Schulze und von mir vom letzten Jahr wurde angeführt, dass verfassungsrechtliche und europarechtliche Bedenken bestünden. Diese Bedenken haben Sie heute erneuert. Über die Auslegung der betreffenden Gesetze haben wir uns im Ausschuss eingehend unterhalten. Wir drehen uns im Kreis, solange Sie auf dieser Auslegung bestehen. Sie muss nicht die richtige Auslegung sein, so sage ich jetzt einmal ganz vorsichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE halten daran fest, dass der Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes europarechtskonform auszulegen ist und dass Bezirkstagswahlen als Kommunalwahlen im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 der Ausführungsbestimmungen der europäischen Kommunalwahlrichtlinie anzusehen sind. Die bayerischen Bezirke werden in der Richtlinie 94/80/EG zwar nicht als lokale Gebietskörperschaften der Grundstufe erwähnt; das mag an dieser so berühmten Einzigartigkeit der bayerischen Bezirke liegen. Dass die Bezirke aber deswegen von der Geltung dieser Richtlinie auszuschließen sind, ist ganz allein Ihre Interpretation. Dabei scheinen Sie die Position des betroffenen kommunalen Spitzenverbands gänzlich zu ignorieren. Der Bezirketag befürwortet nämlich längst die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts

für EU-Bürgerinnen und -Bürger. Auch der Städtetag trägt zwischenzeitlich eine entsprechende Änderung des Wahlrechts mit unter der Prämisse, dass den Kommunen ein angemessener Ersatz für den Mehraufwand zugestanden wird.

In der Tat mag es so sein, dass die Erstellung von Wählerverzeichnissen mit einem Mehraufwand verbunden ist. Das kann aber kein Argument dafür sein, dass man diese Partizipationsmöglichkeit nicht entsprechend ausweitet. Herr Kollege Arnold, das sollte es uns wert sein. Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, die längst überfällige Anpassung des Bezirkswahlgesetzes vorzunehmen. Bei der Mitberatung des Gesetzentwurfs im Europaausschuss ist signalisiert worden, dass es sogar eine entsprechende Initiative aus dem Innenministerium geben soll. Aber offensichtlich sind bzw. waren Sie wieder einmal nicht in der Lage, über Ihren eigenen Schatten zu springen. Mit Ihrer heutigen Zustimmung zum Gesetzentwurf hätten Sie noch einmal die Möglichkeit dazu. Ansonsten werden wir uns demnächst wieder mit diesem Thema befassen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄH-LERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Eck um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion ist eigentlich nicht mehr nachvollziehbar. Ich weiß nicht, wie oft wir hier im Hohen Hause schon darüber diskutiert haben. Das Thema ist bereits in drei Ausschüssen behandelt worden und wurde sehr intensiv diskutiert.

(Horst Arnold (SPD): Das ist die Geschäftsordnung des Landtags!)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Gesetzentwurf nicht verfassungskonform ist. Er ist nicht verfassungskonform. Die Opposition hat doch die Möglichkeit, die Situation sofort zu klären. Sie sind doch in Berlin mit in der Regierungsverantwortung.

(Horst Arnold (SPD): Sie nicht?)

Sie wollen doch diesen Gesetzentwurf. Wir sagen, dass dieser nicht verfassungskonform ist. Es nützt nichts, wenn wir dieses Thema immer wieder aufrollen und auf die Tagesordnung setzen. Beantragen Sie doch einfach eine Änderung des Grundgesetzes. Sie wissen, dass wir dafür eine Zweidrittelmehrheit des Bundestags und des Bundesrats brauchen. Dann könnten wir hier mit einem Ergebnis diskutieren. Aber

so ist das Ergebnis vorgegeben. Momentan füllen wir unsere Tagesordnung lediglich mit völlig überflüssigen Themen. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/12345. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Wahl von Gefängnisbeiträten und eines Maßregelvollzugsbeirats

Die SPD-Fraktion hat die nachfolgenden Abgeordneten für die Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden bzw. zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats benannt: Frau Ilona Deckwerth wurde für die Justizvollzugsanstalten Kempten und Memmingen, Herr Harald Güller für die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld benannt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Besteht damit Einverständnis, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen.

Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion, Frau Ilona Deckwerth zur stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalten Kempten und Memmingen zu wählen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist Frau Kollegin Ilona Deckwerth zur stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalten Kempten und Memmingen gewählt.

Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Harald Güller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld zu wählen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. –

Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist Herr Kollege Güller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gefängnisbeirats der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld gewählt.

Darüber hinaus soll Herr Dr. Paul Wengert mit Wirkung zum 1. April 2017 zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren, Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie, gewählt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Besteht damit Einverständnis, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird? – Das ist der Fall. Dann erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen.

Wer dem Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Dr. Paul Wengert zum stellvertretenden Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren zu wählen, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist Herr Kollege Dr. Wengert mit Wirkung zum 1. April 2017 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren gewählt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich Ihnen gemäß § 26 unserer Geschäftsordnung noch folgende Ausschussumbesetzung bekannt: Frau Ilona Deckwerth wird anstelle von Frau Ruth Waldmann auch neues Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration. – Frau Kollegin, ich wünsche Ihnen bei Ihren neuen Tätigkeitsfeldern viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimm-

enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Demokratie stärken - Direktwahl des Bundespräsidenten einführen (Drs. 17/15167)

Ich eröffne die Aussprache. – Als erstem Redner darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Kürze wird in Deutschland der neue Bundespräsident gewählt. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind der Überzeugung, es würde dieser Demokratie guttun, den Inhaber dieses Amts durch das Volk wählen zu lassen und die Bürger mitbestimmen zu lassen, wer sie repräsentieren soll. Vorneweg sei gesagt, dass dieses Amt bekanntlich nicht mit sonderlich starker politischer Macht ausgestattet ist, sondern vielmehr mit moralischen Kräften.

Das Volk will eine Identifikationsfigur. Ich bin davon überzeugt, dass die Demokratie gerade in diesen Zeiten eine Identifikationsfigur braucht, die die Demokratie nach innen und außen vertritt. Eine Direktwahl gäbe den Bürgern auch die Chance, an einem demokratischen Prozess teilhaben zu können. Wir sind mit unserem Kandidaten Alexander Hold ständig auf Tour, und die Erfahrungen sind fast durchgehend dieselben. Die Bürger wollen und würden unseren Kandidaten wählen, aber leider dürfen sie ihn nicht wählen. Warum lässt die Politik denn nicht zu, dass der Bundespräsident direkt gewählt wird? Die da oben entscheiden ja ohnehin im Hinterzimmer, und wir werden nicht gefragt. Das ist durch die Bank der Tenor, den wir hören. Ich bin überzeugt: Diese Demokratie ist heute reif genug, ein solches Mehr an Demokratie zuzulassen. Es wird natürlich sofort auf die Weimarer Republik verwiesen, in der sich totalitäre Herrscher über dieses Präsidentenamt nach vorne gepusht haben. Aber das erlaubt keinen Vergleich mit der heutigen Zeit. Erstens sind die Bürger reifer als damals. Zweitens, meine Damen und Herren, ist dieses Amt nicht so ausgestattet, dass diktatorische Züge entstehen könnten. Ich bin davon überzeugt: Die Demokratie würde dadurch massiv gewinnen, gerade in Zeiten, in denen sich Bürger immer mehr von diesem Staat abzuwenden und durch die Wahl von radikalen Parteien ihren Frust ablassen, weil sie sagen, sie würden zu wenig eingebunden.

Ich kann an Sie nur appellieren, die deutliche Mehrheitsmeinung der Bevölkerung endlich ernst zu nehmen. Mindestens 70 % der Bürger sagen: Ich will diwählen. Wir vertreten damit _ parlamentarische Demokratie nur noch eine Minderheitsmeinung, wenn wir das nicht zulassen und es den Bürgern verbieten, den Bundespräsidenten direkt zu wählen. Ich sage es nochmal: Der Bundespräsident ist mehr denn je wichtig als moralische Instanz und als Identifikationsfigur in Zeiten der Krise. Ich bin überzeugt, dass unsere parlamentarische Demokratie auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl viele Bewährungsproben zu bestehen haben wird. Umso wichtiger wäre es, dass sich die Bürger wenigstens in ihrem Bundespräsidenten erkennen und nicht sagen, seine Wahl sei nur von drei Parteivorsitzenden hinter verschlossenen Türen ausgekartelt und die Bürger seien nicht gefragt worden.

Deshalb lautet unser Appell an Sie: Gehen Sie diesen Weg mit, akzeptieren Sie dieses Mehr an Demokratie, verweigern Sie sich nicht mit dem Hinweis darauf, dass hier in der Vergangenheit Dinge schiefgelaufen seien, und verweisen Sie nicht auf Österreich, um zu begründen, dass es besser sei, wenn hier nur die Parteivorsitzenden entscheiden. Nein, wir müssen die Bürger Deutschlands in diese Entscheidung einbinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen mehr Demokratie, um den Bürgern einen Bürgerpräsidenten zu gönnen in einer Zeit, in der das dringender denn je nötig ist. Damit würden wir der Demokratie einen weiteren Schritt nach vorne erlauben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Guttenberger das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Demokratie stärken – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen" lautet die Überschrift des Dringlichkeitsantrags. Die Zahl sieben steht normalerweise für Veränderung, aber diese Überschrift hatten wir schon einmal, nämlich im Jahr 2010. Ich muss ehrlich sagen: Damals waren die Überschrift und die Argumente die gleichen. Überzeugender sind sie auch im Jahr 2017 nicht.

Man kann sich grundsätzlich die Frage stellen, ob es der Bedeutung des höchsten Amtes bei uns im Staat gerecht wird, das Thema im Rahmen eines Dringlichkeitsantrags abzuhandeln. Man kann sich durchaus die Frage stellen, ob das mit dem Respekt vor diesem Amt in Einklang zu bringen ist und ob das diesem Amt überhaupt gerecht wird.

Ich erinnere daran: Die Mütter und die Väter des Grundgesetzes haben sich bei der Schaffung des Grundgesetzes ganz bewusst gegen eine präsidiale Demokratie entschieden. Sie hatten aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gelernt. Dort hatte der Reichspräsident dermaßen weitreichende Befugnisse. dass dies zu viel Missbrauch und zu keiner positiven Entwicklung dieser Demokratie geführt hat. Deshalb hat man beim Bundespräsidenten anders als beim Reichspräsidenten die Volkswahl bzw. Direktwahl herausgenommen. Man hat sozusagen die Bestimmung des Bundeskanzlers nicht beim Bundespräsidenten angesiedelt. Man hat bei diesem das Recht zur Auflösung des Parlaments nicht mehr in dieser Form angesiedelt und stattdessen - ich sage es jetzt mal so das politische Machtzentrum auf die demokratisch und direkt gewählten Repräsentanten verlagert, nämlich auf den Bundestag und die Bundesregierung. Man hat also ganz bewusst keine präsidiale Demokratie geschaffen. Man hat ganz bewusst darauf verzichtet, hier eine Direktwahl zu installieren. Das Grundgesetz hat sich aus unserer Sicht genau mit dieser rechtlichen Konstruktion bewährt.

Der Kollege Aiwanger hat gerade gesagt, es gehe hier auch um die integrative Einheit eines Staates. Damit hat er recht. Der Bundespräsident soll die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenführen und den Staat als solchen repräsentieren. Eine Direktwahl würde auch einen Direktwahlkampf voraussetzen und dann dieses Amt politisieren. Dann würde man genau dieses integrative Element der Verfassung letztendlich auflösen. Das halten wir nicht für den richtigen Weg. Gänzlich irritierend ist die folgende Formulierung: "im Sinne einer stärkeren Legitimation". Es ist doch nicht so, wie Sie jetzt behauptet haben, Herr Kollege.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben Ihnen etwas aufgeschrieben, was ich gar nicht gesagt habe! Sie lesen Dinge vor, die ich gar nicht gesagt habe!)

 Hier steht aber, "um die Legitimation des Bundespräsidenten zu stärken," wollen Sie ihn direkt wählen.
 So steht es in Ihrem Antrag. Da kann ich auch nichts machen. So steht es dort drin. (Gudrun Brendel-Fischer (CSU): So steht es drin!)

Ich weiß nicht, ob Sie das gesagt haben, aber so lautet der Titel. So steht es in Ihrem Antrag.

Der Bundespräsident wird nicht, wie Sie gerade gesagt haben, von irgendwelchen Parteivorsitzenden bestimmt, sondern die Bundesversammlung wählt den Bundespräsidenten. In dieser sitzen hälftig die Vertreter des Deutschen Bundestages und hälftig Vertreter der Länder. Diese wählen den Bundespräsidenten. Also habe ich an der Legitimation des Bundespräsidenten überhaupt keine Zweifel. Alle unsere Bundespräsidenten hatten eine hohe Verankerung in Deutschland und haben einen hohen Respekt genossen. Jetzt zu sagen, das Amt des Bundespräsidenten werde nur durch eine Direktwahl gestärkt, halte ich nicht für den richtigen Weg.

Wir werden diesen Antrag deshalb ablehnen, weil wir der festen Überzeugung sind, dass zum Beispiel bei Einführung einer Direktwahl auch das Verhältnis zu anderen Verfassungsorganen verändert würde. Das möchten wir nicht. Da sich dieses sehr ausgewogene System in all den Jahren wirklich hervorragend bewährt hat, sind wir der Ansicht, dass es weiterentwickelt und vor allem bewahrt werden sollte. Somit ist für uns ein durch die Bundesversammlung gewählter Bundespräsident das Richtige. Wir werden Ihren Antrag deshalb auch im Jahr 2017 wie schon im Jahr 2010 ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Schindler das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema und die Diskussion darüber sind nicht neu. Da ich dem Landtag schon länger angehöre, habe ich das schon mehrfach miterlebt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Diese Diskussion kommt nämlich immer dann auf, wenn eine Bundespräsidentenwahl bevorsteht. Sobald die Bundespräsidentenwahl vorbei ist, hört die Diskussion wieder auf. Wie vor fünf Jahren und vor zehn Jahren sage ich: Das ist auch gut so, meine Damen und Herren, dass die Diskussion dann wieder erledigt ist.

(Beifall bei der SPD)

Es haben sich schon viele daran versucht. Früher hat mal der Bundespräsident Horst Köhler diese Forderung erhoben. Dann waren es die LINKEN. Dann hat Christian Ude gemeint, diese Forderung aufgreifen zu müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein guter Mann!)

dann der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, der Herr Weber. Jetzt kommen zum zweiten Mal hintereinander die FREIEN WÄHLER mit ihrem Antrag aus dem Jahr 2009, den sie recycelt haben, auf diese Idee. Meine Damen und Herren, alle kennen die historischen Hintergründe, warum sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat nicht zufällig, sondern wohlüberlegt dafür entschieden haben, die Stellung des Bundespräsidenten gegenüber der Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung deutlich zu schwächen. Es waren natürlich die damals noch in frischer Erinnerung vorhandenen Erfahrungen mit dem Reichspräsidenten Hindenburg, weshalb es gerade keine Direktgeschaffenen Amtes neu Bundespräsidenten geben sollte, sondern eine Wahl nicht durch drei Parteivorsitzende, Herr Kollege Aiwanger - durch die Bundesversammlung, immerhin durch ein Gremium mit mehr als 1.000 Mitgliedern.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gebe zu, dass die Erfahrungen der Weimarer Zeit nach 70 Jahren Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Argument ausreichen, um eine neuerliche Diskussion zu unterlassen. Aber selbst wenn es die Erfahrungen der Weimarer Zeit und ihren Niedergang nicht gäbe, wären wir gegen den Vorschlag der FREI-EN WÄHLER so, wie er heute wieder einmal vorgetragen worden ist, und zwar aus folgenden Gründen: Die Direktwahl des Bundespräsidenten würde seine Stellung gegenüber dem Bundeskanzler und dem Bundestag ganz erheblich stärken und seine Rolle verändern, sodass zwangsläufig eine Dynamik in Richtung einer Übertragung von mehr Befugnissen auf den direkt gewählten Bundespräsidenten ausgelöst werden würde. Wie das dann ausgeht, weiß niemand, aber das Entstehen einer solchen Dynamik, so glaube ich, wird hier keiner bestreiten können. Ich halte es für naiv zu glauben, dass ein direkt gewählter Präsident sich mit den Befugnissen begnügen könnte, die der jetzige Bundespräsident nach der jetzigen Verfassungslage hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Merkel tut auch mehr als sie darf!)

Das ist schlicht nicht vorstellbar. Die Folge wäre schon eine grundlegende Veränderung der Verfas-

sungsarchitektur von 1949: ein bisschen weg von der repräsentativen Demokratie, in der nur die Mitglieder des Bundestags direkt vom Volk gewählt werden, nicht aber die Bundeskanzlerin. Sie wird nicht vom Volk gewählt. Warum wollen wir eigentlich nicht die Bundeskanzlerin direkt vom Volk wählen lassen? – Das wäre doch nur konsequent, angesichts ihrer Argumentation, wir sollten hin zu einem System, wie wir es aus Frankreich und den USA kennen, das aber nicht unbedingt so viel besser ist – diesbezüglich verweise ich auf ganz aktuelle Entwicklungen –, sodass man sagen müsste: Dem müssen wir nacheifern.

Nein, meine Damen und Herren, wir würden zu einem politischen System kommen, in dem zwar weiterhin der Bundeskanzler dem Bundestag verantwortlich wäre, nicht aber der Bundespräsident, weil er nicht vom Bundestag oder von der Bundesversammlung gewählt worden ist, sondern vom Volk. Einen Bundeskanzler kann der Bundestag absetzen, wenn sich die notwendige konstruktive Mehrheit gegen ihn findet. Wie soll man aber bitte einen Bundespräsidenten, der vom Volk gewählt worden ist, zur Räson bringen und absetzen können? Haben Sie sich das einmal überlegt? — Die Amerikaner haben augenblicklich das Problem, dass sie überlegen müssen, wie man diesen vom Volk gewählten Präsidenten eigentlich wieder loswird.

(Beifall bei der SPD)

Genau das gleiche Problem könnten wir dann auch haben. Das kann man wollen, ich sage aber ausdrücklich: Wir wollen das nicht!

Meine Damen und Herren, eine Volkswahl des Präsidenten würde zwangsläufig auch zu einer relativen Entparlamentarisierung des politischen Systems in Deutschland führen. Das kann man wollen; wir wollen das nicht. Eine Volkswahl des Präsidenten würde eine Politisierung des Amtes des Bundespräsidenten mit sich bringen. Das ist aber genau das Gegenteil dessen, was Sie meinen, nämlich einen Bürgerpräsidenten. Fast alle Bundespräsidenten, die wir bisher hatten, hatten das Ansehen eines Bürgerpräsidenten. Sie waren bürgernah, beliebt beim Volk. Wenn der Bundespräsident direkt gewählt wird, dann ist er kein Bürgerpräsident mehr, dann ist er ein gewichtiges Staatsorgan, das eine ganz andere Rolle ausübt als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Effekt würde zugleich auch Antiparteienressentiments befördern. Es bestünde die Gefahr, dass wir uns ein Stück weit von der repräsentativen Demokratie entfernen, hin zu einem vermeintlich überparteilichen Staatsoberhaupt. Nun muss ich wiederholen, was ich hier vor fünf oder

zehn Jahren schon einmal gesagt habe, weil ich meine, es ist richtig. Ich beziehe mich auf den Historiker Heinrich August Winkler, der diesen Effekt, wie ich meine zu Recht, als die typische deutsche Versuchung bezeichnet hat, der nicht stattgegeben werden sollte. Einer der großen Sozialdemokraten des letzten Jahrhunderts - Gustav Radbruch, Justizminister in der Weimarer Zeit – hat die Forderung nach Überparteilichkeit eines Präsidenten als die Lebenslüge des deutschen Obrigkeitsstaates bezeichnet. Es steht zu befürchten, dass die Korrektur des Grundgesetzes in Richtung auf eine Volkswahl des Bundespräsidenten zu einer Wiederbelebung dieser Ideologie der Geringschätzung und der Verächtlichmachung der Parteiensystems, des parlamentarischen Systems insgesamt führen könnte und der Sehnsucht nach dem starken Mann nachgeben würde. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Bemerkung: Die Direktwahl des Bundespräsidenten stärkt den Populismus, nicht die parlamentarische Demokratie. Sie hat nichts zu tun mit dem, was auch wir wollen, nämlich Volksabstimmungen auf Bundesebene zu sachpolitischen Fragen. Dafür sind wir leidenschaftlich. Gegen das aber, was Sie heute hier vorschlagen, sind wir aus den genannten Gründen nach wie vor.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Gehring, bitte. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Regelmäßig wie das Murmeltier grüßt der Antrag der FREIEN WÄHLER zur Bundespräsidentenwahl kurz vor dem Wahltermin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Moment ist aber nicht die Zeit für populistische Schnellschüsse zur Verfasstheit unserer Demokratie, wahrlich nicht! Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten schließlich Gründe, warum sie die Institution des Bundespräsidenten so geschaffen haben und die Bundespräsidentenwahl einer Bundesversammlung übereignet haben. Zum ersten war es die historische Erfahrung, die sich auf die politische Rolle des Bundespräsidenten auswirkte. Vielleicht bekommen wir auch einmal eine Bundespräsidentin, das wäre schon lange an der Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aber es war auch die Gesamtarchitektur unserer Demokratie, unserer Verfasstheit. Erfahrungen treten zwar im Lauf der Zeit zurück. Wenn ich mir aber einige liberale Demokratien derzeit weltweit anschaue, dann muss ich sagen, einige dieser Erfahrungen sind akuter denn je. Ich glaube, es ist wirklich nicht die Zeit, uns von diesen Erfahrungen zu verabschieden, sondern wir müssen sie sogar ernster nehmen als bislang.

Das Zweite ist die Kompetenz des Bundespräsidenten, beziehungsweise der Bundespräsidentin. Der Bundespräsident hat wenig Macht, kann aber viel Einfluss haben, wenn die Person das Amt dementsprechend wahrnimmt. Durch die Kraft der Rede und der moralischen Integrität kann diese Person sehr viel Einfluss haben. Hier geht es aber nicht um Macht, die durch die Wahl der Bürgerinnen und Bürger legitimiert werden muss, sondern es geht um den Einfluss als Person.

Das Dritte ist die Gesamtarchitektur unserer parlamentarischen Demokratie. Herr Kollege Schindler hat darauf hingewiesen: Wir haben eben keine Präsidialdemokratie, sondern eine Kanzlerdemokratie. Das heißt, die Regierung kommt aus dem Parlament, sie wird vom Parlament gewählt und kontrolliert. Undenkbar wäre eine Situation, in der ein Präsident eine stärkere demokratische Legitimation hat als ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin. Deshalb ist dies der falsche Weg. Es wäre gerade keine Stärkung der parlamentarischen Demokratie, wie es im Antrag der FREIEN WÄHLER heißt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Stärkung der Demokratie, das ist schon das richtige Stichwort. Wir müssen überlegen: Was sind dazu die richtigen Instrumente? Ihr Vorschlag würde, wie Sie selber schreiben, die Distanz zwischen den Bürgern und dem parlamentarischen demokratischen Staat nicht verringern, sondern würde diese Distanz eher vergrößern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stärkung der Demokratie heißt, dass wir das Parlament stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten als Parlamentarier selbstbewusster sein, auch gegenüber der eigenen Regierung. Das gehört auch dazu. Es gehört dazu, die Arbeit des Parlaments transparenter zu machen, damit die Menschen sie besser nachvollziehen können. Ein Vorschlag dafür ist zum Beispiel, die Online-Petition zuzulassen. Eine andere Möglichkeit wäre, die Bürgerinnen und Bürger die Tagesordnung des Parlaments mitbestimmen zu

lassen. Das sind Möglichkeiten, das Parlament stärker zu machen. Stärkung der Demokratie heißt nicht, den Bürgerpräsidenten wählen zu lassen, sondern die Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung durch die Volksgesetzgebung zu beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist das Volksbegehren auch auf Bundesebene eine Forderung von uns. Unterstützen Sie sie. Eine andere Forderung, die wir immer wieder vortragen, ist die Erleichterung der Volksbegehren und der Bürgerentscheide auf Landesebene. Wir freuen uns, wenn Sie uns dabei unterstützen. Das ist der Weg zur Stärkung der Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist jetzt tatsächlich nicht die Zeit, irgendwelche Blinker in Richtung Präsidialdemokratie zu setzen, sondern es geht darum, die parlamentarische Demokratie zu stärken. Ich bin überzeugt, dass wir in elf Tagen – viele von uns werden dabei sein – einen guten Bundespräsidenten wählen werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie gleich am Rednerpult geblieben sind. Herr Kollege Pohl, zu einer Zwischenbemerkung bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Gehring, die erste Bemerkung: Sie sprachen von einem Schnellschuss. Wir fordern die Direktwahl nicht für die jetzige Bundespräsidentenwahl. Wenn der künftige Bundespräsident länger durchhält als einige seiner Vorgänger, haben wir sicher ausreichend Zeit, die Direktwahl verfassungsrechtlich zu regeln.

Zweitens gibt es selbstverständlich Demokratien, in denen zwar der Bundespräsident, nicht aber der Bundeskanzler direkt gewählt wird. Schauen wir nach Österreich. Wir sollten dabei nicht aktuelle Wahlen zum Anlass nehmen, die Direktwahl grundsätzlich in Frage zu stellen.

Drittens überrascht es mich schon, dass gerade die GRÜNEN, die immer für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung eingetreten sind, sich einer Direktwahl des Staatsoberhaupts widersetzen.

Die letzte Bemerkung: Ich stelle diese Frage bewusst Ihnen und nicht den Kollegen der CSU. Können Sie sich vorstellen, dass die CSU oder die CDU von sich aus auf den Kandidaten Steinmeier gekommen wäre oder dass diese Parteien einen anderen Kandidaten aus den eigenen Reihen aufgestellt hätten, wenn sie

allein über den Kandidaten hätten entscheiden können? Ich weiß nicht, ob Koalitionszwang oder Koalitionsdisziplin tatsächlich der Bedeutung des höchsten Staatsamtes gerecht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Pohl, die Bundesversammlung ist so breit aufgestellt, dass es nicht möglich ist, dass eine Partei den Bundespräsidenten alleine bestimmt. Die Bundesversammlung repräsentiert die Breite unserer politischen Landschaft auch in den Ländern doch sehr gut. Ich habe deswegen von einem Schnellschuss gesprochen, weil Sie elf Tage vor einer Wahl einen Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema stellen. Warum nutzen Sie dieses Instrument gerade jetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Schnellschuss ist Ihr Antrag auch deswegen, weil man sich die gesamte Architektur unserer parlamentarischen Demokratie anschauen muss, wenn man Argumente für die Direktwahl des Bundespräsidenten sammeln will. Dann muss man auch danach fragen, was eine Direktwahl für die anderen Institutionen bedeutet. Das geht nicht mit einem Antrag in eine Richtung. Dazu sollten Sie schon die Einsetzung einer Kommission oder einer verfassungsgebenden Versammlung beantragen. Darüber können wir uns schon besprechen. Dann könnte vielleicht eine andere Lösung herauskommen. Das, was Sie hier elf Tage vor der Bundespräsidentenwahl mediengerecht machen, ist ein Schnellschuss. Vor sieben Jahren haben Sie es auch schon gemacht, und ich bin mir sicher, dass Sie es beim nächsten Mal wieder machen werden, wenn Sie dann noch im Landtag sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15167 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern-Ei: Die Wahrheit muss auf den Tisch (Drs. 17/15168)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Europaweiter Salmonellenausbruch durch Bayern-Ei: Endlich Klarheit durch unabhängige Überprüfung des Behördenhandelns (Drs. 17/15173)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen! (Drs. 17/15174)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU) Bericht über mögliche neue Erkenntnisse aus dem Bayern-Ei-Verfahren und Schlussfolgerungen (Drs. 17/15183)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erster Frau Kollegin Steinberger das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin Scharf, lieber Herr Minister Huber, Herr Ministerpräsident! Bayern-Ei und kein Ende. Was ist eigentlich die Wahrheit beim Bayern-Ei-Skandal? Mehrmals schon hat uns Umweltministerin Scharf in den letzten Jahren nicht die Wahrheit gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir, die Opposition, mussten uns immer heftige Vorwürfe anhören, wir wollten uns nur profilieren. Leider sind unsere Befürchtungen immer wieder von der Wahrheit übertroffen worden. Was wurde alles behauptet? Zum Beispiel sagte Frau Scharf, es gebe in Bayern gar keine Eier aus Käfighaltung zu kaufen. Das war falsch. Dann hieß es, es habe keine Gefahr für die Bevölkerung in Bayern gegeben. Das war offensichtlich auch falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsanwaltschaft geht inzwischen von 64 Menschen in Bayern aus, die 2014 von dem Ausbruch betroffen waren. Warum ist die Staatsanwaltschaft darauf gekommen und nicht die zuständigen Behörden? Das muss man auch einmal fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fragen uns auch – verzeihen Sie das Wortspiel –, wie viele faule Eier uns die Staatsregierung noch präsentieren wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie lange soll noch der Anschein erweckt werden, bei Bayern-Ei sei alles in Ordnung gewesen? Sie finden immer eine Ausrede. Nun heißt es in der letzten Klarstellung des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, dass zur Übereinstimmung der Isolate noch ein epidemiologischer Nachweis geführt werden muss. Im Klartext heißt das: Die Salmonellenstämme waren überall die gleichen, aber die betroffenen Menschen in Bayern hätten sich daran erinnern sollen, ob sie Eier von Bayern-Ei gegessen haben. Am besten hätten sie noch die Schachtel parat haben sollen. Um Himmels willen! Wie viele Beweise hätte es denn im Sommer 2014 noch gebraucht, um einen Zusammenhang herzustellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Wahrheit war halb Europa in Aufruhr, weil es Hunderte von Erkrankungen gegeben hat. Man kannte die Quelle. Sie war in Niederbayern bei der Firma Bayern-Ei, die noch dazu einem einschlägig bekannten Besitzer gehört. Da hätte man eingreifen müssen, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Quelle bekannt ist, könnte man meinen, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit das Krankheitsgeschehen aufhört. Die Infektionen haben aber noch lange nicht aufgehört. Die Österreicher haben noch im September zu Recht gefragt, wie es denn sein kann, dass immer noch Eier im Umlauf sind, obwohl es doch schon lange zuvor einen positiven Befund gegeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort ist ganz einfach: Am Standort Aiterhofen hat es vom 4. August bis zum 1. September gedauert, bis der Betrieb geschlossen wurde. Millionen von Eiern, die für die Bevölkerung nicht sicher waren, waren damals noch im Umlauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es satt! Das sage ich ganz ehrlich. Wir sind alle Beschwichtigungen leid; denn am Ende wurden Sie immer wieder von den Medien überführt, dass Sie uns nicht die ganze Wahrheit gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie behaupten immer, Sie hätten keine andere Wahl gehabt, Sie hätten gar nicht warnen dürfen. Das stimmt nicht. Sie hatten die Wahl zwischen Verbraucherschutz und Rücksicht auf den Eigentümer. Sie haben sich für den Hühnerbaron entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben alle Anzeichen und Warnhinweise ausgeblendet. Verbraucherschutz sieht aus unserer Sicht ganz anders aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist eines klar: Das Krisenmanagement 2014 war eine Katastrophe.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es hilft nichts, wenn Sie immer wieder Ihre Unschuld betonen. Inzwischen wäre ein wenig Demut angebracht, meinen Sie nicht, Herr Huber?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister Huber, Sie betrifft das Krisenmanagement. Sie haben die damaligen Versäumnisse zu verantworten. Aus dieser Nummer kommen Sie auch nicht mehr heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die jetzt amtierende Verbraucherschutzministerin heißt Ulrike Scharf. Sie sind mit der Aufklärung des Skandals gefordert. Frau Scharf, dabei haben Sie leider auf ganzer Linie versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie die Hintergründe kannten, als Sie mit uns gesprochen haben. Als Ministerin müssen Sie jedoch Bescheid wissen. Als Ministerin ist es Ihre Aufgabe, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Bisher sehe ich leider schwarz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Scharf, gestern haben Sie beim Neujahrsempfang Papst Franziskus zitiert. Sie sagten, man brauche drei Eigenschaften: Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit. Genau das sollten Sie sich jetzt zu Herzen nehmen: Ehrlichkeit bei der Aufklärung, Mut, um Fehler zuzugeben, und Verantwortung, um die Zustände deutlich zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Berichtsanträgen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN werden wir zustimmen. Interessant ist, dass die CSU-Fraktion inzwischen ebenfalls erhebliche Wissenslücken festgestellt hat. Beim Antrag der SPD werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir die Einsetzung eines Sonderermittlers nicht für den richtigen Weg halten. Das Parlament sollte sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Scheuenstuhl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2014 gab es durch die Firma Bayern-Ei einen europaweiten Salmonellenausbruch. Dieser Salmonellenausbruch ist von der Bayerischen Staatsregierung fast ein Jahr lang vertuscht und geheim gehalten worden.

(Beifall bei der SPD)

Er wäre nie bekannt geworden, wenn er nicht vom "Bayerischen Rundfunk" und von der "Süddeutschen Zeitung" aufgedeckt worden wäre. Deswegen danke ich an dieser Stelle besonders unserem Fraktionssprecher Markus Rinderspacher, der uns unterstützt. Ich danke auch meinem Kollegen Florian von Brunn, den ich heute hoffentlich würdig vertrete.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Vor rund drei Wochen hat die Staatsanwaltschaft Regensburg mitgeteilt, dass sie Anklage gegen den Ex-Bayern-Ei-Geschäftsführer Stefan Pohlmann erhoben hat. Dem Beschuldigten wird unter anderem Körperverletzung mit Todesfolge und gefährliche Körperverletzung zur Last gelegt. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das brauche ich nicht zu wiederholen. Seit der letzten Woche liegen zum ersten Mal amtliche Zahlen dazu vor.

(Widerspruch bei der CSU)

Ein gesicherter Todesfall. Macht euch nur lächerlich.
In Europa gab es 187 Erkrankte, davon 86 in Deutschland und 64 in Bayern. Diese Zahlen stammen von der Staatsanwaltschaft, nicht von der SPD, nicht von der Staatsregierung – das ist enttäuschend – und schon gar nicht von der verantwortlichen Ministerin, Frau Scharf. Im Gegenteil, Frau Scharf hat im

Plenum am 10. Juni 2015 noch forsch erklärt, dass es in Bayern kein erhöhtes Salmonellengeschehen gegeben habe. Das ist scheinbar ein Fachbegriff. Sie sagte wörtlich: "Ich stelle hier klar: Es hat in Bayern keine Anzeichen für ein erhöhtes Salmonellengeschehen gegeben." Sie hat auf den Zwischenruf "Das werden wir an dieser Stelle festhalten" geantwortet: "Halten Sie es fest."

(Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Das wurde gemacht. Frau Scharf, heute halten wir fest, dass Sie nicht die Wahrheit gesagt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war nicht das erste Mal. Nur einen Tag später im Umweltausschuss sagte sie, dass es keinen Grund für eine öffentliche Warnung gegeben habe. Die Eier hätten als Handelsklasse A in Bayern an den Endverbraucher gelangt sein müssen. Der Verbraucher hätte gefährdet sein müssen. Beides sei zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen. Was gilt nun? Das wirft die interessante Frage auf, wie sich 64 Menschen infiziert haben, ohne mit den Eiern in Berührung zu kommen. Diese Aussage war ebenfalls nicht wahr. Allerdings hat sich die Ministerin beim Verheimlichen in guter Gesellschaft befunden. Der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Herr Dr. Zapf, hatte schon im Mai 2015 in einem Interview im Bayerischen Rundfunk gesagt, dass wir in den letzten beiden Jahren keine größeren Ausbrüche gehabt hätten. Ich sage dazu: Es gab einen Toten.

Frau Scharfs Amtschef ließ sich am 1. Juli 2015 nicht lumpen und sagte im Umweltausschuss: "... wir hatten zwar ein europaweites Krankheitsgeschehen, nicht aber in Bayern." – Das ist schlichtweg nicht wahr. Am 20. Oktober 2015 schickte die Ministerin eine Antwort auf eine Schriftliche Anfrage: In den Jahren 2014 und 2015 ist jeweils nur ein Mitarbeiter der Firma Bayern-Ei als Salmonellenträger erkannt worden. Ich wiederhole: Ein Toter.

Ihr Vorgänger und der verantwortliche Minister während des Ausbruchs, Herr Marcel Huber, wollte nicht zurückstecken. Am 14. Januar 2016 erklärte er im Umweltausschuss, man müsse ihm als ehemaligen Tierarzt glauben, dass er den Namen Pohlmann und dessen Vorgeschichte vorher nicht gekannt habe. Ich war selbst dabei.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Zweifeln Sie das an?)

 Ich habe Ihre Aussage. Schauen Sie es im Protokoll nach.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Das ist die Wahrheit!)

Bereits im Jahr 2012 wurde im Fernsehen schon über Hygienemängel und Tierquälerei in Bayern berichtet. Zu dem vermehrten Auftreten des für Bayern-Ei typischen Salmonellentyps sagte Marcel Huber im Januar 2016: Das ist etwas, was man sich anschauen sollte.

(Jürgen W. Heike (CSU): Na und?)

Ich hätte etwas mehr Schmackes und Dampf erwartet.

Diese Äußerungen stehen vor dem Hintergrund – jetzt kommt das Entscheidende –, dass das Robert-Koch-Institut bereits im Juli 2014 auf eine erhöhte Zahl von Salmonelleninfektionen hingewiesen hatte. Zusammen mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wurde entschieden, alle Salmonellen-Erkrankungen in Bayern zu erfassen und zu typisieren. Schon am 24. August 2014 konnten mindestens sieben Erkrankungsfälle in Deutschland sogar molekularbiologisch mit Bayern-Ei in Verbindung gebracht werden.

Zuerst sollte alles unter den Teppich gekehrt werden. Als dies misslang, wurde versucht, den Landtag und die Öffentlichkeit mit Unwahrheiten hinters Licht zu führen und gezielt Verwirrung zu stiften. Frau Scharf ging sogar so weit, der Opposition Falschaussagen vorzuwerfen. Sie kündigte in der schon erwähnten Plenarsitzung an: Ich will keine politischen Winkelzüge. Ich möchte Fakten und vor allem die Wahrheit. Die Wahrheit haben wir jetzt von der Staatsanwaltschaft erfahren. Das ist aus heutiger Sicht schon fast lustig, wenn man es für lustig halten könnte.

Was hat Ministerpräsident Seehofer selbst Anfang Dezember 2015 öffentlich in einem Rundfunkinterview des Bayerischen Rundfunks versprochen? – Er sagte: Der Fall Bayern-Ei müsse schonungslos und ohne Ansehen von Institutionen und Personen aufgeklärt werden. – Jawohl, das wollen wir. Wir wollen schonungslose Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Zwar weiß ich nicht, was der Herr Ministerpräsident darunter versteht, aber ich habe zum Ausdruck gebracht, was ich darunter verstehe. Diese Staatsregierung ist in Wahrheit weder willens noch in der Lage, ihren eigenen Skandal aufzuklären und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Deshalb fordern wir einen Sonderermittler mit Fachverstand im Lebensmittelrecht, der das Behördenhandeln untersucht und bewertet. Er soll jeden Stein im Ministerium und im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit umdrehen. Ich hoffe, das wird nicht abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten behalten wir uns weitere parlamentarische Schritte vor.

Eine Ministerin, die den Landtag und die Öffentlichkeit dreist mehrfach falsch informiert und Unwahrheiten verbreitet, kann nicht im Amt bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Zeigen Sie Demut. Klären Sie, soweit es noch geht, auf. Geben Sie dann Ihr Amt auf. Das Gleiche gilt natürlich für das Ministerium und das LGL. Auch hier muss aufgedeckt werden, und Vertuschungs- und Verleugnungsstrategien müssen entfernt werden. Die Bevölkerung will die Wahrheit wissen. Deshalb müssen wir aus den Fehlern, die offensichtlich gemacht worden sind, lernen. – Wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Beim Antrag der CSU hätte ich ein bisschen Bauchgrimmen gehabt. Aber wie vorhin bereits erwähnt, freuen wir uns, dass auch sie mehr wissen will.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Zierer das Wort erteilen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und - das mit Betonung - Verbraucherschutzministerin Scharf! Wir haben an dieser Stelle und im Ausschuss schon öfter, als uns lieb war, über das Thema Bayern-Ei gesprochen. Aber immer wieder kommen neue Aspekte ans Licht, und immer wieder werden neue Fragen aufgeworfen. Deshalb müssen wir die Frage stellen: Haben die Behörden bis hinauf ins Ministerium wirklich alles getan, um die Menschen vor der Salmonellen-Gefahr von Bayern-Ei zu schützen? Das zu glauben fällt schwer, wenn man schon nicht den Eindruck hat, dass alles getan wurde, um das gesamte Ausmaß dieses Skandals aufzudecken. Offenkundig waren vor allem Sie, Frau Ministerin, nicht fähig oder hatten kein Interesse daran, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren, weil Sie damals von Ihrem neuen Ministerium und den nachgelagerten Behörden gar nicht oder vielleicht falsch informiert wurden, oder weil Sie vielleicht Ihr eigenes Haus an der Nase herumgeführt hat.

Meine Damen und Herren, ein Verdacht drängt sich auf, und zwar immer stärker: Hat Herr Ministerpräsident Seehofer seinen Zögling Marcel Huber aus dem Spiel genommen, als die Bayern-Ei-Affäre aufflammte und es im Umweltministerium brenzlig wurde?

(Unruhe bei der CSU)

Ich bitte bei diesem Thema um die nötige Ernsthaftigkeit.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Hat er ihn in der Staatskanzlei unter seinen schützenden Rock genommen und stattdessen Sie, Frau Scharf, ins Feuer geschickt nach dem Motto: Soll sich doch lieber die Startbahngegnerin die Finger verbrennen als der CSU-Hoffnungsträger Huber?

(Widerspruch bei der CSU)

Ja, auch wir denken über gewisse Themen nach.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber ohne Erfolg! – Weitere Zurufe von der CSU)

Aus welchem Grund auch immer – die Menschen in Bayern haben von Ihnen nicht die Wahrheit erfahren. Sie haben immer betont, es besteht keine Gefahr für die Menschen in Bayern. Sie haben gesagt, die Eier von Bayern-Ei gibt es bei uns nicht im Laden. Hinter dieser Darstellung können Sie sich nicht verstecken. Was Sie gesagt haben, war nachweislich falsch. Es war für die betroffenen Verbraucher im Einzelfall sogar tödlich.

(Zuruf von der CSU: Ach nein!)

 Ja, selbstverständlich. Hier steht vorsätzliche Körperverletzung im Raum.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich darf Sie einmal einen Augenblick unterbrechen. Wir führen die Debatte sehr, sehr ernsthaft, und die Unschuldsvermutung gilt auch hier.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte jetzt wirklich, dass wir uns hier so verhalten, wie wir uns immer verhalten. Ich bitte, bei der Debatte, die jetzt weiterhin geführt wird, die Unschuldsvermutung zu berücksichtigen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich danke für den Hinweis, Frau Präsidentin. Aber ich denke, angesichts der Ernsthaftigkeit, mit der wir die Diskussion führen sollten, ist es durchaus angebracht, darüber nachzudenken, warum gewisse Dinge nicht funktioniert haben.

(Zuruf von der CSU: Wie am Stammtisch! – Weitere Zurufe von der CSU)

Es passt auch ins Bild, dass das LGL nun in einer "Klarstellung" auf seiner Homepage schreibt, dass die Lieferketten in Bayern bis auf die Ebene des Einzelhandels verfolgt wurden. Ja, dann hätte man doch wissen können, wohin die Eier gegangen sind. Im Übrigen lässt die "Klarstellung" alles im Unklaren; das war keine Klarstellung. Medienrecherchen sagen etwas ganz anderes aus.

Die entscheidende Frage ist auch, wann man damit begonnen hat, Lieferketten zu verfolgen. War das während des Ausbruchs 2014, oder war es viel später?

Sie, Frau Ministerin, haben nie gesagt, dass es in Bayern Krankheitsfälle gab, die mit Bayern-Ei zusammenhängen. Sie, Ihr Amtschef und der LGL-Präsident haben nie direkt gesagt, dass Bayern von dem Ausbruchsgeschehen betroffen war. Das Ziel war klar: die Sache zu verharmlosen und herunterzuspielen. Am Anfang war von 17 Betroffenen in Bayern die Rede; aber es konnte kein eindeutiger Bezug nachgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft spricht mittlerweile von 64 Fällen und kann in 13 Fällen sogar genau sagen, wo sich die Menschen die Infektion geholt haben. Wieso konnten das die Kontrollbehörden in Bayern nicht? Oder konnten sie es, und die Öffentlichkeit sollte es nicht erfahren?

Jeder Krankheitsfall und natürlich vor allem jeder Todesfall war einer zu viel, egal, ob in Bayern, Österreich oder Frankreich. Sie hätten sich vielleicht verhindern lassen, wenn bei einer Firma, die ja beileibe nicht als Musterbetrieb bekannt war, von Anfang an genauer hingeschaut worden wäre. Die Firma Pohlmann ist ja in ganz Deutschland sehr gut bekannt. Jeder kennt sie, und ein Politiker – davon gehe ich aus – kennt sie auch.

Meine Damen und Herren, sollte sich herausstellen, dass Marcel Huber von der Bayern-Ei-Affäre frühzeitig Bescheid wusste und aus der Schusslinie gebracht wurde, sollte sich herausstellen, dass Ministerin Scharf von ihrem neuen Haus nicht umfassend informiert worden ist und deshalb die Wahrheit nicht sagen konnte, und sollte sich herausstellen, dass letzten Endes durch eine Personalrochade Menschenleben aufs Spiel gesetzt wurden,

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege!)

handelt es sich um einen Regierungsskandal erster Güte.

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

Dieser Skandal endet dann politisch nicht bei der Frau Ministerin Scharf, sondern geht über Marcel Huber weiter direkt zu unserem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Gut gemeinte Ratschläge haben leider nichts geholfen. – Lieber Herr Kollege Beißwenger, Sie sind jetzt an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen! Mit einer Pressemitteilung vom 10. Januar 2017 informierte die Staatsanwaltschaft Regensburg über die Anklageerhebung gegen den ehemaligen Geschäftsführer im Fall Bayern-Ei. Die Staatsanwaltschaft legt ihm Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche Körperverletzung, vorsätzliches Inverkehrbringen gesundheitsschädlicher Lebensmittel, gewerbsmäßigen Betrug, unerlaubtes Betreiben einer Anlage und Tierguälerei, also ein offensichtlich kriminelles Verhalten, zur Last. Die Verbraucher in Bayern haben ein Anrecht auf sichere Lebensmittel. Ich will das ganz klar differenzieren. Die Verbraucher haben auch Verantwortung. Verbraucher sind zum Beispiel mit ihrem Kaufverhalten mit dafür verantwortlich, wie die Landwirtschaft in Bayern aussieht. Bei der Lebensmittelsicherheit allerdings liegt die Verantwortung zunächst bei Erzeugern und Verarbeitern. Ich sage hier bewusst: Ich will mich vor all die redlichen Bauern und Landwirte stellen, die täglich ordentlich ihre Arbeit machen.

(Beifall bei der CSU)

Weil ein Agrarindustrieller, offensichtlich ein schwarzes Schaf, kriminelle Machenschaften, so könnte man sagen, an den Tag gelegt hat, dürfen wir nicht alle verunglimpfen. Falls aber die Lebensmittelerzeugung nicht auf dem Niveau funktioniert, wie wir es uns erwünschen, sollten natürlich die notwendigen Kontrollen greifen. Hier muss unsere Bevölkerung die größtmögliche Sicherheit haben. Eine hundertprozentige, eine absolute Sicherheit wird es kaum geben können. Lebensmittelsicherheit hat allerdings für uns die absolut höchste Priorität.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na ja!)

Aus diesem Grund kommt es auch zu den bekannten Umstrukturierungen der lebensmittelrechtlichen Kontrollen.

Wir sind von den Vorgängen erschüttert und betroffen, aber auch entschlossen, den Fall Bayern-Ei aufzuklären und die aus den Ergebnissen der Ermittlungen resultierenden Schlüsse zum Wohle der Verbraucher zu

ziehen. Wir wollen, dass die Staatsregierung berichtet, ob den bayerischen Verbraucherschutzbehörden durch das Verfahren gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Bayern-Ei neue Erkenntnisse zum Salmonellen-Geschehen im Jahr 2014 bekannt geworden sind und, wenn ja, natürlich welche.

Weiterhin soll die Staatsregierung berichten, ob sich daraus Schlussfolgerungen zur weiteren Verbesserung der Lebensmittelüberwachung in Bayern ableiten lassen, weil die Lebensmittelsicherheit natürlich auch in die Zukunft gedacht werden muss.

Den Ermittlungsbehörden stehen grundsätzlich weitergehende Befugnisse im Vergleich zur Lebensmittelüberwachung und weitere Instrumente zur Verfügung.

(Horst Arnold (SPD): Nein!)

Sollte das Gericht das Hauptverfahren eröffnen, könnten im Verfahren gefundene neue Erkenntnisse über die Vorgänge bei der Firma Bayern-Ei zur weiteren Verbesserung der Lebensmittelkontrollen in Bayern herangezogen werden. Das heißt, wir wollen alles genau prüfen, um danach unsere Schlussfolgerungen zu ziehen. Jeder von uns will die Aufklärung des Sachverhaltes – alles im Sinne des Verbraucherschutzes. Vorfestlegungen lehnen wir allerdings ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag und lehnen die Anträge der Opposition ab. – Danke.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Politik eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, erst recht, wenn es um sichere Lebensmittel und die persönliche Gesundheit geht. Bei allem Verständnis für politischen Ehrgeiz appelliere ich heute noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses: Nehmen wir diese Verantwortung auch wahr, betreiben wir Sachpolitik und orientieren wir uns an den Fakten

(Lachen bei der SPD)

und nicht an Vermutungen. Verzichten wir auf eine Politik der Verunsicherung.

(Beifall bei der CSU)

Die Beiträge der Opposition sind einmal mehr eine Orgie von Verzerrung und Verfälschung.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist eine Orgie von Fakten!)

Ich frage mich wirklich: Verstehen Sie den Sachverhalt nicht – er ist nicht einfach –, oder wollen Sie ihn nicht verstehen?

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns liegt die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Regensburg nicht vor, aber ich sage: Jede zusätzliche Erkenntnis der Staatsanwaltschaft ist für uns hilfreich. Erinnern wir uns: Die Staatsanwaltschaft hat jetzt mehr als zwei Jahre Ermittlungsarbeit hinter sich. Sie hat den Verdacht - ich zitiere aus der Pressemitteilung vom 30. Januar -, dass "187 Personen an einer Salmonelleninfektion erkrankten", die auf den Verzehr von Eiern zurückzuführen sei, die aus den Betriebsstätten der Firma Bayern-Ei stammten. Davon sollen 86 Fälle in Deutschland sein. 64 Personen sollen ihren Wohnsitz in Bayern haben. Allerdings teilt die Staatsanwaltschaft auch mit, dass sich - ich zitiere noch einmal -"nur in 18 dieser Fälle" ein Infektionsort habe ermitteln lassen, davon 13 in Bayern. In den übrigen Fällen sei der Infektionsort nicht bekannt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie Sie das so runterspielen – Wahnsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsanwaltschaft bewertet strafrechtlich relevantes Verhalten. Sie bewertet aufgrund einer Ex-post-Betrachtung, das heißt, im Nachhinein. Sie nimmt sich zu Recht sehr viel Zeit für die Ermittlungen, und sie hat vor allen Dingen das volle Spektrum an Maßnahmen und Möglichkeiten, etwa Telefonüberwachung, umfassende Mitarbeiterbefragung, Befragung von Zeugen und vieles mehr. Das heißt: Natürlich kann die Staatsanwaltschaft zu neuen Erkenntnissen kommen. Welchen Sinn neben dem laufenden Justizverfahren ein Sonderermittler haben soll, bleibt das Geheimnis der SPD.

Die Überwachungsbehörden hingegen sind für die Gefahrenabwehr zuständig. Sie müssen auf der Grundlage des jeweiligen Kenntnisstandes in einem laufenden Geschehen schnell und vor allen Dingen rechtssicher handeln; denn mögliche Gefahren für die Menschen erfordern eine konsequente Reaktion. Eine solche Konsequenz kann beispielsweise das Umstellen eines A-Eier-Betriebes auf B-Eier sein.

Wir haben das bereits umfassend aufgearbeitet, und ich wiederhole noch einmal: An der Bewertung des

Handelns der Veterinär- und Lebensmittelsicherheitsbehörden vom Sommer 2014 hat sich auch nach unserem heutigen Kenntnisstand nichts geändert. Auch nach mehrfacher Überprüfung bleibt es bei der Feststellung, dass die Behörden die ergriffenen Maßnahmen im Sommer 2014 nach geltendem Recht und Gesetz ergriffen haben.

Ich wiederhole noch einmal: Eine bayernweite öffentliche Warnung der Verbraucher ist an fachliche und vor allen Dingen an rechtliche Voraussetzungen geknüpft. Diese Voraussetzungen lagen nicht vor. An der Einschätzung des LGL hat sich bis zum heutigen Stand nichts geändert. Damals konnte der Nachweis nicht erbracht werden, dass Eier der Firma Bayern-Ei für Salmonellenerkrankungen in Bayern ursächlich waren. Das LGL hat mehrfach ausgeführt, dass neben dem mikrobiologischen Befund, der als alleiniger Nachweis nicht ausreichend ist, auch ein epidemiologischer Nachweis notwendig ist. Sollte das laufende Justizverfahren weitere Erkenntnisse ergeben. prüfen wir diese und werden dem Landtag darüber berichten.

Für die Befragung der Erkrankten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Gesundheitsbehörden zuständig, die vom LGL eingeschaltet wurden. Die Gesundheitsbehörden haben diesbezüglich Nachforschungen angestellt. Aus den Fragebögen der Erkrankten, die dem LGL in diesem Zusammenhang von den Gesundheitsbehörden in anonymisierter Form übermittelt wurden, ergab sich in keinem Fall ein Hinweis auf eine konkrete Infektionsquelle oder gar ein Hinweis auf die Firma Bayern-Ei.

Anders ist die Situation in Frankreich und in Österreich. Dort gab es Ausbruchscluster. Das erleichterte die Aufklärung wesentlich. Ein Ausbruchscluster stellt etwa eine Feier dar, nach der viele Menschen erkranken. Dort hat man Eier der Firma Bayern-Ei gefunden. Auf den Eiern steht die Kennung des Betriebs. Sie wissen, dass uns die ausführliche lange Nummer auf den Eiern genau nachverfolgen lässt, aus welchem Betrieb diese kommen. Durch den Fund der Eier und das Ausbruchscluster konnte die Verbindung zu Bayern-Ei hergestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausschussmitglieder unter Ihnen erinnern sich: Ich habe die Falschbehauptungen des verbraucherschutzpolitischen Sprechers der SPD am 14. Januar letzten Jahres ebenso umfassend wie unwidersprochen richtiggestellt. Sie können das in den Protokollen des Landtags gern nachlesen.

Eines ist klar: Lebensmittelsicherheit ist nichts, was man einmal regelt und dann abhakt, sondern Lebensmittelsicherheit ist ein Dauerauftrag im Dienste der Menschen. Diesen Auftrag nehme ich an, und zwar ernsthaft. Ich habe eine Vertrauensperson Lebensmittelsicherheit zur Entgegennahme von vertraulichen Hinweisen und einen Expertenrat Lebensmittelsicherheit berufen. Ich habe das Programm "Gute Lebensmittel aus Bayern" aufgelegt. Wir haben die größte Strukturreform auf den Weg gebracht, seit es die staatliche Veterinärverwaltung und Lebensmittelüberwachung in Bayern gibt. Eine neue zentrale Kontrollbehörde wird in Zukunft komplexe Betriebe, im Übrigen auch Geflügelgroßbetriebe, kontrollieren und für noch mehr Sicherheit für die Verbraucher sorgen.

Ich danke für die Unterstützung bei diesem wirklich wichtigen Zukunftsprojekt. Wir werden gemeinsam neue Wege in der Lebensmittelsicherheit gehen, gerne eines Tages auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, auch gern im Wettstreit um die besten Ideen, aber nicht im Modus der persönlichen Verunglimpfung.

Ich bitte um Annahme des Dringlichkeitsantrags der CSU und um Ablehnung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge der Opposition. Die Opposition unterstellt erst ein Fehlverhalten, das es nicht gibt, und fragt dann nach den Gründen dafür. Einen Sonderermittler lehnen wir ab. Die Ergebnisse des Justizverfahrens bleiben abzuwarten. Die Sachfragen aus dem Antrag der GRÜNEN werden wir natürlich schriftlich beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Bleiben Sie bitte noch da. Frau Steinberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin, ich weise entschieden von mir, dass die Opposition bzw. die Fraktion der GRÜNEN aus politischem Ehrgeiz handelt.

(Lachen bei der CSU – Staatsministerin Ulrike Scharf: Fühlen Sie sich angesprochen?)

Im Gegensatz zu Ihnen – das möchte ich fast sagen – sind wir an den Fakten orientiert. Wir haben sehr viele Fakten aufgezählt. Wenn Sie uns unterstellen, wir würden nur verzerren und verdrehen, reden Sie einen Untersuchungsausschuss geradezu herbei. Wir lassen uns nicht gefallen, von Ihnen geradezu beschimpft zu werden. Wir wollen wirklich Aufklärung.

Damit wir bei den Fakten bleiben, habe ich eine Frage an Sie, und ich bitte Sie, mir diese konkret zu beantworten. Zwischen dem 18. und dem 29. August gab es ganz viele bilaterale Anfragen aus Frankreich, aus Österreich und aus dem Vereinigten Königreich. Alle wollten wissen: Was ist eigentlich los mit den Eiern von Bayern-Ei? Wie sind die Lieferbeziehungen? Das LGL hat sehr viel gemacht, aber anscheinend haben Sie im eigenen Land nicht hingeschaut. Ich möchte Sie fragen: Finden Sie es in Ordnung, dass in der Zeit, in der das LGL täglich Anfragen beantworten musste, die Firma Bayern-Ei in Aiterhofen weiter Eier ausliefern durfte? Wieso haben Sie diesen Betrieb in dieser Zeit nicht gesperrt? Denn spätestens dann hätten Sie wissen müssen, was in ganz Europa los ist. Sie aber haben zugeschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium):

Frau Kollegin Steinberger, alle diese Details haben wir in drei Ausschusssitzungen, mehrfach im Plenum, in zig Anfragen – seien es Schriftliche Anfragen oder Anfragen zum Plenum – beantwortet. Ich verweise auf die Protokolle und möchte Sie nur noch kurz daran erinnern, dass wir nun abwarten, was die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bzw. das Justizverfahren uns bringen wird. Ich werde dann gerne erneut berichten. Ihre Fragen – das habe ich eben zugesagt – werden wir natürlich gerne schriftlich beantworten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Arnold hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Horst Arnold (SPD): Frau Staatsministerin, ich habe zwei Fragen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das Umweltministerium bisher keine Kenntnis von der Anklageschrift hatte? Ist da keine Mitteilung in Strafsachen an das Umweltministerium erfolgt, dass in diesem Zusammenhang Anklage erhoben worden ist? Können Sie das noch einmal bestätigen, dass Sie tatsächlich keine Kenntnis vom Anklagesachverhalt haben und das möglicherweise nur aus der Presse erfahren haben?

Der zweite Punkt ist mir noch wichtiger. Sie sagen, Sie seien als Gefahrenabwehrbehörde tätig. Wenn immer mehr Erkrankungen auftreten, wann ist dann die Grenze erreicht, das heißt, wo ist die Gefahr so konkret geworden, dass man repressiv handeln muss? Das ist genau der Punkt. Die Staatsanwaltschaft hat Mittel und Möglichkeiten, repressiv tätig zu werden, aber doch nicht mehr und nicht weniger als diejenigen, die vor Ort die Kontrollen durchführen. Ist da kein Abstimmungsbedarf gegeben? Und ist es in dem Zusammenhang einfach zu vernachlässigen,

wenn Sie sagen, die Staatsanwaltschaft habe repressiv die besseren Möglichkeiten als diejenigen, die die Gefahr abwenden sollen? Da stimmt doch grundsätzlich etwas am System nicht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium):

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege! Die Anklageschrift liegt uns nicht vor. Wir kennen die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Regensburg vom 10. Januar genauso wie Sie alle.

Zu Ihrer zweiten Frage: Es gibt jährlich in Bayern gut 2.000 Salmonellenerkrankungen. Wir kontrollieren. Es gibt sogenannte Signalwerte, bei denen uns das Robert-Koch-Institut darauf aufmerksam macht, dass ein Signalwert an Erkrankungen erreicht ist. Das ruft das LGL auf den Plan, das dann diesen Hinweisen nachgeht. Es bittet dann die Gesundheitsämter vor Ort, diesen Erkrankungen nachzugehen, wie ich das vorhin bereits geschildert habe. Es werden Fragebögen ausgeteilt, und die Erkrankten haben die Möglichkeit, diesen Fragebogen freiwillig auszufüllen und zurückzusenden. Aus diesen Erkenntnissen - das ist die zweite Schiene - können wir den Weg des Ausbruchsgeschehens aufzeigen bzw. wer die Hersteller sind. Die Laborergebnisse und die Befragungen können also einen Rückschluss darauf geben, woher der Ausbruch kommt.

Das ist unser System. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus bitte ich Sie, doch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abzuwarten, und dann werde ich gerne erneut im Landtag berichten. Wie es Kollege Beißwenger bereits betont hat, haben wir alle Interesse an der Aufklärung der Sache.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/15168 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREI-EN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15173 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15174. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen am Schluss zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/15183. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU) Bundeseinheitliche Netzentgelte im Übertragungsnetz (Drs. 17/15169)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD) Gesamtkonzept zur Neuordnung der Netzentgeltregelung und Vereinheitlichung der Netzentgelte (Drs. 17/15184)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vereinheitlichung der Netzentgelte nicht nur im Übertragungsnetz (Drs. 17/15185)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Netzausbaukosten minimieren - SüdLink und SüdostLink stoppen - Bayerns saubere, flexible Gaskraftwerke ans Netz bringen (Drs. 17/15186)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Bernhard von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur, der ursprünglich eine Ermächtigungsgrundlage für einheitliche Übertragungsnetzentgelte enthielt. Diese Ermächtigung ist ersichtlich auf Betreiben Nordrhein-Westfalens, Frau Kraft und des damaligen Bundeswirtschaftsministers, aus dem Entwurf gestrichen worden, weil sie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen benachteiligt hätte. Das Ganze ist also auf Kosten Bayerns von der SPD und ihrem damaligen Wirtschaftsminister veranlasst worden.

Anstatt einen Nachzieher einzureichen, hätten Sie sich darum kümmern sollen, was Ihr Bundeswirtschaftsminister zum Nachteil Bayerns so treibt. Das wäre wesentlich wirksamer gewesen, als jetzt irgendwelche Anträge im Nachgang zu stellen.

Das Ganze kommt dadurch zustande, dass es eine Regelung für sogenannte gesonderte Netzentgelte in den Regionalzonen gibt. Das ist vielleicht etwas kompliziert, aber es ist so. Darin gehen gewisse Kostenanteile ein, die im Ergebnis dazu führen, dass in Bayern die Stromkosten weiter steigen. Dies sind Elemente wie Netzreserve, Redispatch, Einspeisemanagement und vor allem auch die Kosten für den Neubau der Übertragungsleitungen aus dem Norden.

Wir halten die Auswirkungen für ausgesprochen ungerecht, weil dies Kosten der Energiewende insgesamt sind, die von allen, die diese Energiewende wollten, getragen werden müssten. Das ist kein bayerisches Spezifikum, sondern die Kosten kommen dadurch zustande, dass man Leitungen aus dem Norden braucht. Was sich da an Kostensteigerungen abspielt, ist als relativ drastisch zu bezeichnen. In großen Teilen Bayerns, also vor allen Dingen in den Bereichen, wo Tennet diese Übertragungsnetze betreibt, fallen bis zu 80 % höhere Kosten an. Deshalb bitten wir die Staatsregierung, in geeigneter Weise vorzugehen, dass die Ermächtigung wieder im Gesetz aufgenommen wird, nach der einheitliche Entgelte für die Übertragungsnetze geschaffen werden können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten immer die Grundüberzeugung, dass

in Deutschland einheitliche Entgelte verlangt und die Kosten solidarisch verteilt werden sollten. Das ist unser Ziel. In Ihren Dringlichkeitsanträgen erheben Sie ebenfalls diese Forderung; Sie gehen aber weit darüber hinaus. Wir wollen uns dagegen auf das Thema der Ermächtigungsgrundlage konzentrieren. Das ist dem Gesetzgebungsverfahren geschuldet. Wir wollen jetzt nicht die Schaffung eines Gesamtkonzeptes anstoßen, wie das die SPD formuliert hat, mit dem die Netzentgelte neu geregelt werden sollen. Das kann nicht der Sinn dieser Debatte sein. Im Übrigen handelt es sich bei der Berechnung, der Umlage und der Verteilung dieser Entgelte um ein hochkompliziertes Geflecht. Wer sich dieses Themas annehmen will, muss sich überlegen, in welche Richtung das Ganze gehen soll. Man kann nicht einfach sagen: Das soll einmal neu geregelt werden.

Die GRÜNEN gehen noch viel weiter. Sie wollen auch die Regelungen über die Verteilungsnetze überprüfen, einen Ausgleich schaffen, die Kriterien verändern etc. Das wollen wir gerade nicht. Wir haben uns in unserem Dringlichkeitsantrag darauf konzentriert, dass das verändert wird, was für Bayern eminent wichtig ist. Hinsichtlich der Verteilungsnetze könnten sonst nachteilige Wirkungen für Bayern entstehen. Ihnen ist es aber offenbar egal, wie sich die Regelungen am Ende auf Bayern auswirken.

Eines ist merkwürdig: Wir haben festgestellt, dass die GRÜNEN im Deutschen Bundestag eine ganz andere Meinung vertreten. Sie haben nämlich zum Beispiel geäußert, dass die Vereinheitlichung der Verteilungsnetze zu einem bürokratischen Monster führen würde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich bin neugierig, was die CSU im Bundestag tun wird!)

Das hat ein Kollege geäußert, der die Sache richtig erkannt hat. Er hat auch erkannt, dass dadurch die Bewegungsfreiheit der Stadtwerke massiv eingeengt würde. Das alles wollen wir natürlich nicht. Auf keinen Fall wollen wir das, was Sie in Ihrem vorletzten Spiegelstrich niedergelegt haben, nämlich dass die Begünstigung der energieintensiven Unternehmen schrittweise abgebaut werden soll. Wir halten das für völlig verkehrt, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigt würde.

Herr Aiwanger, Sie schauen schon so gespannt. Jetzt komme ich noch zu den FREIEN WÄHLERN. Sie wollen jetzt wieder die Trassendiskussion anwerfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist doch die Ursache des ganzen Dilemmas!)

Niemand kann uns vorwerfen, dass wir und insbesondere unser Ministerpräsident die Frage, ob der Lei-

tungsbau, der momentan in Rede steht, wirklich notwendig ist, nicht angesprochen hätten. Wir haben diese Frage hin- und hergewendet, bis am Ende feststand: Jawohl, wir brauchen diese Leitungsverbindungen, um den Strom von Nord nach Süd zu befördern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und jetzt sucht ihr einen Dummen, der euch das bezahlt! Aber den werdet ihr nicht finden! Schade!)

Sie wärmen hier diese Diskussion wieder auf und wollen eine Schlacht führen, die längst entschieden ist. Sie sollten das nicht tun, weil das zu nichts führt.

Dann haben Sie die modernen Gaskraftwerke angeführt. Das ist ein Thema, das uns ebenfalls sehr bewegt. Wir mussten erkennen, dass diese Gaskraftwerke so, wie sich die Energiepreise entwickelt haben, leider in keiner Weise wettbewerbsfähig sind. Außerdem gibt es den Vorrang der Einspeisung für die erneuerbaren Energien, wie Sie wissen. Darum ist der zweite Punkt Ihres Antrags nicht realistisch und auch nicht realisierbar, so schön das auch wäre. Es wäre schön, wenn neue Gaskraftwerke rentabler betrieben werden könnten. Das ist aber leider nicht der Fall. Deshalb müssen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

Ich bitte also um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag und um Ablehnung der Dringlichkeitsanträge der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Bernhard, ich habe mich ehrlich gesagt gewundert, dass dieses Thema heute hochgezogen wird. Ich weiß nicht, wem Sie damit einen Gefallen tun wollen. Vielleicht möchten Sie Herrn Laschet etwas zuspielen, was Ihnen sicherlich nicht gelingen wird. Ich werde Ihnen auch gleich erläutern, warum.

Die Netzentgelte stehen im Koalitionsvertrag. Wir werden diese Regelungen gemeinsam durchsetzen müssen. Insofern ist Ihr Vorgehen albern. Sie gehen jetzt auf das Land Nordrhein-Westfalen los. Das können Sie tun. Interessant ist, dass Ihre Schwesterpartei CDU in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2016 mit einem Antrag auf Bundesebene vehement gegen bundesweit einheitliche Netzentgelte vorgegangen ist. Die CDU-Landesgruppe NRW hat sich zudem mit die-

sem Anliegen in einem Schreiben an Herrn Kanzleramtsminister Altmaier gewandt und um eine Verschiebung der ursprünglich für den 30. November letzten
Jahres geplanten Kabinettsbefassung zur Vereinheitlichung der Netzentgelte gebeten. Die Landesgruppe
hat Herrn Altmaier geschrieben: Bitte tun Sie das
nicht. Verschieben Sie es. Warum? – Weil sowohl die
SPD als auch die CDU in Nordrhein-Westfalen aufgrund der dortigen regionalen Gegebenheiten die
Netzentgelte im Moment niedrig halten möchten. Sie
möchten eine Steigerung vermeiden. Das ist auch logisch.

Sie werden Herrn Laschet nicht dazu bringen, dass er das, was Sie hier machen, toll findet, weil Herr Laschet das, was Sie vorschlagen, im Moment gar nicht will. Die hauptsächlich Leidtragenden bei ungleichen Netzentgelten sind die neuen Länder; denn dort sind die Netzentgelte um bis zu 40 % höher als in den Westländern. Wir unterstützen Ihren Dringlichkeitsantrag, weil die darin enthaltenen Punkte auch im Koalitionsvertrag stehen. Insofern finde ich Ihre Begründung einfach nur albern.

Herr Bernhard, warum wollen wir ein Gesamtkonzept? – Wir wollen ein solches Konzept, weil die erneuerbaren Energien ganz andere Anforderungen an die Verteilnetze stellen. Im Moment ist das Netz auf die großen Energieversorger und auf die großen Energiebeschaffer ausgerichtet. Außerdem haben wir eine immer größer werdende Flexibilisierung zu bewältigen. Deshalb legen wir Wert darauf, dass wir zum einen eine Verordnungsermächtigung zur Angleichung der Netzentgelte bekommen, zum anderen aber auch ein Gesamtkonzept erarbeitet wird, das auch die erneuerbaren Energien berücksichtigt. Das steckt hinter unserem Dringlichkeitsantrag. Das ist alles.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nicht verstehen, warum Sie unserem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Ich glaube, dass unser Antrag sehr sinnvoll ist. Er geht aber einen Tick über Ihren Dringlichkeitsantrag hinaus. Im Koalitionsvertrag steht, was wir in unserem Dringlichkeitsantrag ebenfalls formulieren. Sicherlich geht es auch um bayerische Interessen. Hier haben wir es jedoch mit einer nationalen Energiewende zu tun. Lassen Sie uns doch gemeinsam als SPD, als CDU und als CSU daran arbeiten, dass die Verordnungsermächtigung umgesetzt wird.

Die GRÜNEN gehen noch ein Stück weiter. Sie fordern, dass die Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Unternehmen peu à peu zurückgenommen werden. Ich glaube, im Gesamtkonzept der Energie-

wende ist das tatsächlich notwendig. Die GRÜNEN sagen nicht, dass sie einen sofortigen Cut wollen, sondern sie sind für eine schrittweise Annäherung. Das ist in meinen Augen nicht kritikwürdig. Darüber kann man diskutieren. Deshalb werde ich auch dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zustimmen.

Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER sage ich ganz ehrlich: Puh! Herr Pohl ist gerade nicht da. Er ist wahrscheinlich der Urheber dieses Dringlichkeitsantrags. Die Trassendebatte: Leute, jetzt ist es langsam mal gut!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, die geht erst los, weil Sie jetzt das Geld dafür einsammeln müssen!)

– Sie sind doch eh gleich dran. Da müssen Sie doch nicht dazwischenplärren. – Wir werden den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ablehnen; denn diese Debatte ist nun wirklich vorbei. Die Energiewende geht vorwärts. Wir wollen keine zwei Strompreiszonen. Lassen Sie uns dieses Thema gemeinsam gestalten. Herr Bernhard, Sie können ja Ihren Dringlichkeitsantrag an Herrn Laschet schicken. Mal schauen, was er davon hält.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Pschierer, wir werden dem Dringlichkeitsantrag der CSU, was selten vorkommt, zustimmen, obwohl uns dieser Antrag nicht weit genug geht. Das Problem ist klar: Wir haben eine Ungerechtigkeit. Die Netzentgelte werden in ganz Deutschland ungerecht verteilt. Einige Betriebe müssen massiv mehr als andere bezahlen. Dabei sind die Übertragungsnetzentgelte nur ein Punkt.

Wir hören hier, dass es uns GRÜNEN angeblich nicht um Bayern geht. Herr Dr. Bernhard, Sie haben das angeführt. Aus Ihrem Antrag spricht etwas in der Manier des "America first", die wir jetzt von jenseits des Atlantiks öfter vernehmen. Sie liefern hier reines "Bavaria first" ab. Dazu sagen wir klar Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag fußt auf einer Initiative von Minister Gabriel aus dem letzten Jahr. Damals war er noch Wirtschaftsminister. Damit wollte er eine Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte in ganz Deutschland

erreichen. Diese Initiative wurde aus Rücksicht auf den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf zurückgenommen. Jetzt gibt es hier gewissermaßen ein Schaulaufen. Ein Wahlkampf, der eigentlich in Nordrhein-Westfalen stattfinden soll, findet auf einmal bei uns im Plenum des Bayerischen Landtags statt. Ich wundere mich schon, was das hier soll – großes Fragezeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ungerechtigkeit bei den Netzentgelten gibt es in verschiedenen Bereichen. Deswegen haben wir den Nachzieher eingereicht. Es geht nämlich nicht nur um die Übertragungsnetze, sondern auch um die Verteilnetze. Das ist sehr wichtig: Hier gibt es eine große Ungerechtigkeit im Verhältnis von sehr städtisch strukturierten zu den ländlichen Räumen. Wir brauchen einheitliche Regelungen zur Umlage der Netzentgelte auf die verschiedenen Verbrauchergruppen. Momentan werden die Großverbraucher massiv geschont, und alles wird dem Mittelstand bzw. den kleinen Verbrauchern zugeschustert. Dazu sagen wir GRÜNE klar: Das muss zurückgedreht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser nächstes Anliegen betrifft die Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen. Im Jahr 2005 hat Schwarz-Rot als Übergangslösung gewisse Befreiungen für diese Unternehmen eingeführt. Seither wurden sie immer weiter ausgedehnt. Heute werden Betriebe, die pro Jahr konstant 7.000 bis 8.000 Stunden Strom brauchen, dafür belohnt, dass sie im Prinzip Strom verschwenden. Sie bekommen keinen Anreiz zur Stromeinsparung, sondern einen Anreiz zur Stromverschwendung. Das wollen wir umdrehen. Deswegen: endlich Schluss mit diesen Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Unternehmen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen hier eine Gleichbehandlung; die Kosten sollten nicht einseitig auf den Mittelstand und Privatleute abgeschoben werden. Natürlich muss immer ein gewisser Ausgleich stattfinden; das ist uns schon klar. Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen in gewisser Weise berücksichtigt werden. Aber die Ausnahmen, die sich bis jetzt entwickelt haben, können gerade angesichts der Belastung von Mittelstand und Privathaushalten nicht weitergeführt werden. Deswegen haben wir unseren Antrag eingebracht.

Wir werden dem Antrag der CSU zustimmen, wir stimmen dem Antrag der SPD zu. Den Antrag der FREI-EN WÄHLER werden wir ablehnen. Er ist nach unserer Einschätzung wirklich aus der Zeit gefallen. Den hätten Sie auch im Jahr 2015 stellen können. Er hat mit dem hier besprochenen Thema nichts zu tun. Ich bin auf die Begründung vom Herrn Aiwanger sehr gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen die Kosten der Stromtrasse schön langsam bei Bayerns Wirtschaft und bei Bayerns Stromkunden an. Und jetzt beginnt man, Geld einsammeln zu wollen. Die CSU fordert in ihrem Antrag, bundesweit die Kosten für die Übertragungsnetze einheitlicher zu verteilen, weil sonst – halten Sie sich fest – die Kosten für die bayerische Wirtschaft eminent steigen würden und damit sogar die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr gerät.

Vor gar nicht langer Zeit haben Sie uns hier noch erzählt, gerade für die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft wäre es äußerst notwendig, diese Stromtrassen zu bauen, die zig Milliarden kosten. Frau Kohnen, das klingt jetzt keinesfalls entschieden: Vielleicht haben Sie die aktuelle Resolution des Bayerischen Bauernverbandes noch nicht gelesen, in der die Stromtrassen sehr kritisch betrachtet werden und gefordert wird, dass die Grundstücksbesitzer für die Benutzung ihrer Grundstücke durch diese Trassen permanent entschädigt werden. Sie sollen nicht nur einmalig mit einem Butterbrot abgespeist werden, während die Gewinne danach für alle Zeit bei denen ankommen, die dort investieren. Sie sagen: Wenn ihr schon durchbauen wollt, wollen wir jedes Jahr Geld sehen.

Die Sache ist also keineswegs erledigt, sondern jetzt geht die Debatte darüber los, wer diesen Irrsinn bezahlt. Wir FREIEN WÄHLER sind traurig genug darüber, dass wir als Einzige dagegen sind. Wir sind die Einzigen, die gegen diese beiden Stromtrassen sind, während eine ominöse große Koalition aus CSU, SPD und GRÜNEN dafür ist und diesem Phantom hinterherjagt, das sie am Ende teuer bezahlen werden müssen. Allein die Tatsache, dass andere Bundesländer fragen, warum sie mitbezahlen sollen, zeigt, welcher Streit hinter den Kulissen tobt. Heute warnen Sie davor, dass die bayerische Wirtschaft ohne die Stromtrassen nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wenn Sie sich mit Ihrem Plan nicht durchsetzen können, würden

Sie dann die Konsequenz ziehen und sich dazu entschließen, keine Trasse mehr zu bauen? – Sie schreiben in Ihren Antrag: Die Wettbewerbsfähigkeit ist in Gefahr; Sie fordern, dass andere sich beteiligen. Wenn sie das nicht tun, was ist dann? Nehmen Sie dann diesen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit sehenden Auges in Kauf, oder gehen Sie nicht doch sehr viel vernünftiger den Weg der FREIEN WÄHLER mit, die sagen: Diese beiden Stromtrassen SuedLink und SuedOstLink sind Größenwahn im Quadrat, insgesamt 1.350 Kilometer lang!

Jetzt ist eine Erdverkabelung geplant. Das sind mindestens 20 Meter breite unterirdische Trassen, die aussehen, als ob man eine Bundesstraße auskoffert. Dort hinein kommen die Kabel. Es wird bedeckt. Die Landwirte wollen das nicht. Die Waldbesitzer dürfen auf diesen Trassen keinen Baum mehr anpflanzen. Das blenden Sie hier am grünen Tisch alles aus. Das ist aber die Realität draußen. Meine Damen und Herren, auf uns kommen Entwicklungen zu, bei denen Sie Angst bekommen werden, etwa wenn Gemeinden in der Nähe dieser Flächen kein Gewerbegrundstück mehr ausweisen dürfen und dergleichen mehr. Das dicke Ende dabei kommt erst noch auf uns zu.

Es gibt Schätzungen, nach denen Sie 30 Milliarden für diese Trassen ausgeben werden; die einen sagen mehr, die anderen weniger. Wir sagen: Wenn Sie schon so viele Milliarden für diese Trassen ausgeben wollen, dann müsste es doch auch möglich sein, ernsthaft darüber nachzudenken, schon gegebene Alternativen wie bestehende bayerische Gaskraftwerke etwas mehr ans Netz zu nehmen. Wir sollen sie nicht nur in Zeiten einsetzen, in denen man kurzfristig zum Einspringen eines von ihnen braucht, sondern wir sollten diese Gaskraftwerke mehr ans Netz nehmen und das Defizit an Wettbewerbsfähigkeit ausgleichen oder die erneuerbaren Energien insgesamt voranbringen. Oder wir sollten überschüssigen Strom, wenn er anfällt, gezielter und billiger abgeben oder den einen oder anderen Pumpspeicher wettbewerbsfähig machen oder in der Photovoltaik und Windenergie noch ein bisschen was zulassen.

Sie alle haben sich auf diese Stromtrassen eingeschossen und Scheuklappen angelegt. Sie denken nicht mehr nach links und rechts und denken nicht mehr, ob es einen Weg an dieser Betonmauer vorbei geben könnte, sondern Sie rennen mit voller Kraft dreimal hintereinander gegen diese Betonmauer und schreien: Jetzt bin ich aber blutig, wer rettet mich? – Sie suchen jemanden, der diesen Wahnsinn bezahlt. Ich wünsche mir, dass Sie ihn finden, weil sonst die bayerischen Stromkunden durch Ihre verfehlte Politik von Schwarz und Rot auf Bundesebene massiv einen Schuss ins Knie bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Noch mal: Stoppen Sie diese Trassenpläne lieber jetzt als morgen, nicht nur, weil Sie damit etwas beerdigen, was Sie am Ende eh' nicht realisieren können, sondern auch, weil Sie dadurch Zeit verlieren würden, die jetzt dringend nötig ist, um Alternativen auszubauen. Sie lassen diese Alternativen nicht zu und versteifen sich heute genauso auf diese Stromtrassen, wie Sie sich im Herbst 2010 auf die Wiederverlängerung der Kernkraftwerks-Laufzeiten versteift haben; erst durch Fukushima sind Sie zur Vernunft gebracht worden. Auch damals haben Sie gesagt: Es ist unbedingt notwendig, die Atomkraftwerks-Laufzeiten zu verlängern. Heute sagen Sie mit derselben Überzeugung: Es ist unbedingt nötig, diese Stromtrassen zu bauen; und wer das nicht kapiert, ist so ein Bauer wie die FREIEN WÄHLER. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist es wichtiger, ein Bauer mit einem gesunden Menschenverstand zu sein als solch ein größenwahnsinniger Typ, wie Sie es sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Aiwanger. Herr Manfred Ländner von der CSU hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Manfred Ländner (CSU): Lieber Kollege Aiwanger, ich werde genauso wie Sie morgen wieder in meinen Stimmkreis zurückkehren. Die Menschen werden mich fragen, wofür die CSU und wofür die FREIEN WÄHLER stehen. Darf ich aus Ihrer Rede folgernd sagen, dass die FREIEN WÄHLER nicht für die Erdverkabelung, sondern für Overhead-Stromtrassen und für große Masten stehen? Ich hätte von Ihnen gerne eine Antwort auf diese Frage erhalten.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Antwort darauf bekommen Sie. – Ihre Frage bestätigt das, was ich vorhin gesagt habe, nämlich, dass Sie mit Scheuklappen unterwegs sind. Sie sind auf die Stromtrasse fixiert und überlegen, ob diese ober- oder unterirdisch verlegt werden soll. Ich sage, die Stromtrasse soll überhaupt nicht verlegt werden. Das ist genauso, wie die Wahl zwischen Erhängen und Erschießen zu haben. Ich will keines von beiden. Wir, die FREIEN WÄHLER, wollen diese Trasse nicht, weil wir sie nicht brauchen. Punkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Manfred Ländner (CSU): Mir fallen da nur die Siemens-Lufthaken ein!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun Frau Staatsministerin Aigner das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir sollten uns jetzt wieder beruhigen. Bitte schön, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich erst einmal bei der SPD und bei den GRÜNEN bedanken, dass sie dem Antrag zustimmen. Es ist durchaus im bayerischen Interesse, dieses Thema heute zu diskutieren. Ich denke es ist systemimmanent, dass es zu diesem Thema in Nordrhein-Westfalen andere Ansichten gibt. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtags bzw. als Staatsregierung in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vertreten sollen. Was momentan bei den Netzentgelten geplant ist, ist nicht im Interesse Bayerns. Deshalb ist der Antrag richtig. Ich danke für die Unterstützung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Ich will gar nicht mehr im Detail darauf eingehen, weil ich auf die Aussagen des Kollegen Aiwanger eingehen möchte. Der Kollege ist nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern ich weiß nicht, was man überhaupt noch erklären soll. Ich möchte dies an einem konkreten Beispiel festmachen. Lieber Hubert Aiwanger, wir schreiben das Jahr 2017. Es gibt eine 80-prozentige Preiserhöhung im Netzgebiet des Strombetreibers TenneT. Dabei ist noch kein einziger Kilometer an Kabeln verlegt worden. Daraus kann geschlossen werden, dass die Preiserhöhung nichts mit den Erdkabeln zu tun hat, und zwar Null.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt es aber drinstehen!)

– Nein. Wenn man beim Lesen schon Fehler macht, dann wird es schwierig, mit Verlaub. Noch mal, das Problem, das im Moment besteht, liegt ausschließlich daran, dass wir schon bestellten Strom bezahlen. Dieser wird im Norden durch Windenergie produziert. Übrigens haben wir das alle über den Bundestag beschlossen. Der Strom kann aber nicht transportiert werden, stattdessen muss er abgeregelt, bezahlt und weggeschmissen werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr regiert ja seit zehn Jahren! Das ist euer Fehler!)

Die Kosten, die jetzt dazukommen, sind zu 95 % aufgrund der Netzstabilisierungsmaßnahmen entstanden. Das hat also nicht mit einem Zuviel an Leitungskosten, sondern mit einem Zuwenig an Leitungskosten zu tun. Damit wir uns über die Größenordnung einig sind, nenne ich folgende Zahlen: Im

Moment wenden wir dafür 1 Milliarde Euro pro Jahr auf.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Daran seid ihr schuld! Ich regiere nicht!)

Die Prognose geht dahin, dass wir in drei bis vier Jahren bei 4 Milliarden Euro pro Jahr sind. Jetzt kann ich nur nochmal sagen, dass wir die Frage, ob wir die Leitungen brauchen oder nicht, ausführlich beim Energiedialog diskutiert haben. Ich weiß, die FREIEN WÄHLER waren anderer Meinung, aber nur, weil sie das System immer noch nicht verstanden haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Euer System kann man nicht verstehen!)

Ich habe mittlerweile aufgegeben, euch das System zu erklären. Allein dieses Faktum spricht bereits Bände.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich trotzdem auf die Kosten zu sprechen, weil diese gestern im Rahmen des Netzentwicklungsplans veröffentlicht worden sind. Ja, es wird Mehrkosten geben. Aber noch mal, es geht auch um die Frage der Verträglichkeit. Der Kollege Ländner hat bereits gesagt, was in den Wahlkreisen vor Ort gefragt wird, nämlich, wie wir diese für die Menschen so verträglich wie möglich gestalten können. Noch mal, mit Verlaub: Die Kosten sind auf 40 Jahre gerechnet. Es ist ein Unterschied, ob es Mehrkosten von 8 Milliarden Euro für die Erdverkabelung gibt oder ob es zukünftig 4 Milliarden Euro pro Jahr geben wird. Das ist ein Riesenunterschied. Lieber Hubert Aiwanger, du sagst, dass 30 Milliarden Euro drinstehen, und zwar nur für die Erdverkabelung. Diese Aussage ist von wenig Sachkenntnis geprägt.

Die Kosten, die drinstehen, fallen für das gesamte Netz an, auch für das Verteilnetz. Das Verteilnetz wird gebraucht, um den produzierten Strom der Photovoltaikanlagen, die in Niederbayern auf den Dächern sind, und den Strom der Biogasanlagen bzw. der Windkraftanlagen in die großen Verteilnetze einspeisen zu können. Deshalb bitte ich darum, irgendwann zuzustimmen und nicht nur zu filibustern. Hängen Sie nicht immer Wunschgedanken nach, sondern verstehen Sie einfach, wie das System funktioniert. Dafür gebe ich Ihnen gerne noch ein Privatissimum in Nachhilfeunterricht. Aber wenn man schon keine Ahnung hat, dann soll man – Entschuldigung – auch nicht reden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem CSU-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15169 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/15184. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/15185 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt abschließend zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15186. Das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Antisemitismus in Bayern: Straftaten konsequent verfolgen - Politisch-historische Bildung stärken (Drs. 17/15170)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU)

Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus (Drs. 17/15187)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Extremismus auch durch Bildung bekämpfen: Prävention durch gelebte Demokratie! (Drs. 17/15188)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rosenthal von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema zeigt, dass insgesamt das Parlament erneut gefordert ist. Die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge bedeuten auch, dass wir uns im Grundsatz durchaus einig sind. Der Ausgangspunkt, weshalb wir heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, ist eine Anfrage an das zuständige Staatsministerium, die wir als Fraktion gestellt haben. Aus dieser Anfrage ist sehr deutlich hervorgegangen, dass die Zahl der antisemitischen Straftaten in Bayern im vergangenen Jahr dramatisch angestiegen ist. 2015 waren es 132 erkannte Straftaten. 2016 waren es bereits 176 erkannte Straftaten. Auch die Schwere der Straftaten hat dramatisch zugenommen: 2015 sind es Fälle von Körperverletzung. 2016 sind in der Statistik ein Mord, ein Fall von Totschlag und Körperverletzungen verzeichnet.

Das Fazit lautet: Antisemitismus ist wieder ein zentrales Thema in der Gesellschaft. Die strafrechtliche Verfolgung ist das eine. Sie wird konsequent erfolgen, und sie ist wichtig, aber längst nicht mehr ausreichend. Die Vorbeugung muss wieder ins Zentrum dieser Auseinandersetzung um die Stärkung von Demokratie gerückt werden. Bei genauer Betrachtung der populistischen und der rechtsextremistischen Strömungen und der Gewaltanwendungen, aber auch des Versuchs der Länder, die rechtsextremistischen und die NPD-Wurzeln durch ein Verbot der NPD einzudämmen, kommt man zu folgender Erkenntnis: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil, das sehr differenziert ausgefallen ist, auf der einen Seite das Parteienprivileg wieder in den Mittelpunkt gestellt und ein Verbot nicht zugelassen, aber uns andererseits gleichzeitig einen großen Aufgabenkatalog hinterlassen, indem es uns auferlegt hat, unterhalb des Parteienverbotes sehr viel mehr Aktivitäten zu entfalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gibt ein problematisches Defizit an politischer Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich. Bürgerinnen und Bürger – das zeigen Untersuchungen – neigen dazu, in ihrer Urteilskraft ungenügend qualifiziert zu sein und Auffassungen zu vertreten, die populistisch inszenierte einfache Lösungen favorisieren. Das bedeutet: Demokratie lernen ist erneut eine Aufgabe, die als eine verpflichtende Veranstaltung nicht nur in der Fort- und Weiterbildung an den Universitäten einen Stellenwert einnehmen sollte, sondern auch in den Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist ganz klar, dass Sie sagen werden: Da sind wir uns ja einig, das ist als Teil im Katalog der Schulen verzeichnet. - Das ist einerseits richtig, aber andererseits falsch oder unzureichend, um mich an dieser Stelle präziser auszudrücken. Was meine ich damit? -Institutionenkunde sagt noch nichts darüber aus, ob man in der politischen Bildung zu Hause ist. Es geht darum, in der Schule andere Lernformen möglich zu machen, das heißt, auch Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus zu rücken. Das haben die KMK - die Ständige Konferenz der Kultusminister – und die 16 Bundesländer in mehrfachen Anläufen so formuliert und angemahnt. Die politischen Bildner und die Didaktiker im Politikbereich plädieren für eine Institutionalisierung dieser Aufgaben in der Lehrerbildung und eine Stärkung der Demokratieerziehung. Sie plädieren für vielfältigere Lernformen. Das heißt, der Ansatz, der hier im Parlament gelegentlich angeboten wird, Schülerinnen und Schüler einzuladen und hier einen Tag als Parlamentarier in einer Lernwerkstatt zu verbringen, ist richtig. Bei genauer Betrachtung, wie viele Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, diese Lernworkshops für Demokratie zu besuchen, sind wir uns – glaube ich - sehr schnell einig, dass das zwar ein guter Ansatz ist, der aber hinten und vorne nicht ausreichend ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns vermutlich auch einig, dass die finanziellen Mittel dafür unzureichend sind. Wir haben als SPD-Fraktion eine Anhörung durchgeführt, in der wir diejenigen eingeladen haben, die sich an den Lernorten der ehemaligen KZs bemühen, dort politische Bildung zu vermitteln. Dabei wurde sehr deutlich, dass das didaktische Material verbesserungsbedürftig und würdig ist, um es vorsichtig auszudrücken. Für besondere andere Lernformen unter Beteiligung von Schülerinnen und Schüler bedarf es Örtlichkeiten, die geeignet sind, das Lernen in diesen Lernformen einzustudieren. Das heißt, es fehlen die geeigneten

Räumlichkeiten. Es fehlt an der Ausstattung in diesem Bereich. Es fehlt auch an der Fort- und Weiterbildung; denn an den Hochschulen könnten wir an dieser Stelle, um es vorsichtig zu formulieren, mehr tun. Dort müssen wir mehr tun.

Wir können an dieser Stelle aufgrund der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unsere Erfahrung bündeln und feststellen: In den 1970er-Jahren waren wir ähnlichen Bedrohungen ausgesetzt. In der Bevölkerung waren ähnliche rechtsextremistische Bestrebungen verbreitet. Aber wir waren als Demokratie wehrhafter. Die Landeszentralen für Politische Bildung und die Bundeszentrale für Politische Bildung erhielten Sondermittel zur Verfügung. – Es gab andere didaktische Lernformen. Es gab Aktivitäten an den Universitäten. Wir waren an dieser Stelle in der Umsetzung erfolgreich.

Es ist in einer anderen Generation erneut an der Zeit, Demokratie bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in einer verstärkten Form zu verankern, weil die populistischen und rechtsextremistischen Strömungen keine Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland sind. Wir sollten von Europa und anderen Nationen in unserer Europäischen Union lernen. Wir stellen fest, dass wir einerseits noch gut aufgestellt sind. Andererseits aber müssen wir bei Betrachtung der letzten Jahre feststellen: Diese Diskussionen, zum Beispiel die grenzwertigen Pegida-Diskussionen, sind die Boten einer sich verändernden demokratischen Kultur in der Gesellschaft. Eine Demokratie - das ist ein Allerweltssatz - lebt davon, wie viele aktive Demokratinnen und Demokraten in der Lage sind, diese Demokratie an ihrem Arbeitsplatz vor Ort, in ihren gemeinnützigen Organisationen zu verteidigen. Das ist an vielen Stellen - das zeigen alle wissenschaftlichen Untersuchungen – völlig unzureichend. Vielleicht sagen Sie, der Rosenthal überzieht an dieser Stelle. Dann verweise ich auf ein Interview, das Herr Parigger, Direktor der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband geführt hat. Darin hat er sehr deutlich gesagt, was alternative Lernformen ausmacht, wie das demokratische Handeln beim Lernen in Situationen und Simulationen besser verankert werden kann, wie Lehrer stärker eingebunden werden können und wie Schülerinnen und Schüler in der Schule selbstständig und aktiv lernen können, dass politische Bildung mit ihrem Tun zusammenhängt. Es gibt Schulverfassungen. Darin stehen hehre Grundsätze. Diese müssen in die Praxis umgesetzt werden. Sie müssen gelebt werden und ständig präsent sein. Wir als Parlament tragen

dabei eine große Verantwortung, diejenigen nicht alleine zu lassen, denen wir diese Aufgaben in der schulischen und außerschulischen Bildung gegeben haben. Vor allem bei der außerschulischen politischen Bildung ist die finanzielle und die personelle Ausstattung völlig unzureichend.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich die Berufsschulen ansieht, wenn man anschaut, wie dort der Rechtsextremismus und die vereinfachenden Diskussionen Fuß gefasst haben, auf welch fruchtbaren Boden sie bei den Schülerinnen und Schülern fallen, dann muss man sagen: Wer diese Menetekel nicht erkennt, versündigt sich an der demokratischen Werteerziehung dieses Landes. Wir haben viel zu verlieren an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dass wir die Einigkeit, die wir in diesen Anträgen zum Ausdruck bringen, in Taten umsetzen und dann auch tatsächlich finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung stellen. Nur so können wir denjenigen, die vor Ort für uns kämpfen, das Signal geben, dass wir nicht nur verbal bei ihnen sind oder an besonderen Erinnerungsorten. Wir sind auch da, wenn es um finanzielle und personelle Verbesserungen geht.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächster Redner ist Herr Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus! Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für sehr ernsthafte und wichtige Gedanken. Herr Rosenthal, ich danke auch für die Glaubwürdigkeit, die Sie bei diesem Thema wirklich bewiesen haben und immer wieder beweisen. Ich bedanke mich, dass Sie auf die Gemeinsamkeit hingewiesen haben. Diese Gemeinsamkeit hat beispielsweise an dieser Stelle auch in der letzten Woche geherrscht.

Ich bedanke mich aber in ganz besonderer Weise für die Gemeinsamkeit, die ich am vergangenen Freitag mit einigen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses in Tschechien erleben durfte. Bei den drei Veranstaltungen in Prag, Leitmeritz und Theresienstadt waren Vertreter aller Fraktionen dabei. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Vielen herzlichen Dank, Kolleginnen und Kollegen, dass Sie mit drüben waren. Es waren würdige Veranstaltungen, die deutlich gemacht haben, dass die vier demokratischen Parteien des Bayerischen Landtags Flagge zeigen. Besonders be-

rührt hat mich aber die Tatsache, dass es gelungen ist, zum ersten Mal über die Grenzen hinweg eine Gedenkfeier durchzuführen. Dass dies gerade mit Tschechien gelang, hat mich tief bewegt; denn wir haben dem tschechischen Volk sehr viel angetan. Für mich war es eine tief beeindruckende Reaktion der tschechischen Seite, dass sie die Präsidentin des Bayerischen Landtags haben reden lassen, dass sie uns alles an protokollarischem Aufgebot gegeben haben, was von uns nie verlangt war, was von uns aber sehr hoch wertgeschätzt wurde.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir mit den gemeinsamen Gedenkfeiern des Landtags und der Gedenkstätten jeweils im Januar ein deutliches Zeichen nach außen setzen. Ich sage das nicht ohne Stolz, aber es ist ein gemeinsamer Stolz, der uns einen darf: Wir sind das einzige Länderparlament in Deutschland, das es schafft, nicht nur im Saal des Parlaments, sondern auch an den Stätten der Opfer zu gedenken. Das tun wir jetzt schon im siebten Jahr. Ich höre es immer wieder, dass andere Stiftungen sehr dankbar wären, wenn ihre Parlamente mitziehen würden. Das ist auch eine Anregung. Wer immer wo regiert, sollte es aufgreifen und es auch in anderen Bundesländern umsetzen. Das wollte ich sagen, weil auch das ein Thema ist, das uns heute bewegt.

Nun zum Antrag selbst. Vor allem das Stichwort "Antisemitismus" beherrscht die Überschrift und Teile Ihres Antrags. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Wort geht durch Mark und Bein. Mit dieser Geisteshaltung sind im letzten Jahrhundert sechs Millionen Menschen in den Tod geschickt worden. Antisemitismus, der Hass gegen Juden, ist das Schlimmste, was Deutschland je hervorgebracht hat, obgleich die Kultur Europas, die Kultur Mitteleuropas eine christlich-iüdische Kultur ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Europa, wie wir es kennen und schätzen, hat christlich-jüdische Wurzeln. Das sollte man nie vergessen. Viele Teile Europas, auch Deutschlands, sind mit jüdischem Geist gegründet, geschaffen und über viele Jahre und Jahrzehnte betrieben worden.

Ich bin froh, dass wir wieder jüdisches Leben bei uns in Bayern haben. Das Beste, was wir gegen den Antisemitismus leisten konnten, war, dass wir es in der Nachkriegszeit, bis zum heutigen Tag, geschafft haben, dass die Politik dieses Hauses einen gepflegten Umgang mit den jüdischen Gemeinden Bayerns führt und deren Existenz sichert und weiterentwickelt. Was hier an Verträgen geschlossen worden ist, das ist gut. Ich erinnere an den Staatsvertrag. Beim Staatsvertrag durfte ich quasi als Zeuge dabei sein, als im Kabinett die damals noch drei Vorsitzenden der jüdischen Verbände anwesend waren. Inzwischen ist

Nürnberg in den Landesverband eingegliedert worden. Bayern hat inzwischen zwei große, eigenständige Verbände, die Israelitische Kultusgemeinde München-Oberbavern und den Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Bayern. An der Spitze stehen mit Frau Dr. Knobloch und Herrn Dr. Schuster außerordentlich glaubwürdige Personen. Nürnberg war früher auch eigenständig, es ist inzwischen aber mit eingemeindet. Ich will es hier aber ausdrücklich nennen. Der Zusammenhalt, die Zusammenarbeit sind eng. Der Staatsvertrag war ein wichtiger Beginn und Schritt, der Synagogenbau der nächste. Ihr Oberbürgermeister von der SPD, Herr Ude, und Edmund Stoiber, beide zusammen haben es geschafft, dass der Bau der Synagoge, deren zehnten Geburtstag wir erst vor Kurzem feiern konnten, überhaupt begonnen wurde.

Wer in den Memoiren von Edmund Stoiber nachliest, wird einen bemerkenswerten Satz finden. Ich kann mich noch gut erinnern: Damals kam im Kabinett eine kritische Frage des damaligen Finanzministers, wie man denn rechtlich begründen will, dass für den Synagogenbau so viele Millionen ausgegeben werden. Die Antwort von Edmund Stoiber war unwahrscheinlich gut. Edmund Stoiber sagte schlicht und einfach: Mit der deutschen Vergangenheit.

Das heißt: Hier haben wir ein Miteinander, das wir fortsetzen sollten. Ich kann mir noch vieles vorstellen, was darüber hinaus möglich wäre. Unabhängig von den Funktionen, die ich an anderer Stelle habe, könnte ich mir vorstellen, dass im Bereich der Erwachsenenbildung neben dem katholischen und dem evangelischen Bildungswerk auch ein jüdisches Bildungswerk hochgezogen werden könnte. Dazu gibt es einige konkrete Überlegungen. Solche Projekte bieten sich in den nächsten Jahren an. Das können wir fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Antisemitismus ist in Bayern da und dort leider immer wieder latent vorhanden, so wie es auf der ganzen Welt ist, in den arabischen Ländern natürlich ganz extrem. Dass er in den arabischen Ländern so extrem ist, hat uns 2014 wahnsinnig wehgetan. Damals haben wir alle miteinander ein bisschen lange gezaudert, auch daran will ich erinnern. Im Frühjahr 2014 waren die hässlichsten Demonstrationen, an die ich mich persönlich in meiner politischen Zeit erinnere. Damals wurden antisemitistische Parolen schlimmster Art gegrölt. In Berlin schritt man zu wenig dagegen ein, und auch in München musste fast die Israelitische Kultusgemeinde eine Veranstaltung initiieren. Gott sei Dank haben sich dann aber alle unsere Redner dagegen ausgesprochen. Das war 2014, das will ich nur erwähnen.

Allerdings will ich auch nicht verschweigen, dass der Antisemitismus in der arabischen Welt sehr intensiv ist. Mit den vielen Hunderttausenden von Menschen aus diesem Raum ist er auch zu uns importiert worden. Wie wir damit umgehen werden, weiß ich nicht; da stehen für mich noch viele Fragezeichen. Ich sage das emotionslos, als Beschreibung dessen, was ich von jüdischer Seite höre. Das führt natürlich zu neuen Ängsten. Auch das Rechtsextreme schaukelt sich hoch, das ist die zweite Bedrohung. Im linksextremen Bereich besteht leider nicht immer eine Ablehnung des Antisemitismus, wie man das vielleicht glauben möchte. Auch da gibt es Entwicklungen, wo sich der Kreis des Extremismus schließt. Das will ich nur einmal der Vollständigkeit halber erwähnen. Meine Damen und Herren, zurück zum Antrag. Sie haben die Gedenkstätten angesprochen. Dort ist in den letzten Jahren sehr viel geschehen. Ich will der Kollegin Eiling-Hütig nicht vorgreifen; sie wird vor allem zu den schulischen Maßnahmen etwas sagen. Darüber, was in den Gedenkstätten in den letzten zehn Jahren geschehen ist, könnte ich eine halbe Stunde lang reden und aufzählen. Ich würde es auch gerne tun. Ich denke nur an Neubauten wie an die Eröffnung des Besucherzentrums in Dachau, an den Umbau des Verwaltungsgebäudes, die Neuanlage des Gedenkortes "Schießplatz Hebertshausen" oder an die neue Dauerausstellung in Flossenbürg. Dort wurde der Außen- und Eingangsbereich völlig umgestaltet. Das alte Offizierskasino wurde in ein Seminarhaus für Lehrerbildung umgebaut, die Bewirtung erfolgt dort durch Menschen mit Handicaps. Ein Denkmal für Sinti und Roma wurde geschaffen. In Hersbruck wurde beim Außenlager ein Informationspavillon gebaut.

In Mühldorf planen wir Umbauten. Marcel Huber, vielen herzlichen Dank für die Bemühungen vor Ort. Es ist höchst kompliziert, dort etwas voranzubringen. Wir werden mit dem Waldlager und dem Massengrab sicherlich heuer noch Erfolge haben und erste Ergebnisse zeigen. Der Bunkerbogen wird von uns allen massiv bearbeitet. In Dachau haben wir für über viereinhalb Millionen Euro den Parkplatz neu gestaltet. Die Kritik an der Dauerausstellung ist nachvollziehbar. Auch dort wird einiges gemacht werden müssen. Die Ausstellung ist allerdings nicht ganz so alt. Sie stammt vom Beginn dieses Jahrtausends. Bei den Fachleuten und auch den ehemaligen Häftlingen war eine gewisse Reserviertheit gegenüber moderner Museumspädagogik festzustellen. Hier müssen wir vorsichtig und behutsam sein, weil wir auch die Überlebenden auf den Weg, wie das Lager präsentiert wird, mitnehmen wollen.

Das Interesse an den Gedenkorten hat uns überholt. Vor sechs Jahren hatten wir noch etwas 600.000 bis 700.000 Besucher in Dachau. Eintrittskarten werden

dort zwar nicht verkauft, aber die Stadt Dachau hat 2007 eine Zählung durchgeführt. Jetzt schätzen alle Beteiligten, dass die Besucherzahl mindestens um ein Drittel zugenommen hat. Wir liegen damit also nahe bei oder schon über der Millionengrenze. Dachau ist, von der Arena abgesehen, der am drittstärksten besuchte staatliche Ort nach Neuschwanstein und dem Deutschen Museum. Deshalb ist es wichtig, dass wir in Dachau Personal bekommen. Frau Hasselfeldt hat sich dafür eingesetzt, der Kultusminister hat sich dafür eingesetzt, dass wir jetzt dreieinhalb Stellen bekommen haben. Diese Stellen waren nötig, weil unser Personal sonst in Schwierigkeiten kommen würde.

Wir müssen die Schülerströme etwas verteilen. In den Sommermonaten ist oft so viel los, dass nicht nur das Personal nicht reicht, sondern dass auch der Platz knapp wird und es an der Würde eines Gedenkstättenbesuches mangelt, wenn sich die Leute gegenseitig fast auf die Füße treten. Ich habe das auch schon in Yad Vashem erlebt. Das ist dort auch grenzwertig.

Ich mache deshalb einen Vorschlag, mit dem ich Ihre Gedanken nicht abwerten will. Ein Dringlichkeitsantrag hilft uns bei diesem Thema nur begrenzt weiter. Deshalb schlagen wir einen Bericht vor. Wir haben einen Berichtsantrag eingebracht und möchten einen ordentlichen Bericht über alles bekommen. Dann haben wir sicherlich noch die Möglichkeit, ausführlich über das eine oder andere Thema zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Nächste Rednerin ist Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Freller, ich habe Sie hoffentlich nicht so verstanden, dass Sie die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER deswegen ablehnen, weil nach Ihrer Meinung ein Berichtsantrag genügt. Das wäre in meinen Augen das falsche Signal. Wir werden allen Dringlichkeitsanträgen zustimmen.

Der Hintergrund dieser drei Anträge ist klar. Er ist für unser Land und für unser Volk sehr beschämend. Der Statistik ist zu entnehmen, dass die Zahl der extremistisch und antisemitisch motivierten Straftaten sich nach oben entwickelt. Wir haben eine Zunahme zu verzeichnen. Das wird auch von uns, den FREIEN WÄHLERN, aufs Schärfste verurteilt. Das ist auch der Hintergrund dieser drei Anträge. Zu begrüßen ist – und dafür danke ich auch dem Hauptantragsteller, der SPD –, dass dieses Thema aufgegriffen und im Rahmen dieser Dringlichkeitsanträge behandelt wird.

Wir sind genauso, wie es auch dem SPD-Antrag zu entnehmen ist, der Meinung, dass diese Straftaten zunächst einmal strafrechtlich konsequent verfolgt werden müssen. Wir müssen Extremismus durch Bildung bekämpfen, dürfen die strafrechtliche Verfolgung aber auch nicht unterschätzen; denn die strafrechtliche Ahndung ist zunächst entscheidend.

Dann stellt sich aber immer die Frage, wie man dem Extremismus vorbeugen kann, wie die Prävention dagegen zu gestalten ist. Dabei sind wir FREIE WÄH-LER ganz klar der Meinung, dass wir noch mehr Sozialkundeunterricht und andere Unterrichtsmethoden brauchen. Entscheidend ist aber die gelebte Demokratie. Die kann ich von Klein an üben. Jeder, der Kinder hat und in der Familie Demokratie lebt, weiß sehr wohl, wie anstrengend es ist. Demokratie auch in der Familie zu leben. Das heißt nicht unbedingt, dass ich das Kind machen lasse, was es will. Ich muss aber altersgemäße, verstandesgemäße und gefühlsgemäße Mitbestimmung zulassen. Diese gelebte Demokratie fehlt teilweise in den Institutionen für unsere Jugendlichen und unsere Kinder. Deswegen haben wir uns in unserem Antrag auf die Bildungseinrichtungen konzentriert.

Wir brauchen wesentlich mehr gelebte Demokratie in der Schule. Wir haben dazu die Möglichkeiten. Das sagte ich schon immer, seit ich hier im Landtag an diesem Pult stehe. Das Erziehungs- und Unterrichtsgesetz sieht eigentlich sehr viel vor, aber es wird oft nicht mit Leben erfüllt. Dabei hilft die Fortbildung nichts, sondern ich muss darauf achten, dass der Lehrer oder der Schulleiter die Demokratie auch umsetzt. Diese Umsetzung fehlt oft. Das beginnt schon bei der Klassensprecherwahl und der Wahl der Schülervertretung und setzt sich bei der Mitbeteiligung oder Mitbestimmung der Schüler bei Schulfahrten fort. Für manchen großen Theoretiker sind es nur Kleinigkeiten. Aber das ist die Praxis.

Wenn ich bei der Klassensprecherwahl sage, zweiter Klassensprecher ist der, der die zweithöchste Stimmenzahl bekommt, dann ist es falsch. Die Schulordnung sieht auch für den zweiten Klassensprecher eine eigene Wahl vor. Wenn ich auf solche Kleinigkeiten, die eigentlich gar keine Kleinigkeiten sind, nicht achte, dann unterlasse ich es, ein Demokratieverständnis zu schulen. Bei den Schülerfahrten kann ich auch die Schüler miteinbeziehen. Jugendliche sind nicht so dumm, wie wir manchmal tun. Wenn ich sie Demokratie miterleben lasse, wird auch diese Ohnmacht nicht gespürt. Wir wissen genau, dass Ohnmachtsgefühle oft die Basis für antisemitisches oder extremistisches Verhalten sind. Dem kann ich vorbeugen.

Ich könnte jede Menge Beispiele aufzählen, aber ich möchte zu unserem zweiten Punkt, zum Service-Learning kommen. Auch das brauche ich nicht näher zu erläutern. Wir FREIE WÄHLER haben schon öfter gefordert, dass wir an den Schulen und Hochschulen, wo demokratische Werteerziehung positiv beeinflusst werden kann, mit dem Service-Learning Partizipationsmöglichkeiten zulassen, und das muss nachdrücklich gefordert werden.

Wir fordern nicht die Einführung, sondern lediglich die Prüfung eines freiwilligen politischen Jahres. Deswegen könnte die CSU dieser Forderung doch zustimmen. Wir haben ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr und ein freiwilliges kulturelles Jahr. Ein freiwilliges politisches Jahr gibt es aber noch nicht. Warum denn nicht? Wir reden darüber, wie man Jugendliche dazu bringen kann, zu unserer Demokratie zu stehen und in unserer Demokratie zu erfahren, dass es etwas bringt, wenn man sich für Demokratie einsetzt. Dann aber lassen wir solche Erfahrungen nicht zu. In den Landkreisen, in den Stadtverwaltungen und auch in den Fraktionen hier im Landtag hätten wir diese Möglichkeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es gibt doch Praktika!)

 Praktika sind sicher richtig. Ich kann es aber doch auch ganz offiziell als freiwilliges politisches Jahr machen. Warum nicht? Das würde doch auch den Stellenwert zeigen, den wir der politischen Bildung zumessen.

Bei der Öffnung der Schule für außerschulische Angebote stimmen wir mit Ihnen, Herr Freller, ganz überein. Bei der Museumspädagogik gebe ich Ihnen völlig recht. In vielen Fällen sind für moderne Unterrichtsformen und außerschulische Projekte die Museumspädagogen zuständig. Sie werden auch gefördert. Wir FREIEN WÄHLER erinnern uns schmerzlich daran, dass unser Antrag abgelehnt wurde, den Schulen einen jährlichen Besuch in den Gedenkstätten vorzuschreiben. Das sollte in den Lehrplänen stehen. Ich war als Lehrerin 36 Jahre in der Schule tätig. Oftmals werden Schüler von außerschulischen Projekten mehr berührt als vom vermittelnden Lehrer. Wir haben die Angebote. Das darf nicht vom "good will" des Lehrers oder des Schulleiters abhängen. Der Lehrer kann sagen: Jetzt haben wir den Skikurs und die Schulaufgaben, aber nicht: Jetzt kommen Sie mit Dachau oder Flossenbürg. Das geht nicht. - Wir müssen eine Vorschrift schaffen. Je größer der zeitliche Abstand ist, desto mehr Erinnerungskultur brauchen wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir meinen, dass gelebte Demokratie am besten geeignet ist, um die Jugendlichen in die richtigen Spuren zu bringen und von Ohnmachtsgefühlen abzuhalten. Deshalb werden wir allen Anträgen zustimmen, auch dem Antrag der SPD. Dort steht aus unserer Sicht nichts Verkehrtes drin. Wir werden dem Berichtsantrag zustimmen, um zu hören, wie toll alles jetzt schon ist. Herr Kollege Freller, Sie haben jedoch selber gesagt, dass es nichts gebe, was nicht noch verbessert werden könnte. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ehemalige Schülerin des Christoph-Probst-Gymnasiums. Christoph Probst war Widerstandskämpfer der Weißen Rose. Er hat sich als junger Mensch gegen das Nazi-Regime gestellt. Wie viele andere auch habe ich mich in der Schule regelmäßig gefragt: Was hätte ich damals gemacht? Ich bin sehr froh, auf diesem Gymnasium gewesen zu sein. Aufgrund des Namensgebers ist das Thema Erinnerungskultur an meiner Schule stark präsent. Wir hatten auch regelmäßig Max Mannheimer zu Gast. Ich habe immer noch seine wichtige Aussage im Ohr: "Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber ihr seid dafür verantwortlich, dass es nicht wieder geschieht." Das muss der Leitsatz für unsere politische Arbeit und für unser Handeln sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letzten Freitag war der alljährliche Holocaust-Gedenktag. Wir als Bayerischer Landtag waren in Tschechien und haben gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Es war eine würdige Veranstaltung. Ein offizielles Gedenken finde ich gut und wichtig. Aber - das möchte ich an diesem Ort sagen – auch an den anderen 364 Tagen des Jahres muss es heißen: Nie wieder! Auch an den anderen 364 Tagen des Jahres müssen wir alles dafür tun, um Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zurückzudrängen. Das ist bitter nötig; denn der Antisemitismus in Bayern wächst von Jahr zu Jahr. Wir alle kennen die Zahlen. Antisemitische Straftaten haben um 33 % zugenommen. Das ist nicht hinnehmbar. Gleichzeitig wissen wir auch, dass die Quote der polizeilichen Aufklärung in diesen Fällen sehr gering ist. Das ist ebenfalls nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen somit den Fahndungs- und Ermittlungsdruck massiv verstärken. Als GRÜNE-Fraktion hatten wir erst diesen Montag eine Veranstaltung zu der rechtsextremen Gefahr der sogenannten Reichsbürger im Landtag. Die Experten, die wir geladen haben, haben uns deutlich aufgezeigt, welchen antisemitischen Kern die sogenannte Reichsbürger-Bewegung in sich trägt. Leider muss ich feststellen, dass die CSU diese sogenannte Reichsbürger-Bewegung viel zu lange nicht ernst genommen hat. Leider muss ich auch feststellen, dass der Rechtsextremismus, der Rassismus und die rechtsextremen Gruppierungen in Bayern nicht schwächer, sondern stärker werden. Erst heute war in den Nachrichten zu sehen, dass endlich der Bombenleger des antisemitischen Sprengstoffanschlags im Juli 2000 in Düsseldorf gefasst wurde. Somit stellen wir erneut fest: Rechtsterrorismus ist Fakt in unserem Land.

Wir wissen auch – das wiederholen wir in Debatten und Gesprächen regelmäßig –, dass die Taten immer nur die Spitze des Eisberges darstellen. Eine konsequente Strafverfolgung allein reicht nicht. Die antisemitische Grundhaltung ist in der Gesellschaft breit verankert. Das zeigen immer wieder verschiedene Studien. Dagegen kommen wir nur an, wenn wir die politische Bildung und die Prävention verstärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern das regelmäßig. Wir werden das so lange fordern, bis endlich flächendeckend mehr finanzielle und personelle Unterstützung für politische Bildung und Prävention in Bayern zur Verfügung gestellt wird. Wir brauchen den Sozialkundeunterricht ab der 8. Klasse. Wir möchten, dass die politische Bildung als eine Querschnittsaufgabe an den Schulen verstanden wird. Wir sind fest davon überzeugt, dass Erinnerungsorte personell und im Hinblick auf ihre Ressourcen besser ausgestattet werden müssen, damit wirklich jede Schule diese Erinnerungsorte besuchen kann.

Mit den Jahren wird es immer weniger Zeitzeugen geben. Darüber haben wir schon geredet. Deshalb müssen andere Formen des Gedenkens schnellstmöglich ausgebaut werden. Mir ist es jedoch wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Schulen konzentrieren. Als jüngerer Mensch möchte ich ganz klar feststellen, dass Antisemitismus keine Frage des Alters ist. Antisemitismus ist in allen Altersgruppen unserer Gesellschaft vorhanden. Darum müssen wir vor allem die finanzielle Unterstützung für außerschulische Bildungsund Demokratieprojekte stärken. Wir als GRÜNE-Fraktion haben bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt mehrere Anträge diesbezüglich eingebracht. Leider wurden sie von der CSU-Fraktion abgelehnt. Wir GRÜNE fordern immer – das werden wir auch weiterhin tun -, die Gesellschaft mehr zu informieren, zu sensibilisieren und aufzuklären. Das gilt auch für den auf Israel bezogenen Antisemitismus und den Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, hat bei seiner Erklärung zum Holocaust-Gedenktag mit keinem Wort die sechs Millionen jüdischen Opfer erwähnt. Ich weiß nicht, ob Sie das alle mitbekommen haben. Ich wiederhole: Er hat die Opfer mit keinem Wort erwähnt. Ich weiß, dass wir der Bayerische Landtag sind und nicht die Geschicke in den USA mitsteuern können. Wir sollten Trump jedoch wenigstens nicht loben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Als Bayerischer Landtag können wir jedoch das jüdische Leben in Bayern stärken. Ich möchte daran erinnern, dass wir als GRÜNE-Fraktion schon im Jahr 2015 auf die anderen Fraktionen zugegangen sind und gesagt haben: Lasst uns doch eine Arbeitsgruppe zur Stärkung des jüdischen Lebens in Bayern einrichten. Ich habe mir extra noch einmal den Brief angeschaut, den uns damals Herr Kreuzer geschickt hat. Er hat diesen Vorschlag abgelehnt. Jetzt, zwei Jahre später, haben sich die Ereignisse in der Welt verschärft. Die Zahl der rechtsextremen und antisemitischen Taten ist gestiegen, die antisemitischen und menschenfeindlichen Einstellungen der Gesellschaft sind weiterhin breit vorhanden. Deshalb werden wir GRÜNE erneut auf alle Fraktionen im Bayerischen Landtag zugehen und noch einmal den Vorstoß machen: Lasst uns gemeinsam darüber nachdenken, wie wir das jüdische Leben in Bayern stärken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir auf Sie zukommen, bitten wir um Unterstützung, damit den Worten der Landtagspräsidentin beim Gedenktag in Tschechien auch Taten folgen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 23. September 2016 ist in München einer der letzten Überlebenden der Schoah – Sie wissen es alle: Max Mannheimer – im hohen Alter von 96 Jahren verstorben. Er hat vor allem Generationen von Schülern seine persönliche Lebens- und Leidensgeschichte erzählt und sie damit tief berührt. Dabei hat er ihnen auf ihrem Weg durchs Leben immer eine Botschaft mitgegeben – wir haben sie eben schon einmal gehört, aber ich halte sie für sehr wichtig und wiederhole sie

deshalb –: Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah, aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon. Nicht nur mit Zeitzeugen wie Max Mannheimer, sondern auch in vielfach anderer Weise wird in Bayern die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und anderen Formen des Extremismus zum Unterricht in allen Schularten, um gleich auf den ersten Punkt des vorliegenden Dringlichkeitsantrages einzugehen.

In der letzten Woche hatten wir in der Aktuellen Stunde das Thema Politische Bildung. Bereits da habe ich betont, dass diese in unseren Schulen ein ganz wichtiger Bestandteil des Unterrichts ist, und das nicht nur im Lehrplan für Geschichte und Sozialkunde, sondern auch in vielen anderen Fächern. Ich habe auch erwähnt, dass mittlerweile bereits 400 bayerische Schulen den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" verliehen bekommen haben. Das zeigt, wie erfolgreich allein dieses Projekt ist. Es gibt eine Studie vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin mit drei Untersuchungen. In einer Untersuchung von 2009 werden die Geschichtskenntnisse innerhalb der Länder verglichen. Eine Studie wurde abgehalten zu Kenntnissen bezüglich DDR und SED-Diktatur. Bavern führte im Wissen um DDR und SED-Diktatur, und zwar so sehr, dass in den Zeitungen zu lesen war: Bayerische Hauptschüler wissen mehr als Brandenburger Gymnasiasten.

(Beifall bei der CSU)

Das führe ich vor allen Dingen aus dem einen Grund an, dass es mir widerstrebt, ständig darüber zu reden, was alles nicht funktioniert. Hier funktioniert in Bayern eine ganze Menge. Weitere Ausführungen kann ich hier aus Zeitgründen gar nicht machen, und ich will sie auch nicht wiederholen. Wir haben im Ausschuss – daran werden Sie sich auch erinnern –, als wir über den Sozialkundeunterricht geredet haben, lange, ausführlich und in epischer Breite über sämtliche Projekte, Planspiele, Unterrichtsbesuche usw. gesprochen, die sich auf politische Bildung beziehen, vor allen Dingen auch im Hinblick auf Prävention gegen Extremismus.

Damit das alles an unseren Schulen überhaupt geschehen kann, werden die Lehramtsstudenten selbstverständlich entsprechend ausgebildet. Wie Sie wissen, wird ihnen schon in der ersten Phase der Lehrerausbildung das Rüstzeug an die Hand gegeben, um die Schüler zur Demokratie erziehen zu können und damit auch Extremismen jeglicher Art präventiv zu begegnen. Als einzigem Bundesland legen in Bayern Prüfungskandidaten aller Schularten im Rahmen der zweiten Staatsprüfung eine mündliche Prüfung im Fach Schulrecht und Schulkunde sowie

Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung ab. Das gibt es nur hier. Die Ausbildung im Fachbereich Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung während des gesamten zweijährigen Vorbereitungsdienstes ist für alle Referendare – ich betone: für alle – unabhängig von ihrer Fächerverbindung verpflichtend. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist.

Unsere Hochschulen fördern also bereits die politische Bildung aller Lehramtsstudenten – dies zu Punkt 2 des Antrags –, und deshalb brauchen wir auch kein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie, wie Sie in Punkt 3 fordern. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir an unseren Universitäten – ich nenne nur Würzburg, Passau und München – und an verschiedensten Instituten für Politikwissenschaft und Soziologie entsprechende Lehrstühle haben. In Würzburg existiert ein eigener Lehrbereich für die Didaktik der Sozialkunde. Das, was Sie fordern, wird also an vielen Universitäten aufgegriffen und bereits getan.

In Punkt 4 sprechen Sie von der Kompetenz der Einrichtungen der politischen Bildung, die bereits in vielfacher Weise für staatliche Maßnahmen zu Integration und Wertevermittlung genutzt wird. Ich habe letzte Woche allein die Schülerforen über die Akademie für Politische Bildung in Tutzing erwähnt. Planspiele finden vor Ort oder auch in der Akademie statt, etc. etc.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind wir gerne bereit – das waren wir immer –, die bereits bestehenden Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen. Deswegen haben wir die Bayerische Staatsregierung mit unserem Berichtsantrag aufgefordert, über all das zu berichten, was im Rahmen der politischen Bildung bereits passiert und was insbesondere selbstverständlich in Richtung Prävention gegen Radikalisierung getan wird. Das ist ein besonderes Anliegen von uns, gerade auch im Hinblick auf die vorhandene oder auch nicht vorhandene Medienkompetenz der jungen Menschen, die nicht unhinterfragt auf Quellen zurückgreifen sollen, sondern wissen sollen, wie sie diese auszuwerten haben.

Auf Basis des Berichts sind wir gerne bereit, eventuell über weitere Maßnahmen zu sprechen. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg. Aus diesem Grund werden wir den Dringlichkeitsantrag der SPD ablehnen. Wir hoffen selbstverständlich, dass Sie am Bericht des Staatsministeriums, was alles bereits vorhanden ist, interessiert sind. Wenn sich Mängel auftun, werden wir sicher weiter eingreifen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Trauerfeier für Max Mannheimer am 23. Oktober im Jüdischen Gemeindezentrum in München hat Ministerpräsident

Horst Seehofer im Namen des Freistaats Bayern und auch ganz persönlich versichert: Wir treten Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Menschenverachtung entschlossen und mit aller Kraft entgegen. Das sind wir Max Mannheimer schuldig, das sind wir allen Opfern schuldig. Das ist unsere bleibende Verantwortung, und diese bleibende Verantwortung werden wir von der CSU entschlossen wahrnehmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Kollegen Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Frau Kollegin Eiling-Hütig, Sie haben sehr ausführlich über die schulische Bildung geredet. Ich zitiere einmal aus einem Bericht der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung; das ist der Verband für politische Bildung in Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Sie stellt fest, dass es mittlerweile sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich ein problematisches Defizit an politischer Bildung gibt. Ich habe in meiner Rede eigentlich auch sehr stark auf den außerschulischen Bereich rekurriert. Der Kollege Freller hat aus der Verantwortung heraus, die er neben der Landtagstätigkeit zusätzlich hat, sehr ausführlich bauliche Tätigkeiten beschrieben, und Sie sind in Ihrer Rede im Prinzip gar nicht auf die außerschulische Bildung eingegangen. Sie sind nach meinem Kenntnisstand auch überhaupt nicht auf die Defizite im Berufsschulbereich, also in der dualen Ausbildung, eingegangen, in der wir die Möglichkeit haben, Auszubildende in einem schulischen Bereich zu erreichen. Das ist aber eigentlich der Bereich, den wir aktivieren müssen, wenn wir den Rechtsextremismus bekämpfen wollen, und in diesem Bereich sind wir uns in der Demokratie- und Wertebeziehung im Grundsatz ja einig. Da frage ich Sie, welche Aktivitäten wir an dieser Stelle gemeinsam - ich betone das Wort "gemeinsam" - bündeln können.

Ich bin auch auf die unterschiedlichen Lernformen, auf die Raumstrukturen und auf die Materialien eingegangen. Vielleicht schauen Sie sich einmal das Interview des Direktors Ihrer Landeszentrale für politische Bildungsarbeit an. Da ist sehr konkret beschrieben, dass Werteerziehung nicht nur verbalisiert vermittelt werden muss, sondern dass sie gelebt und heruntergebrochen werden muss. Das wäre mir an dieser Stelle noch wichtig.

(Zurufe von der CSU: Berichtsantrag! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wie lange redet der?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Was konkret die Maßnahmen angeht, habe ich explizit auf unseren Berichtsantrag und darauf hingewiesen, dass es sicher den Zeitrahmen sprengen würde, wenn ich alle Projekte nennen würde. Ich meine nicht, dass die politische Bildung besonders an den Berufsschulen fehlt, weil die Menschen, die extremistisch agieren und auftreten, in erster Linie nicht Berufsschüler oder Menschen sind, die durch die Berufsschule gegangen sind. Da könnte man Sie missverstehen. Ich unterstelle aber, dass Sie das gar nicht so gemeint haben.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Außerschulisch heißt für mich auch familiär, heißt für mich Vereinsarbeit und heißt für mich soziales Engagement außerhalb der Schule. Sie wissen, wir haben auch – Herr Dr. Fahn hat darüber sehr ausführlich berichtet – über Service Learning berichtet. Ich glaube einfach, dass wir die Familien unterstützen müssen, damit die Charakterbildung, die schon von klein auf erfolgen muss, besser ausgebildet ist. Wir können nicht alles über Lehrer regeln. Lehrer haben einen Bildungsauftrag, aber keinen Erziehungsauftrag.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist falsch! Das steht im Erziehungsgesetz!)

Politische Bildung beginnt für mich bei der Erziehung. Insofern gebe ich Ihnen recht: Im außerschulischen Bereich können wir sicherlich noch einiges tun. Aber ich glaube nicht, dass wir das erreichen, indem wir ein Institut einrichten, das feststellen wird, dass wir politische Bildung brauchen. Das wissen wir.

Insofern möchte ich darauf verweisen: Wir warten auf den Bericht. Sollten darin eklatante Mängel aufgezeigt werden, bin ich ganz sicher, dass auch die CSU-Fraktion zustimmen wird, daran etwas zu ändern.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehrer haben sehr wohl einen Erziehungsauftrag!)

- Herr Pfaffmann, wie immer unqualifiziert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lehrer haben sehr wohl einen Erziehungsauftrag!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor Staatssekretär Eisenreich ans Rednerpult geht, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße sehr, dass wir heute wie in der letzten Woche über das wichtige Thema der historisch-politischen Bildung debattieren.

Wir wenden uns heute einer besonders wichtigen Aufgabe zu, nämlich der Verhinderung von Antisemitismus. Nachdem die Worte von Max Mannheimer, der letztes Jahr verstorben ist und den wir alle sehr geschätzt haben, für uns Aufgabe, Mahnung und Verpflichtung sind, möchte ich sie wiederholen, weil er sie in unser aller Stammbuch geschrieben hat: Wir sind nicht schuld an dem, was geschehen ist, aber wir sind verantwortlich dafür, dass es nie wieder passiert. – Diese Aufgabe und Verpflichtung haben wir alle zu erfüllen. Ich weiß, dass wir uns in diesem Hohen Haus in diesem Ziel einig sind.

Ich freue mich auch, dass in Bayern jüdisches Leben wieder gedeiht und blüht. Wir alle leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Die Väter unserer Verfassung haben für die Bildung in Artikel 131 die wichtigen Grundsätze, die obersten Bildungsziele, uns als Auftrag – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Habe ich die Mütter vergessen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Die Väter und Mütter unserer Verfassung haben uns in Artikel 131 wichtige Grundsätze für unsere Bildungsarbeit gegeben. Ich habe sie letzte Woche schon genannt. Es handelt sich um die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler im Geiste der Demokratie und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen. Die politisch-historische Bildung stärkt das Bewusstsein für unsere freie und demokratische Grundordnung, für die Menschenwürde und für die Grundrechte. Diese politisch-historische Bildung ist das beste Mittel gegen Antisemitismus, genauso wie die Entschlossenheit von Staat und Gesellschaft, gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt einzutreten.

Heute ist schon etwas angeklungen: Die Zuwanderung der letzten Jahre ist für uns auch eine zusätzliche Herausforderung. Wir müssen den Menschen, die bei uns eine Bleibeperspektive haben, auch die europäische und unsere deutsche Geschichte vermitteln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Lehren, die wir aus dem Völkermord und aus dem Zivilisationsbruch des Naziregimes gezogen haben, können nur so Teil ihrer Überzeugung werden.

Deswegen ist es gut, dass wir regelmäßig diskutieren und uns vergewissern, ob wir genug tun oder ob wir noch mehr tun müssen. Aus meiner Sicht sind wir in diesem Bereich breit aufgestellt. Wir sind gut aufgestellt an den Schulen – dazu gehören im Übrigen

auch immer die Berufsschulen –, an den Hochschulen, an den Institutionen der politischen Bildung und bei der Gedenkstättenarbeit.

Ich danke der CSU-Fraktion für den Berichtsantrag. Wir nutzen diese Gelegenheit gern, um unser Konzept mit seiner Vielzahl an Angeboten hier darzustellen. Das ist eine gute Grundlage für die Diskussion im Hohen Hause. Wichtig ist mir - das habe ich letzte Woche schon gesagt -, dass die politische Bildung und die Werteerziehung ein schulartübergreifendes und fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel ist. Ich möchte Folgendes anmerken: Die Schule hat nicht nur die Aufgabe, zu bilden, sondern sie hat auch einen Erziehungsauftrag. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen. Diese Ziele sind im Lehrplan verankert. Sie sind im neuen LehrplanPLUS noch stärker verankert. Die Vermittlung unserer Grundwerte - das möchte ich auch betonen - ist im Übrigen ein ganz wesentliches Element in unseren Übergangs- und Berufsintegrationsklassen in Bayern.

Wir haben in den Schulen Leitfächer der politischen Bildung: Sozialkunde, Geschichte, Wirtschaft und Recht sowie Geografie. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte in weiteren Fächern. Daneben haben wir in den Schulen einen großen Gestaltungsspielraum, um aktives politisches Lernen zu fördern. Ich habe in der letzten Woche eine Vielzahl von Angeboten und eine Vielzahl von Möglichkeiten skizziert.

Aber diese Aufgabe betrifft nicht nur die Schulen, sondern sie betrifft auch andere Einrichtungen des Staates und darüber hinaus: Zum Beispiel die Hochschu-Wir haben allen bayerischen len. an Landesuniversitäten Professuren, Lehrstühle und Institute, die sich in Forschung und Lehre mit politischhistorischer Bildung, mit Antisemitismus und Extremismus befassen. Wir werden gern in unserem Bericht darauf eingehen. Wir haben spezielle weitere Institutionen, etwa die Hochschule für Politik in München, das Institut für Zeitgeschichte mit seinem Zentrum für Holocaust-Studien oder das Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaften an der LMU.

In der Lehrerbildung – das ist schon von der Kollegin Eiling-Hütig gesagt worden –, an der Universität, im Referendariat und in der Fortbildung ist die politische Bildung verankert. Ich möchte das gerade im Hinblick auf das Thema "Antisemitismus" sagen. Alle Referendare in Bayern werden in staatsbürgerlicher Bildung unterwiesen.

Über Schulen und Hochschulen hinaus gibt es weitere Institutionen. So unterbreitet die Landeszentrale für politische Bildung ganz viele Angebote. Es gibt auch die Träger der Erwachsenenbildung und die Akademie für politische Bildung. Das Kultusministerium ist Mitglied im Bündnis für Toleranz. Darin tragen wir gemeinsam mit den Kirchen und anderen Institutionen Verantwortung.

Wir haben in Bayern eine intensive und aus meiner Sicht beispielhafte Gedenkstättenarbeit. Wir verfügen mit unseren Gedenkstätten und Dokumentationseinrichtungen über ein Netz authentischer Orte. Ich nenne Dachau und Flossenbürg. In den letzten Jahren sind auch die KZ-Außenlager stärker in den Blick genommen worden. Wir haben die Dokumentationszentren Obersalzberg, München und Nürnberg. Wir haben auch das Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern Gedenkorte besuchen. Wir ordnen 29 Lehrer an die Gedenkstätten ab. Wir bemühen uns, auch methodisch-didaktisch auf der Höhe der Zeit zu sein. Wir arbeiten mit internationalen Partnern zusammen, zum Beispiel mit Yad Vashem in Israel. Wir haben auf Initiative des Bayerischen Landtags auch die Schülerinnen und Schüler der Mittelschulen im Blick. Wir haben dazu einen Modellversuch auch auf Ihre Initiative hin angestoßen. Wir werden zu den Ergebnissen dieses Modellversuchs noch im ersten Halbjahr berichten. Wir sind auch immer offen für Vorschläge, wie wir die Gedenkstättenarbeit und die Erinnerungsarbeit verbessern können. Wir haben den vom Hochschulausschuss vorgeschlagenen Runden Tisch der zeithistorischen Erinnerungsorte in Bayern eingerichtet.

Sie sehen an den vielen Maßnahmen und Projekten, dass uns dieses Thema wirklich ein Herzensanliegen ist. Wir investieren viel und bemühen uns, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wir nehmen uns auch immer wieder Zeit, uns zu überlegen und uns zu vergewissern, ob das reicht. Deswegen freuen wir uns über die Debatten. Wir werden in diesem Jahr ein überarbeitetes Konzept zur politischen Bildung in den Schulen vorlegen. Der Bericht, den wir vorlegen werden, ist ein guter Anlass, das noch einmal intensiv zu diskutieren und bei eventuell vorhandenen Lücken entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die in Bayern die politische Bildung gestalten und die in der Gedenkstättenarbeit tätig sind. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Zeitzeugen bedanken, aber natürlich auch bei unseren Lehrkräften und den vielen Ehrenamtlichen, die einen unschätzbaren und unbezahlbaren Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus und für unsere Demokratie leisten.

Ich möchte zum Schluss betonen, dass das nicht nur Aufgabe der Institutionen und des Staates ist, sondern das ist Aufgabe, Verantwortung und Verpflichtung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir in wenigen Sekunden die Wartezeit erfüllt. Zur namentlichen Abstimmung kommt nun der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/15187. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten, bitte sehr.

(Namentliche Abstimmung von 16.55 bis 17.00 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir fahren mit der Tagesordnung fort.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion "Bayerns Wirtschaft gut im Lauf: innovativ, digital, sozial"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen anderen Fraktionen angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Ich rufe nun den ersten Redner zum Rednerpult. Das ist der Kollege Erwin Huber. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Kurzem fand in Dingolfing eine große Veranstaltung statt, an der der Ministerpräsident als Festredner teilgenommen hat: "50 Jahre BMW in Niederbayern". Bemerkenswert war: Die BMW Group hat in den letzten 50 Jahren in Niederbayern 10 Milliarden Euro investiert. Das verdient Beifall.

(Beifall bei der CSU)

An diesem Tag ist der zehnmillionste Pkw in Dingolfing vom Band gelaufen. Meine Damen und Herren, das ist ein Paradebeispiel für eine gelungene Struktur- und Regionalpolitik. Schauen wir weiter in die Oberpfalz. Die Oberpfalz hat im ganzen letzten Jahr 2016 die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Bayern gehabt. Nicht München hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Bayern, sondern die Oberpfalz. Meine Damen und Herren, das grenzt an ein Wirtschaftswunder.

(Beifall bei der CSU)

Oberfranken mit seiner schwierigen Struktur – ich nenne die Textil- und die Glasindustrie – hat den Turnaround geschafft. Oberfranken hat eine hohe Industriedichte und befindet sich gut im Lauf. Der Raum Nürnberg-Fürth–Erlangen-Schwabach ist nach der Prognose, die der CSU-Landtagsfraktion von Prognos vorgelegt worden ist, in einer sehr guten Wachstumsdynamik. Dieser Raum hat den Strukturwandel in hervorragender Weise bewältigt. Schwaben ist traditionell gut. Auch Unterfranken, im Herzen Deutschlands, ist mit Schweinfurt, Würzburg und Aschaffenburg wirtschaftlich ganz hervorragend aufgestellt. Meine Damen und Herren, ganz Bayern blüht!

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß natürlich, dass in bestimmten postfaktischen Zirkeln gesagt wird, dies nutze nur den Konzernen und den Eliten. Hat denn der Mensch etwas davon? – Ich stelle fest, Bayern hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei Null. Die besten Chancen, die die Jugend in Deutschland hat, sind in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne die Kennzahlen, die immer angeführt werden. Wir haben die geringsten Zahlen bei der Kinderarmut und der Altersarmut. Wir haben die geringste Zahl von Hartz-IV-Empfängern. Das bedeutet, die wirtschaftliche Blüte in Bayern kommt allen zugute, nicht nur einer kleinen Elite.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine gewaltige wirtschaftliche und soziale Leistung. Das Jahr 2016 hat neue Rekorde gebracht. Wir sind Exportweltmeister geworden, noch vor China. Bayern weist dabei die höchsten Exportzahlen seiner Geschichte auf und hat in der gesamten Breite, insbesondere aber bei den modernen Technologien, in der Internetwirtschaft und bei den Start-ups die Nase vorn. Bayern ist hervorragend im Lauf. Das ist das Verdienst der innovativen Unternehmer, der tüchtigen Arbeitnehmer und, das füge ich hinzu, der 60-jährigen CSU-Regierung in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Nun könnte man denken, dass wir uns bei diesen guten Daten und dieser hervorragenden Ausgangsposition zurücklehnen könnten. Wir sehen aber, dass global dunkle Wolken aufziehen. Der zunehmende Protektionismus und der Trend zur Abschottung beschränken die freien Märkte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat der Ministerpräsident gelobt!)

Meine Damen und Herren, bei BMW liegt die Exportquote bei 80 %. Bei der gewerblichen Wirtschaft in Bayern liegt die Exportquote bei über 50 %. Wir sind auf freie Märkte angewiesen. Deshalb ist es wichtig, dass in der globalen Wirtschaft der freie Zugang zu den Märkten erhalten bleibt. Europa befindet sich mit dem Brexit in einer schwierigen, fast schon in einer kritischen Situation. Wir wollen die Briten nicht bestrafen, aber sie können auch keine Sonderbehandlung bekommen. Großbritannien ist aber eine wichtige Exportnation.

Der Süden von Europa schwächelt. Die Energiewende wird uns jede Menge kosten. Hinzu kommen noch politische Unberechenbarkeiten. Ich kann den GRÜ-NEN diesen Vorwurf nicht ersparen, obwohl sie nicht so bedeutend sind, wie sie selber meinen. Die GRÜ-NEN wollen eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe einführen, sie wollen die Steuern insgesamt erhöhen und die Abgeltungsteuer abschaffen. Die SPD tritt ebenfalls in diese Fußstapfen. Meine Damen und Herren, wer so redet, verschreckt die Investoren aus Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen deshalb reagieren. Wir müssen uns in diesem schwierigen weltweiten Wettbewerb gut aufstellen. Ich möchte ein paar Punkte anführen, die die CSU-Landtagsfraktion im Kloster Banz beraten und beschlossen hat. An erster Stelle nenne ich ein vernünftiges, leistungsfreundliches und investitionsfreundliches Steuerrecht. Der Solidaritätszuschlag muss abgeschafft werden. Wir wollen, dass die Steuerlast im Jahr um etwa 15 Milliarden Euro sinkt. Meine Damen und Herren, Leistung soll sich lohnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Punkt: Ein Highlight der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung und insbesondere von Frau Staatsministerin Ilse Aigner ist das Thema Digitalisierung. Die Digitalisierung betrifft nicht nur das Thema Breitbandausbau. Dabei geht es mehr oder weniger um die Infrastruktur. Entscheidend wird sein, wie wir diese Technologie nutzen. Bei den großen Unternehmen ist dies eine Selbstverständlichkeit. Bei vielen kleinen Unternehmen im Mittelstand steht die Nutzung dieser Technologie noch am Anfang. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesen Unternehmen die digitale Technik vom Auftragseingang bis zur Rechnungsabwicklung genutzt wird. Wir müssen das Thema Digitalisierung sehr viel stärker in die Schulen und die Hochschulen bringen. Wir müssen dafür sorgen, dass Bayern an der Spitze dieser modernen Technologie steht, trotz aller Einwände im Hinblick auf den Datenschutz und die Datensicherheit.

Meine Damen und Herren, wer bei dieser Technologie nicht vorn dabei ist, der wird in zehn Jahren auch wirtschaftlich nicht mehr vorn dabei sein. Wir bekennen uns deshalb zu dieser Technologie und sagen ein großes Ja zur Digitalisierung in der Forschung, der Anwendung, der Entwicklung und der Umsetzung.

(Beifall bei der CSU)

Als dritten Punkt nenne ich die Infrastruktur. Wir haben bei den Straßen und den Schienen einen großen Nachholbedarf. Eine historische Wahrheit, die nicht zu bezweifeln ist, lautet, dass SPD-Verkehrsminister, die zehn Jahre lang in Berlin regiert haben, diese Lücke verursacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Damals ist nichts mehr gegangen. Erst nach der Übernahme durch die CSU-Verkehrsminister wurde wieder richtig investiert. Sie haben mit Zahlen so Ihre Schwierigkeiten. Wer aber Zahlen lesen kann, wird sehen, dass die Verkehrshaushalte im ersten Jahrzehnt immer nach unten gegangen sind. Sie kommen erst jetzt wieder hoch. Wir haben jetzt Gott sei Dank entsprechende finanzielle Mittel für die nächsten 15 Jahre, auch durch den Bundesverkehrswegeplan. In Bayern gehören dazu Schienenverbindungen, Autobahnen, die zweite Stammstrecke in München und die dritte Startbahn. Wir wissen: Eine Exportnation, die keine leistungsfähige Infrastruktur hat, wird auch in der Zukunft nicht mehr vorne dabei sein, meine Damen und Herren.

Als vierten wichtigen Aspekt nenne ich die Förderung von Start-ups, von Existenzgründungen, von jungen Unternehmen. Dafür haben wir eine ganze Reihe von Instrumentarien. Wir meinen, man muss bei der steuerlichen Förderung von jungen Unternehmen noch stärker rangehen, damit gerade die ersten Jahre der Existenzgründung, der Unternehmensgründung, des Aufbaues leichter sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine dynamische Volkswirtschaft wird nur dann ihre Dynamik entfalten, wenn es in diesem Prozess junge, bissige, kräftige, innovationsfreudige Unternehmen gibt, die auf die Märkte gehen und auf diese Art und Weise neue Märkte schaffen und eröffnen. Daher rufe ich den jungen Leuten zu: Habt den Mut, Existenzgründer zu sein! Wir brauchen Existenzgründungen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens möchte ich auf die Offenheit der Märkte und den freien Welthandel eingehen. Wir brauchen Abkommen wie zum Beispiel CETA. Wir brauchen auch ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich. Wir sollten außerdem ein Abkommen mit den USA anstreben, obwohl dies schwieriger geworden ist. Die SPD hat sich nach langem Bauchweh und Hin und Her dazu durchgerungen, dass wir das Abkommen mit Kanada ratifizieren. Die FREIEN WÄHLER sind in ihrer Holzschuhökonomie auf das Dorf orientiert. Aber wer die Zukunft will, muss auf den Weltmärkten sein, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Huber, denken Sie bitte an die Zeit?

Erwin Huber (CSU): Ja, ich sage wirklich nur noch einen Satz: Wir sind gut aufgestellt, und wir werden erfolgreich sein.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Huber. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Karl. Bitte sehr.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Bayerns Wirtschaft hat einen guten Lauf.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Und ja, lieber Kollege Huber, Sie haben recht schön geredet. Aber mal ehrlich: Das alles haben wir in den letzten Jahren schon vielfach von Ihnen gehört. Es gibt also nichts Aktuelles von Ihnen unter der bayerischen Sonne.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREI-EN WÄHLER – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Kennzahlen gibt es keinen Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, weder für die Staatsregierung noch für die CSU; denn eine starke Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger dienen. Das sagt schon die Bayerische Verfassung. Natürlich können auf der einen Seite Gelder für Sozialleistungen nur dann ausgegeben werden, wenn sie vorher erwirtschaftet worden sind. Auf der anderen Seite darf aber wirtschaftlicher Erfolg nicht mit der Aufgabe von Sozialstandards oder Arbeitsschutzbedingungen erkauft werden. Kurzum: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜ-NEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine aktive Wirtschaftspolitik muss dafür Sorge tragen, dass alle mitgenommen werden, auch die wirtschaftsschwächeren Regionen und auch die Menschen, die es im Leben nicht so leicht haben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Selbst die von der CSU beauftragte Prognos-Studie stellt fest, dass sich in Bayern zwar die wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland befinden, aber auch periphere Räume, in denen es immer noch an Dynamik und Stärke fehlt. Wir haben zu diesem Thema im Landtag extra eine Enquete-Kommission eingerichtet. Darin ist deutlich geworden, dass wir eine effizientere regionale Wirtschaftsförderung brauchen, eine neue Ausrichtung von "Invest in Bavaria" und mehr freie Mittel für die Kommunen, um eine gute Infrastruktur und ein gutes Umfeld schaffen zu können. Die praktische Abschaffung der Landesplanung ist hier kein probater Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Titel der heutigen Aktuellen Stunde enthält die Wörter: "Bayerns Wirtschaft ... sozial". Da ist echt noch Luft nach oben. In Bayern sind 84.152 Menschen trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen. Am anderen Ende der Einkommensspanne bekommt eine Mitarbeiterin von VW zwölf Millionen nur dafür, dass sie vorzeitig geht, weil einfach die Chemie nicht stimmt. Ich sage Ihnen: Das kann ich im realen Leben niemandem mehr erklären. Da haben sich die Wertigkeiten verschoben, und zwar in eine komplett falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜ-NEN)

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat festgestellt, dass die Hälfte aller Minijobber in Bayern – das sind ungefähr 600.000 Menschen – noch nicht einmal den Mindestlohn für ihre Arbeit erhält. Da wird getrickst und geschummelt, bei den Arbeitszeiten, bei Zusatzleistungen und bei vielem anderen. Ich fordere die Staatsregierung auf, diesen Missständen endlich ein Ende zu bereiten. Sorgen Sie für vernünftige Kontrollen und helfen Sie mit, dass der Zoll personell ausreichend aufgestockt wird!

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl der Menschen, die Minijobs als Zweit- oder Drittjobs haben, um überhaupt noch über die Runden zu kommen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 % erhöht. Liebe Frau Aigner, bei einer derart stabilen Arbeitsmarktsituation ist es wirklich höchste Zeit,

die prekären und Niedriglohnjobs in den Blick zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Zur sozialen Realität in der Wirtschaft gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich möchte nicht, dass der Arbeitsfaktor Frau möglichst umfassend den Verwertungsinteressen der Arbeitgeber zur Verfügung gestellt wird. Ich möchte, dass Lebensentwürfe möglich gemacht werden. Bei meinen eigenen Kindern sehe ich: Für die Realisierung eines Kinderwunsches ist es nicht so entscheidend, ob man 150 Euro mehr oder weniger im Monat bekommt, sondern vor allen Dingen die Gewissheit, dass das eigene Kind gut betreut ist, wenn man dies braucht.

(Beifall bei der SPD)

Bayern hat gerade bei der Betreuung von Kindern unter zwei Jahren einen massiven Nachholbedarf. Wir erwarten hier eine große Initiative von uns allen für eine qualitätsvolle, kostenlose Kinderbetreuung, und zwar von dem Zeitpunkt an, zu dem die Eltern sie brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Eine große Herausforderung für die Wirtschaft ist der drohende Fachkräftemangel. Gerade das Handwerk spürt jetzt schon die Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Wirtschaft setzt deshalb zu Recht auch auf die Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Ich stelle fest: Hier ist die Wirtschaft deutlich weiter als die Staatsregierung; denn auf der einen Seite gibt es den wirklich löblichen Pakt der Staatsregierung mit der Wirtschaft "Integration durch Ausbildung und Arbeit", der ein großer Erfolg ist. Auf der anderen Seite unterläuft das Innenministerium durch ein Interministerielles Schreiben die 3-plus-2-Regelung durch eine Auslegung des Gesetzestextes, die den Sinn der Regelung vollkommen konterkariert. Der Sinn ist nämlich, geduldete junge Menschen nicht beschäftigungslos in Aufnahmeeinrichtungen hocken zu lassen, wo sie eh' nur auf dumme Ideen kommen, sondern sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sie den Lebensunterhalt selbst verdienen zu lassen, mit ihnen freie Lehrstellen zu besetzen und sie Fähigkeiten erwerben zu lassen, damit sie nach der Abschiebung in ihrem Heimatland sinnvoll am Aufbau mitwirken können.

(Beifall bei der SPD)

Allein die IHK Cham, mit der ich heute telefoniert habe, ist für 30 Afghanen zuständig, die erfolgreich die Berufsvorbereitungsklassen absolviert haben. Sie

wären jetzt so weit. Die Lehrherren stehen Schlange, um sie zu übernehmen. Sie dürfen das aber nicht, weil die Afghanen keine Arbeitserlaubnis bekommen. Sie machen sich bereit, wieder in der Aufnahmeeinrichtung herumzuhocken. Das ist wirklich Verschwendung von Ressourcen. Wozu richtet man eine Berufsintegrationsklasse ein, wenn die Schüler hinterher doch nur herumsitzen?

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Richtig!)

Eine weitere Herausforderung ist schon genannt worden: die Bedrohung des Freihandels, hier vor allen Dingen durch die US-Regierung. Mir erschließt sich nicht, wie man in diesem Zusammenhang Herrn Trump auch noch loben kann.

(Beifall bei der SPD)

zumal gerade die bayerische Wirtschaft mit über 50 % Exportanteil von seinem Kurs besonders betroffen ist. Wir sollten uns lieber darauf konzentrieren, hierauf eine starke europäische Antwort zu finden.

Frau Ministerin, ein ganz wichtiges Thema ist der Schutz deutscher Schlüsseltechnologien und Kernkompetenzen. Hierzu hat unser ehemaliger Wirtschaftsminister Gabriel bereits vernünftige Vorschläge gemacht. Es ist purer Aktionismus, dass Sie jetzt ein Beratergremium schaffen wollen. Es gibt bereits den Außenwirtschaftsbeirat im Bundeswirtschaftsministerium. Wir brauchen nicht noch so eine "Quasselbude".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Rad der technischen Entwicklung dreht sich rasant weiter. In diesem Bereich darf man nicht nur reden und ankündigen, sondern muss auch handeln, um im Boot zu bleiben. Frau Ministerin, Sie haben angekündigt, einen Innovationsbeirat zu gründen. Das klingt echt super. Aber wir haben bereits einen Digitalisierungsbeirat; in diesem bin ich selber Mitglied. Deswegen weiß ich, dass dieser nur alle heiligen Zeiten tagt. Beiräte zu installieren, ist so, wie 10-Punkte-Programme aufzustellen. Das suggeriert Aktivität, bringt aber erst mal überhaupt nichts. Deshalb fordern wir konkrete Maßnahmen. Setzen Sie in der Bundesregierung endlich die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen durch. Sie stellen schließlich den Finanzminister, und Sie hätten uns dabei auf Ihrer Seite und auch unsere komplette Bundestagsfraktion.

Führen Sie eine regelmäßige Überprüfung der Technologieförderprogramme durch. Kontrollieren Sie, ob diese noch zeitgemäß sind, ob nachgebessert werden muss bzw. ob es neue Fördertatbestände gibt und ob

es neue Zuschnitte braucht. All diese Programme müssen mit dem technischen Fortschritt mitwachsen.

Digitalisierung Bayerns: In den letzten Sitzungen hier ist zum Thema Breitbandausbau schon alles gesagt worden. Wir freuen uns, dass auch die CSU erkannt hat, dass die bayerische Wirtschaft 100 Mbit/s und mehr braucht. Schön wäre es, wenn uns die CSU immer gleich folgen würde. Das würde Zeit sparen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): So ist es!)

Das Gleiche gilt für den Ausbau des Mobilfunknetzes. Auch in diesem Bereich haben wir bereits Anträge gestellt. Das nächste Mal sollten Sie die Anträge nicht erst ablehnen, sondern gleich umsetzen. Das geht schneller.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren ist auch über die Gründerszene in Bayern bereits gesprochen worden. Diese ist noch deutlich ausbaufähig. Diesem Bereich muss noch mit viel Aufmerksamkeit begegnet werden. Die digitalen Gründerzentren sind sicher ein guter Ansatz. Hier können wir ein Stück weiterkommen. Digitalisierung Bayerns heißt aber auch, dass wir uns Gedanken machen müssen, welche Auswirkungen die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt, das Arbeitsrecht und die Arbeitskräfte hat. Einerseits sind flexible Arbeitszeitmodelle eine wahnsinnige Chance, andererseits dürfen sie nicht dazu genutzt werden. Arbeitsschutzbestimmungen im Bereich der Arbeitszeiten zu unterlaufen. Die Tarifpartner müssen die Arbeitsschutzbestimmungen für die Zukunft fit machen, dürfen aber nicht die Standards schleifen.

Zum Schluss sei noch etwas zur Infrastruktur gesagt. Wir brauchen eine vernünftige Infrastruktur. Wir haben viele marode Staatsstraßen und marode Brücken. In diesem Bereich gibt es viel zu tun. Die Schienen- und Flughafeninfrastruktur muss den gestiegenen Anforderungen angepasst werden. Hier werden wir hoffentlich gemeinsam die Pläne im Bund umsetzen. In diesem Sinne: Packen wir es an!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Als nächster Redner kommt der Kollege Muthmann für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Huber! Ich habe lieber einen Holzschuh als einen Betonkopf. Das möchte ich noch sagen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich können wir in Zeiten eines konjunkturellen Hochs viele erfreuliche Entwicklungen in der Wirtschaft verzeichnen. Das werden wir im Nachfolgenden von den Kollegen der CSU und sicherlich auch noch von Ihnen vernehmen. Einerseits ist das ihr gutes Recht, aber andererseits ist es ihre Pflicht, es nicht dabei zu belassen, die jetzt möglichen, schönen Zahlen zu vermelden. Diese sind in erster Linie den Unternehmen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Diese haben innovativ, fleißig und engagiert gearbeitet. Darüber hinaus möchte ich noch den politischen Rahmen benennen. Das hat auch schon Erwin Huber getan.

Ich will Ihnen in aller Kürze in vier Punkten sagen, was auch in diesen guten Zeiten noch verbessert werden kann. Erstens. Über die Infrastruktur und die Digitalisierung ist bereits gesprochen worden. Erwin Huber hat noch einmal darauf hingewiesen, dass Digitalisierung mehr als Infrastruktur ist. Ja, aber ohne die Infrastruktur ist all das, was die Unternehmen als Digitalisierungschancen und -aufgaben wahrnehmen müssen, nicht möglich. Das gilt nicht nur in den Ballungsräumen. Das gilt in ganz Bayern. Wenn wir uns um gleichwertige Lebensbedingungen, um Chancen für die Unternehmen und die Wirtschaft kümmern, dann gilt, dass 100 Mbit/s für Industrie- und Gewerbegebiete natürlich notwendig sind.

Der Vorschlag der CSU, dass die Anbindung von Amts- und Schulgebäuden hochwertig realisiert werden soll, wurde von uns spätestens 2009 gemacht. Der Wirtschaftsminister Zeil war im Vergleich zu Erwin Huber ein dynamischer, fortschrittlicher Mensch. Gleichwohl ist der Fortschritt zu langsam vorangeschritten. Die jetzigen Vorschläge und Erwartungen für die Wirtschaft sind auch ein Stück weit Kritik an dem, was der zuständige Minister Söder derzeit für die Infrastruktur tut. Mit Förderanträgen auf 30 Mbit/s und 50 Mbit/s sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Realisierung der Digitalisierung nicht zu schaffen.

Zweitens. Alle Leistungsträger, sprich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sollen vom derzeitigen und seit ein paar Jahren anhaltenden Wirtschaftshoch profitieren. Daher sind steuerrechtliche Korrekturen notwendig. Der Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden, und die kalte Progression soll abgebaut werden. Die Anträge hierzu haben wir bereits Mitte des letzten Jahres gestellt. Diese wurden damals von der CSU abgelehnt. Wenn Sie von Ihren Gestaltungsmöglichkeiten im Bund noch keinen Gebrauch gemacht haben, dann hoffe ich, dass Sie das zumindest in den nächsten Jahren im Rahmen der dann bestehenden

Möglichkeiten machen. Welche Möglichkeiten dann bestehen, wissen wir selber noch nicht. Es gilt auch hier: Taten statt Ankündigungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Drittens. Es sind Impulse für den Bau von Mietwohnungen erforderlich. Ein Stichwort ist hier die degressive Gebäudeabschreibung. Es soll keine weitere Energieeinsparverordnung geben. Das sind zwei weitere Punkte, um Impulse für die Ankurbelung der Wirtschaft zu setzen und um alle am Wohlstand partizipieren zu lassen.

Viertens. Dieser Punkt enthält eine wesentliche Kritik. Frau Kollegin Karl hat dies bereits angesprochen. Ich möchte hierzu aus dem BIHK-Konjunkturbericht vom Herbst 2016 zitieren: Das größte unternehmerische Risiko ist eindeutig der Fachkräftemangel. – Das ist in dem Bericht zu lesen. Das, was die CSU machen möchte, sind keine klaren Perspektiven und Lösungsansätze für dieses Problem. Zurück zum Bericht. Erstmals sehen 50 % der bayerischen Unternehmen darin ein Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. 41 % der bayerischen Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen seit mehr als zwei Monaten nicht besetzen können.

In dieser Sache alleine auf die Bildungspolitik zu setzen, ist zu wenig. Es ist zwar richtig, aber zu wenig. Ein Einwanderungsgesetz könne hier eine Lösung bieten. Wir alle kennen Beispiele aus unseren Stimmkreisen, in denen Arbeitskräfte in den Firmen benötigt würden. Dort könnten Menschen in den Firmen arbeiten und würden auch integriert werden. Diese benötigten Arbeitskräfte verfügen jedoch nach den derzeit gültigen ausländerrechtlichen Bestimmungen über kein Aufenthaltsrecht und bekommen auch kein Asylrecht. Andere dürfen aus anderen Gründen nicht dableiben. Lösen Sie das Problem durch eine klare Perspektive für die Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen hierher wollen. Diese Menschen können wir gut gebrauchen. Trauen Sie sich auch, gegenüber den Hardlinern, die ausländerrechtlich unterwegs sind, eine klare Position zu beziehen. Dies ist im Interesse der Wirtschaft und der Menschen, die wir hier wirklich gut gebrauchen können. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Für das BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und

Kollegen! Lieber Herr Vorsitzender Huber, ich wusste gar nicht, dass die kleine Regionalpartei CSU auf dem Weltmarkt unterwegs ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Sie sind auf dem Weltmarkt unterwegs. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU und Sie sagen, dass Bayerns Wirtschaft Spitze bleibt. Es fragt sich nur, wie lange noch. Sie haben sich für Ihre Klausur eine Studie schreiben lassen. Das ist nicht zum ersten Mal der Fall. McKinsey hat sich für die Studie "Bayern 2025" letztes Jahr Bayern angeschaut, und schon dabei hat McKinsey festgestellt: Bei den klassischen Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und BIP liegt Bayern vorne. Aber bei den Zukunftsindikatoren und bei der Dynamik, die anzeigt, wo es vorwärtsgeht, ist Bayern nur im Mittelfeld.

Was sind Beispiele für solche Indikatoren? – Zum Beispiel Bildung ist ein Zukunftsindikator. Laut McKinsey steht fest: In Bayern haben die bildungsfernen Schichten die schlechtesten Aufstiegschancen in ganz Deutschland.

Ich komme zum Indikator Integration. Ich finde es sehr interessant, dass gerade Sie – Sie trauen sich sogar, das in Ihr Papier reinzuschreiben – die Migranten integrieren wollen. Wie es um die Integration derjenigen bestellt ist, die als Flüchtlinge einen Job haben oder in einer Ausbildung sind und jetzt dank Ihrer Politik gnadenlos abgeschoben werden, kann jeder am eigenen Leib erfahren.

Diese beiden Zukunftsindikatoren, bei denen Sie nicht vorne liegen, haben Ihnen nicht gefallen. Deswegen wurde jetzt in Ihrem Auftrag die Prognos-Studie erstellt. Was steht da drin? – Wiederum großes Lob für Bayern.

(Erwin Huber (CSU): Berechtigt!)

Klar, die Ballungsräume glänzen blendend, lieber Kollege Huber. Sie haben Niederbayern und die Oberpfalz genannt. Aber es gibt auch – das steht drin – 14 Regionen, in denen das Einkommensniveau unterdurchschnittlich ist, gerade an der Grenze zu Tschechien oder am nördlichen Landesrand, nämlich in Unterfranken und in Hochfranken.

(Zuruf von der CSU)

F-und-E-Jobs, also Jobs in der Forschung und der Entwicklung, die besonders zukunftsfähig sind, fehlen wieder genau dort an der Grenze zu Tschechien und im nördlichen Unterfranken und nördlichen Oberfranken. Sie sonnen sich im Lichte der Metropolregionen und lassen sich feiern, schaffen es aber weiterhin

nicht, den ländlichen peripheren Räumen Perspektiven zu bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann man ganz einfach nachweisen, lieber Kollege, lieber Herr Vorsitzender Huber. Die Abstimmung mit den Füßen geht dort immer noch weiter. Unterfranken wird in der nächsten Legislaturperiode einen Abgeordneten verlieren. Woran liegt das? Liegt das daran, dass Unterfranken so stark ist? – Nein, das liegt daran, dass Unterfranken Bevölkerung verliert. Ganz einfach. Daran liegt es.

(Zuruf von der CSU)

Die Leute gehen deswegen weg, weil sie dort nicht die nötigen Chancen haben. Sie gehen möglicherweise nach Oberbayern, weil dort die Chancen besser sind. Das ist schön für Oberbayern, aber nicht für uns.

Nun komme ich zur Antwort der CSU. Sie haben in Ihrem Papier zehn Punkte oder besser gesagt – so muss ich es nennen – Herausforderungen formuliert. Darin sind natürlich Digitalisierung, Klimawandel und Migration genannt. Aber Sie haben den demografischen Wandel vergessen. Sie haben ihn nicht mal reingeschrieben. Demografischer Wandel ist für Sie keine Herausforderung. Dann wundert es mich nicht, dass das nördliche Unterfranken und Oberfranken und die nördliche Oberpfalz Menschen verlieren und dort die Abwanderung so weitergeht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau da schlägt die Digitalisierung zu. Ein Spruch dazu lautet: Automatisiert wird, was automatisiert werden kann. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung – IAB – in Nürnberg stellt fest: Jobs fallen weg. Wo fallen diese Jobs weg? – Sie fallen in denjenigen Räumen weg, die ich Ihnen eben genannt habe, nämlich in Nordostbayern. Dort fallen diejenigen Jobs weg, die automatisiert werden können, bis zu 30 %, wenn wir dort nichts tun.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Wir tun ja etwas!)

Schweinfurt wird dort als Beispiel genannt. In Schweinfurt könnten 30 % der Jobs wegfallen. Wenn das Ihre gute Wirtschaftspolitik in Bayern ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann pfeife ich drauf. Ich möchte gerne, dass in ganz Bayern gleiche Chancen bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben leider nicht die erforderlichen Konzepte, um ganz Bayern abzubilden. Sie feiern sich in München und in der Metropolregion Nürnberg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich um den Rest kümmern soll, bleibt offen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Auf der Rednerliste steht jetzt Kollege Holetschek. Bitte sehr.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich bin ich ziemlich fassungslos über das, was ich gerade gehört habe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

– Nein, Sie müssen sich die Fakten anschauen. Herr Mütze, es wird nicht besser, wenn Sie reinplärren. Was Sie gesagt haben, hat meiner Meinung nach weder Hand und Fuß noch ist es in irgendeiner Weise aussagekräftig, wenn wir über unsere Wirtschaftspolitik in Bayern reden. Wissen Sie, wem wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung zu verdanken haben? – Unserem Mittelstand, unseren Familienbetrieben, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bei diesen will ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Diese setzen auf eine verlässliche Politik und wissen zu schätzen, was die CSU hier in den letzten Jahrzehnten mit ihrer Wirtschaftspolitik geleistet hat, in einer Tradition, die von Anton Jaumann und vielen anderen begründet wurde und die Weichen vernünftig gestellt hat. Das ist die Wahrheit, nicht das, was Sie versuchen, hier darzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir sind am Puls der Zeit.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Ja, klar!)

Die Fakten sprechen eindeutig dafür, dass wir die richtigen Maßnahmen ergriffen haben. Wir haben die Vollbeschäftigung im Blick. Wir haben das niedrigste Armutsrisiko. Wir widmen uns Zukunftsthemen wie der Digitalisierung.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir sind vorne dran, wenn es darum geht, Innovationen nach vorne zu treiben: Breitbandentwicklung, Digitalisierung, aber auch die Themen Ausbildung und Fachkräftemangel sind hier die ganze Zeit behandelt worden. Natürlich wollen wir die berufliche Bildung stärken. Die Frau Ministerin ist permanent mit dem Thema Meisterbonus und Kampagnen für das Handwerk unterwegs. Ich denke an die Kampagne "Elternstolz". Mit solchen Maßnahmen versuchen wir, die Fachkräfte selber hier im Land zu gewinnen, statt auf Zuwanderung und Einwanderung zu setzen. Ich sage Ihnen eines: So wichtig es ist, junge Menschen in Arbeit und Brot zu bringen, so wichtig ist es auch, bei dem Thema Zuwanderung konsequent zu bleiben und Menschen, die nur aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land kommen, zu sagen: Du wirst hier nicht auf Dauer bleiben können.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das werden wir uns auf Dauer nicht leisten können!)

Das ist ein Grundsatz, den wir ganz klar benennen müssen. Es gibt doch heute schon zum Beispiel die Blue Card. Verabschieden Sie sich doch von der Illusion, dass Sie mit Zuwanderung unsere Probleme im Land lösen könnten. Das ist eine Illusion und wird es auch bleiben.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das ist keine Illusion! Das sind Fakten!)

Wir setzen auf andere Bereiche.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe vorher die Forderung von Frau Karl gehört, wir sollten den Zoll ausbauen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Solche Maßnahmen verstehe ich überhaupt nicht mehr. Wir müssen Bürokratie zurückdrängen. Wir müssen Unternehmer wieder unternehmen lassen. Wir müssen Vertrauen in die Menschen haben, die draußen Arbeitsplätze schaffen, und dürfen sie nicht mit unnötiger Bürokratie, Dokumentation und anderem an den Rand des Wahnsinns treiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diesen Staat wieder mal vom Begriff der Freiheit aus denken und Menschen, die Arbeitsplätze schaffen, einen Vertrauensvorschuss entgegenbringen. Es sind die Mittelständler und die Familienbetriebe, die dieses Land groß machen.

(Annette Karl (SPD): Und die 600.000 Menschen, die keinen Mindestlohn bekommen?)

Es ist die Politik dieses Ministerpräsidenten, die dafür sorgt, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Schauen Sie nach Berlin. Dort gibt es Vorschläge von GRÜNEN und an-

deren zu Steuererhöhungen. Dies zeigt den Menschen, dass sie in unserem Land eigentlich nichts mehr machen können. Das will ich nicht. Ich will, dass Unternehmen unternehmen können. Ich will eine Politik, die Chancen eröffnet. Marcel Huber hat vor Kurzem bei mir im Stimmkreis vom Chancenland Bayern gesprochen. Das wollen wir auch in der Wirtschaftspolitik. Dafür stehen wir. Die Erfolge geben uns recht. Wir werden uns von diesem Weg nicht abbringen lassen

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Holetschek. – Jetzt hat Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort. Bitte sehr.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft haben wir auch heute wieder hören müssen, wie sträflich der Freistaat die ländlichen Räume vernachlässigt. Es ist umso erfreulicher, dass wir jetzt einen anderen Trend spüren. Sehr geehrter Herr Mütze, ich darf Ihnen die Zahlen aus Oberfranken präsentieren: Die Arbeitslosenquote in Oberfranken ist in den letzten Jahren von 10 % auf 4 % zurückgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 450.000 Menschen in sozialversicherten Arbeitsverhältnissen. So viele hatten wir seit 25 Jahren nicht mehr. Sie haben die Demografie angesprochen. Wir vermehren uns, Sie werden lachen. Im letzten Jahr haben wir 3.600 mehr Zuzüge als Wegzüge gehabt. Machen Sie also keine Sprüche.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch viele Champions, nicht nur in Oberfranken, sondern auch in anderen ländlichen Regionen. Wir haben übrigens mehr als im Bundesdurchschnitt. Wir haben auch immer mehr innovative Verfahren, und bei uns werden immer mehr innovative Produkte hergestellt.

Das alles zeigt, dass wir die kleinen und mittleren Unternehmen nicht nur bei konkreten Maßnahmen unterstützen, sondern dass wir auch bei konkreten Dingen wie der regionalen Wirtschaftsförderung, dem Digitalbonus und der guten Breitbandversorgung etwas tun. All das ist dafür verantwortlich, dass auch die standorttreuen, familiengeführten Unternehmen gerne bei uns im ländlichen Raum bleiben.

Wir kümmern uns aber auch um andere bedeutsame Einflussfaktoren, wie beispielsweise die Erbschaftsteuer. Was aber haben wir erlebt, was kam aus den Reihen der Opposition zu diesem Thema? – Sie wissen genau, die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer gibt den Ausschlag, ob Betriebsübergaben gut und schadlos verlaufen oder ob Arbeitsplätze vernichtet werden. Hier ist die CSU immer an der Spitze einer Bewegung für klare, unternehmensfreundliche und arbeitsplatzsichernde Lösungen gestanden.

(Beifall bei der CSU)

Dank unserer Hartnäckigkeit ist es auch gelungen, im Bund eine gute Lösung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Was mich heute verwundert und was mich bei vielen Debatten hier im Haus immer wieder verwundert hat, das ist, dass vonseiten der Opposition, gerade von den GRÜNEN, die Entwicklungsbedürftigkeit ländlicher Räume zwar angesprochen wird, dass aber, wenn sich aber Chancen auftun, die den Menschen dort den Verbleib und eine berufliche Perspektive eröffnen, nicht alle Fraktionen ihre Unterstützung zeigen. Ein Paradebeispiel dafür ist unser Landesentwicklungsprogramm. Wie wurden der Staatsminister und auch der Staatssekretär angegriffen, sie würden jetzt in Bayern flächendeckend alles mit Gewerbegebieten zupflastern! Wenn hier suggeriert wird, wir würden das tun, dann darf ich schon einmal darauf hinweisen, dass gerade einmal 11 % der bayerischen Landesfläche für Siedlungs- und Verkehrsflächen Verwendung finden. Im Bund haben wir da deutlich höhere Zahlen. Also befassen Sie sich damit bitte einmal näher.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Unsere Partei, wir Abgeordneten der CSU, wir wollen nicht nur näher am Menschen sein, wir wollen in den nächsten Jahren auch erreichen, dass mehr Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie hätten die Menschen fragen sollen!)

Im Übrigen sind wohnortnahe Arbeitsplätze unserer Meinung nach auch ein wesentlicher Beitrag für mehr Umweltschonung und höhere Lebensqualität. Ich bitte, auch das zu bedenken. Herr Kollege Holetschek hat es schon ausgeführt, wir müssen uns auch noch stärker die beruflichen Komponenten ansehen. Es darf nicht sein, dass nur im Abitur und im akademischen Studium eine gute Berufsperspektive gesehen wird. Wir müssen auch die duale Ausbildung stärker in den Fokus nehmen. Für ihr Engagement, dies stärker zu bewerben, geht mein Dank an unsere Wirtschaftsministerin und unseren Staatssekretär. Das Wirtschaftsministerium ist wirklich gut unterwegs,

auch was die Gründungsaktivitäten anbelangt. Wir brauchen mehr junges Potenzial, das sich auf den Weg macht, um zu gründen oder um Unternehmen in den nächsten Jahren zu übernehmen. Es gibt Studien, die leider darauf hinweisen, dass sich nur jeder fünfte vorstellen kann, später beruflich selbstständig zu sein.

Ich möchte noch kurz etwas zum Problem der Fachkräfte und der schlechten Besoldung beziehungsweise Bezahlung sagen. Ich erlebe, dass gerade da, wo weniger qualifizierte Fachkräfte fehlen, mit guter Bezahlung Anreize geschaffen werden, weil die Menschen fehlen. Ich glaube deshalb, dass in einer Zeit wie der heutigen nicht so ein Szenario entsteht, wie Sie das gerade dargestellt haben.

(Annette Karl (SPD): Dann leben Sie nicht in der Realität!)

Auch ich bin dafür, die Ergebnisse der Hans-Böckler-Stiftung zu beleuchten. In diese Richtung schlägt auch das soziale Herz der CSU. Ich bin aber sicher, dass es in Bayern für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gute Zukunft gibt. Wir müssen uns auch weiterhin gut aufstellen und die Branchen entsprechend gut ausrichten. Wir wissen, dass viele unserer Regionen in hohem Maße von der Automobilindustrie und den Automobilzulieferern belegt sind. Da muss in den nächsten Jahren einiges achtsam beobachtet werden.

(Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Das reicht aber nicht!)

Es ist kein Selbstläufer, wenn unsere Wirtschaft brummt. Wir sollten uns aber immer etwas zu Herzen nehmen und auf unsere Fahnen schreiben: Wir brauchen eine verlässliche politische Begleitung für unsere Wirtschaft. Wir brauchen in unserer Gesellschaft aber auch mehr und mehr Wertschätzung für unternehmerische Leistung. Das ist in den letzten Jahren bei manchen Menschen etwas verloren gegangen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Für die Staatsregierung darf ich jetzt Frau Staatsministerin Aigner das Wort erteilen. Bitte sehr.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Die Frage war, warum in der Aktuellen Stunde heute das Thema Sozialpolitik im Hintergrund steht, während die Wirtschaftspolitik in den Vordergrund rückt. Zumindest habe ich das so verstanden. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen: Die

beste Sozialpolitik ist immer noch die Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen deshalb angesichts der aktuellen Arbeitslosenzahlen mitteilen: In der Bundesrepublik Deutschland sind 143.000 Menschen weniger arbeitslos – oder mehr in Arbeit, je nachdem, wie Sie es sehen wollen – als vor einem Jahr. Allein in Bayern waren Ende des Jahres 2016 100.000 Menschen mehr in Arbeit als im Jahr zuvor. Das muss man auch einmal ganz konkret sagen: 100.000 Menschen, das sind 100.000 Einzelschicksale, Menschen und ihre Familien. Eine florierende Wirtschaft ist deshalb noch immer das Beste für die Menschen; denn dann haben sie auch Selbstwert und Selbstbestätigung. Diejenigen, die ihr Leben aus eigener Kraft bestreiten wollen, die können das auch, aber das funktioniert nur mit einer florierenden Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne einen weiteren Grund dafür, dass Wirtschaftspolitik Sozialpolitik in Reinkultur 100.000 Arbeitslose mehr oder weniger bedeuten für den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zwei Milliarden Euro mehr oder weniger. Das macht sich im Haushalt bemerkbar, aber auch bei den Sozialversicherungsträgern. Wenn wir uns so manches leisten können, dann doch nur, weil wir es vorher erwirtschaften. Das funktioniert aber auch nur mit einer perfekten Wirtschaftspolitik, bei der nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Steuern zahlen und in die Sozialversicherungssysteme einzahlen.

Meine Damen und Herren, ich kann mich noch gut an andere Zeiten erinnern, als wir uns Jahr für Jahr überlegt haben, wie wir die Menschen in Arbeit bekommen. Wir haben überlegt, wie wir Perspektiven für die jungen Menschen schaffen können. Die Jugendarbeitslosigkeit war vor 10 oder 15 Jahren eines der größten Probleme in Deutschland, auch in Bayern. Daran will ich an dieser Stelle nur noch einmal erinnern.

Heute gibt es eigentlich keine Jugendarbeitslosigkeit mehr, weil sich ein Jugendlicher heute eine Stelle unter hundert Angeboten aussuchen kann. Das ist ein Geschenk für die jungen Menschen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ja!)

Ja.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es kommt noch etwas dazu: Die gute Entwicklung des Freistaats Bayern ist keine Selbstverständlichkeit. Das liegt natürlich an den Menschen, das liegt selbstverständlich an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, das liegt an der Wirtschaft, es hat aber auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun. Seit 60 Jahren stellt die CSU die bayerischen Ministerpräsidenten. Das muss ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erwähnen. Sie haben in vielen Generationen die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Das ist noch nicht zu Ende, hoffen wir.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das muss man dann schon auch mit anderen Bundesländern vergleichen. Das kann ich Ihnen leider nicht ersparen. Beispielsweise zeigt ein Vergleich der Entwicklung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen mit der Entwicklung Bayerns, dass das schon auch etwas mit den politischen Weichenstellungen zu tun hat.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Eindeutig. Deshalb werden wir in dieser Richtung auch weiter arbeiten. Es ist schon bemerkenswert, wie das in allen Landesteilen ankommt. Darauf hast du, liebe Gudrun, schon hingewiesen. Wenn sich die Arbeitslosigkeit in Oberfranken mehr als halbiert hat, dann ist das eine schöne Sache für die Menschen. Dass die Arbeitslosigkeit in der Oberpfalz mittlerweile niedriger ist als in Oberbayern, dann freut es mich auch als Oberbayerin ganz besonders, dass sich das so perfekt entwickelt. Wir wissen, hier dürfen wir nicht nachlassen, sondern es ist eine ständige Aufgabe, alle Regionen weiter zu entwickeln.

Wenn es bei uns trotz allem gut läuft, dann zeigt das aber auch noch etwas anderes: Wir haben innerhalb von 20 Jahren 2 Millionen Menschen mehr in Bayern. Die kommen nicht, weil wir sie zwanghaft hierher verschleppen, sondern sie kommen, weil sie wissen, dass sie in Bayern ihre Zukunft finden. Das ist der Grund. Deshalb werden wir auch in der Zukunft nicht nachlassen, diese Entwicklung fortzuführen.

Sicherheit, nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch die ökonomische Sicherheit, ist für uns ein zentrales Thema. Die ökonomische Sicherheit ist die Grundlage für vieles. Dass wir uns manche Infrastruktur leisten können, dass wir in soziale Projekte investieren können, dass wir auch in Zukunftsthemen und in Sicherheit für unsere Menschen investieren können, funktioniert nur, wenn wir vernünftige Haushaltsgrundlagen haben. Dafür sage ich herzlichen Dank dem Finanzminister und allen, die dazu beigetragen haben, dass wir die Mittel sicher und gut in unserem

Freistaat einsetzen können. Ich bleibe dabei, dass dies eine Daueraufgabe ist. Nichts ist schlimmer, als bei einem erfolgreichen Lauf, den wir Gott sei Dank haben, anzunehmen, des gehe von alleine so weiter. Genau deshalb investieren wir in die Zukunft.

Ein Megathema dabei ist die Digitalisierung. Dazu gehört selbstverständlich die Infrastruktur, dazu gehören aber noch viel mehr Weichenstellungen. Dass die Digitalisierung von Erfolg gekrönt ist, kann man schon an ein paar Indikatoren ablesen. Wir haben gemeinsam mit dem Kollegen Ludwig Spaenle das Zentrum Digitalisierung.Bayern eingerichtet. Das ist eine einzigartige Einrichtung in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Lieber Oli, quer durch Bayern gibt es 20 Professuren, die uns mit der digitalen Forschung zur Weltklasse bringen. Das ist in der ganzen Bundesrepublik Deutschland einzigartig. Berlin macht zwar so etwas auch, aber nur mit ein paar Juniorprofessuren und keinen echten Lehrstühlen, wie wir es machen. Das ist ein kleiner Unterschied. Das wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Wirkung dieser Maßnahmen zeigt sich auch in der internationalen Beachtung, die wir mittlerweile erfahren. Ich kann es dezidiert an einem Beispiel darstellen. In ein paar Tagen wird das neue Forschungszentrum von IBM eingeweiht. Sie müssen es in der Gesamtdimension sehen. IBM hat weltweit 15 verschiedene Sparten. 14 dieser internationalen Zentren zur Lenkung dieses Weltkonzerns sind in Amerika. Ein Zentrum wird nach Bayern kommen. Das ist einzigartig.

(Beifall bei der CSU)

BMW investiert erfreulicherweise nicht nur in Niederbayern in einem Ausmaß, über das ich mich besonders freue. BMW hat sich auch entschlossen, sich der neuen Welt zu stellen und auch wieder in Bayern ein vernetztes Mobilitätszentrum einzurichten. BMW hätte das auch woanders machen können, aber in unserem Land haben sie die Fachleute, die Kompetenz und die richtigen Weichenstellungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dabei nicht locker lassen. Die nächsten Themen stehen schon an. Ich freue mich, dass wir demnächst beim Ministerpräsidenten einen Digitalisierungsgipfel haben werden, auf dem die nächsten Schritte eingeleitet werden, um die nächsten Herausforderungen zu bewältigen. Internet der Dinge, Big Data, Datenanalyse, Robotik, künstliche Intelligenz sind nur ein paar Schlagworte. Wenn wir nicht dabei sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wer-

den wir abgehängt werden. Die Welt um uns wird nicht stehenbleiben. Genau deshalb werden wir da ansetzen.

Auf einen Punkt möchte ich ganz besonders eingehen: Bayern ist ein Automobilland. Wir schauen zu Recht mit Stolz auf unsere großen Hersteller. Wir schauen aber nicht nur auf die großen Hersteller, sondern auch auf die gesamte Kette. Ich weiß nicht, ob Sie es sich vorstellen können, dass auch die Textilindustrie in Oberfranken nicht unwesentlich von der Automobilindustrie abhängt, weil auch dort wunderbare Zulieferer sind. Viele Zulieferbetriebe, die hohe Kompetenz haben, sind über ganz Bayern verstreut und bringen deshalb in allen Regionen Bayerns eine gute Struktur voran. Deswegen sind die Voraussetzungen auf diesem Sektor so groß. Dass die Bundesregierung jetzt den nationalen Pakt für Mobilität in Bayern einrichtet, kommt auch nicht von ungefähr, sondern daher, dass wir die Weichen richtig gestellt haben. Wenn wir dabei nicht die Nase vorne haben, werden die Autos in Zukunft bei Google oder sonst wo auch immer gebaut, aber nicht mehr bei uns, wo die Zulieferer tätig sind. Das wollen wir nicht. Das ist nicht unser Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir aufpassen - das sage ich ausdrücklich an die GRÜNEN, Herr Mütze - und dürfen nicht so sorglos Beschlüsse fassen, etwa bis 2030 aus dem Antrieb mit Verbrennungsmotoren auszusteigen. Dazu kann ich nur sagen: Gratulation, damit können wir unsere Automobilindustrie wirklich kaputt machen. Wir wollen einen Umstieg, aber den wollen wir mit Anreizen begleiten. Darüber, was ein Ausstieg für die Lieferkette und auch für die Energieversorgung, von der der Strom kommt, bedeutet, sollten Sie sich nachhaltig Gedanken machen. Ich schicke Sie zu den Zulieferbetrieben, die dann in ihrer Existenz bedroht sein und über die Probleme in Bayern jammern werden. Ich kann nur sagen: Ja zu Anreizen, ja zur Umstellung sowohl auf vernetzte Mobilität als auch auf alternative Antriebsformen. Verbote, wie Sie sie gewohnt sind, wären dabei aber der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Nicht zuletzt geht es auch um ein paar andere Themen. Es geht um die neuen Geschäftsmodelle und um das Gründerland Bayern. Damit sind wir deutlich vorangekommen. Wir haben eine Trendwende erreicht. Das war auch nötig. Wir investieren in den nächsten vier Jahren 330 Millionen Euro für die Gründer. Besonders erfreulich ist dabei – Frau Karl, Sie haben es angesprochen –, dass wir die Gründerzentren in allen Landesteilen aufbauen. Wir wollen diese

Gründerzentren gemeinsam mit der etablierten Wirtschaft mit Netzwerken und neuen Ideen vorantreiben. Dass das Früchte trägt, hat sich heute früh gezeigt. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass eine große Firma wie Siemens bei dem Startup Magazino mit einsteigt, das sich auf den Weltmarkt aufmacht. Auch das sind schöne Entwicklungen, und die werden wir vorantreiben.

Dass wir diesen Gründern bei der Finanzierung unter die Arme greifen, will ich hier auch noch einmal sagen. Vor ein paar Monaten habe ich Ihnen einen Wachstumsfonds vorgestellt, den wir auf den Weg gebracht haben, um die Gründer bei schwierigen Phasen zu unterstützen. Unsere Hoffnung war, dass wir mit den 100 Millionen Euro, die wir einsetzen, 250 Millionen an Privatkapital aktivieren können. Im letzten Jahr, 2016, konnten wir nicht nur fünf, sondern acht Firmen begleiten und haben mit 17 Millionen Euro 127 Millionen Euro an Privatkapital mobilisiert. Das ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die wir gemeinsam gestaltet haben. Das ist vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden bei der Forschung an außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nachlassen. Laufend werden neue Einrichtungen vorangebracht. Auch dort haben wir Kompetenz, die wir aufbauen.

Nicht zuletzt müssen wir auch den internationalen Markt beachten. Dazu kann ich nur ausdrücklich sagen: Wir sind gut auf den Regionalmärkten, aber wir sind Weltspitze im Export. Wenn jeder zweite Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe vom Export abhängig ist, sind die internationalen Rahmenbedingungen für uns nicht trivial. Deswegen müssen wir mit den Ländern, zu denen wir die engsten Verbindungen haben und in denen unsere größten Absatzmärkte sind - das sind die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien -, Gespräche aufnehmen. Wir dürfen sie nicht deswegen beschimpfen, weil die einen aus der Europäischen Union ausgestiegen sind und die anderen einen gewählten Präsidenten haben, der auch nicht allen meinen Vorstellungen entspricht. Trotzdem müssen wir mit diesen Ländern reden, weil wir dort unsere Märkte haben. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich geht es auch um die Rahmenbedingungen auf bundespolitischer Ebene. Auch zu Steuern sind ein paar Anmerkungen gemacht worden. Wir haben ein hervorragendes Steuerkonzept auf den Weg gebracht, mit dem wir gerade die kleinen und mittleren Einkommen entlasten wollen, mit dem wir den Solidaritätszuschlag abschaffen wollen und mit dem wir An-

reize schaffen wollen. Ich nenne nur das Baukindergeld, eine hervorragende Vorlage von Markus Söder. Ich sage Ihnen aber auch, dass wir diese Vorschläge im Bundesrat durchsetzen müssen. Noch heute kann ich mich über die energetische Gebäudesanierung richtig aufregen. Wir diskutieren über irgendwelche Standards bei Neubauten, statt bei den Bestandsgebäuden vernünftige Anreize zu setzen. Wenn der Ministerpräsident für diese Anreize im Bundesrat wirbt und dann irgendwelche schrägen Gegenfinanzierungsvorschläge wie zum Beispiel Handwerkerbonus und so weiter kommen, kann ich nur sagen: Wir haben im Bundesrat momentan das Problem, dass die Mehrheit jeden vernünftigen Vorschlag im Steuerrecht, der zu Investitionen führen könnte, blockiert, blockiert, blockiert. Das ist falsch.

(Beifall bei der CSU)

Wenn auch noch die Ideologie wie bei der Erbschaftsteuer hinzukommt, kann ich nur das bestätigen, was andere Vorredner gesagt haben: Unser Schatz sind die unternehmergeführten mittelständischen Betriebe. Man kann sich mit vielen Gründern unterhalten und viele Gründer fördern. Wenn aufgrund unvernünftiger Regelungen zur Erbschaftsteuer Betriebe jedoch nicht vernünftig übergeben werden können und damit Arbeitsplätze vernichtet werden, ist das nicht im Interesse Bayerns und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb war das eine hervorragende Leistung, oder besser, eine wichtige Weichenstellung sowie ein klares symbolisches Bekenntnis zum Mittelstand.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist auch eine Leistung!)

– Das ist eine Leistung. Deshalb bedanke ich mich dafür. Das war hervorragend. Ich sage nur: Finger weg von der Besteuerung der Substanz! Die Betriebe benötigen die Substanz, um in die Zukunft investieren zu können. Wenn die Betriebe das nicht können, weil wir ihnen vorher das Geld wegnehmen, ist das nicht im Interesse der Wirtschaft, der Zukunft, von Investitionen und damit auch nicht im Interesse der Sozialpolitik, weil die Menschen in der Zukunft dann keine Arbeit haben werden.

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir genau so weitermachen wie in den letzten Jahren. Wir befinden uns auf einem erfolgreichen Kurs für Bayern. Bayerns Wirtschaft ist gut im Lauf: innovativ, digital und sozial.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Nachdem die Staatsregie-

rung die Redezeit zwar nicht überzogen, aber dennoch lange geredet hat, erhält nun auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Muthmann noch einmal das Wort für weitere fünf Minuten. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, so lange wird es nicht dauern. Ich will jedoch noch einmal auf das Thema Fachkräftemangel eingehen. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben viel über Digitalisierung, Chancen und Innovationen sowie die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gesprochen. Das alles teilen wir durchaus. Wir unterstützen die Stärkung der Innovationskraft zur kreativen Weiterentwicklung von Produkten auf dem Weltmarkt. Das würdigen wir aufgrund der Tatsache, dass Bayern ein Exportland ist und einen Großteil seines Wohlstandes aus dem und durch den Export generiert. Diesen Teil würdigen wir, schätzen wir und erkennen wir an.

Sie haben sich jedoch zu dem Thema Fachkräftemangel eigentlich gar nicht geäußert. Der Industrie- und Handelskammertag hat im Herbst letzten Jahres für die Jahre 2017 und 2018 Prognosen abgegeben. Für das Jahr 2017 werden 112.000 und für das Jahr 2018 157.000 fehlende Fachkräfte allein für Bayern prognostiziert. Zwar ist Herr Kollege Holetschek darauf eingegangen, er hat jedoch der Idee, den Fachkräftemangel über Ein- und Zuwanderung zu lösen, eine eindeutige Absage erteilt. Ich habe gehofft, Sie würden das möglicherweise etwas anders beurteilen. Nachdem Sie sich aber gar nicht geäußert haben, wollte ich das schon noch einmal betonen und unterstreichen. Fraglich ist, ob das die alleinige Bewertung der CSU zu der Frage ist, ob man diesem Fachkräftemangel in Bayern und in der Bundesrepublik mit Menschen aus der Welt begegnen kann. Wir halten es für falsch, dass die CSU diese Option gar nicht sieht. Sie stellen jedoch auch kein anderes erkennbares Konzept vor. Alleine auf Innovation, Kreativität und High-End-Technologie zu setzen, ist zu wenig. Wir werden weiterhin die Fachkräfte im Handwerk brauchen, die die neuen Ideen umsetzen und die Produkte bauen.

Angesichts der Aussprache zur Aktuellen Stunde "Bayerns Wirtschaft gut im Lauf: innovativ, digital, sozial" fehlte mir eine schlüssige Erklärung. Wir müssen uns fragen, wie es weitergehen wird. Das größte unternehmerische Risiko der Wirtschaft besteht derzeit im Fachkräftemangel. Leider haben Sie gar nichts an Perspektiven, Ideen und Lösungsvorschlägen vorgetragen. Daran hat es in dieser Aktuellen Stunde gemangelt. Das wollte ich betonen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Damit ist die zweite Rednerrunde eröffnet. Uns liegen weitere Wortmeldungen vor. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Mütze. Bitte schön, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Die Ministerin hat zwei Punkte angesprochen, zu denen ich etwas sagen wollte. Das betrifft zum einen Microsoft. Auch wir freuen uns darüber, dass Microsoft nach Bayern kommt. Microsoft kommt jedoch dorthin, wo schon der große Haufen liegt, nämlich nach München. Wenn es die Regionalpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist, Firmen dorthin zu lotsen, wo bereits der große Haufen liegt, ist das für uns zu wenig. Selbstverständlich freuen wir uns darüber, dass München eine Niederlassung erhält. Das ist überhaupt keine Frage. Ich erinnere daran - es ist noch gar nicht so lange her -, dass ein Ableger von "Invest in Bavaria" in Oberbayern war. Der Rest war egal. Ein weiterer Ableger in Nordbayern ist aus der Einsicht der Staatsregierung entstanden, dass man vielleicht auch etwas für den nordbayerischen Raum tun müsste.

Zum anderen nenne ich die Autoindustrie. Sie behaupten, dass die GRÜNEN die Autoindustrie kaputt machen würden. Liebe Frau Ministerin, die Autoindustrie verschläft die Zukunft. Das ist der Punkt. Was kommt hinzu? – Wenn das Ende des Verbrennungsmotors auf das Jahr 2030 festgesetzt wird, wird das letzte Auto mit Verbrennungsmotor im Jahr 2055, 2060 oder 2070 durch Bayern fahren. Über diesen Horizont reden Sie. Gleichzeitig wollen Sie gegen den Klimawandel kämpfen und etwas für die Energiewende tun. Das ist doch verlogen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in keinem Land hat sich die Elektromobilität durchgesetzt, wo nicht gleichzeitig auch regulatorisch eingegriffen wurde. Was war der Erfolg der E-Mobilität in Norwegen? – Dort wurde steuerlich eingegriffen. Nutzer der Elektromobilität zahlen dort keine Mehrwertsteuer und fahren auf der Busspur. Habe ich das schon in Bayern gehört? -Nein, das habe ich nicht. Wir haben Ladestationen an der Autobahn A 9. - Das ist lächerlich. Wenn ihr E-Mobilität fordert, müsst ihr zu BMW gehen und sagen: Wir wollen den 740e. Der Herr Ministerpräsident will den e-BMW fahren. Alles andere ist nicht sinnvoll. Das kann ich euch sagen. Ihr feiert euch für den Status quo. Der ist zwar gut – das ist gar keine Frage –, aber wir machen uns Sorgen um die Zukunft. Euch fehlt der Weitblick.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Mütze. – Nun hat sich Frau Kollegin Karl zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe drei kurze Anmerkungen. Frau Ministerin, Sie haben gesagt, Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik. Darin gehen wir völlig konform. Wir müssen jedoch nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch dafür sorgen, dass es sich um gute Arbeitsplätze handelt.

Ich komme zu Ihrem Steuerkonzept. Das ist alles gut und schön. Ein wichtiger Punkt im Steuerkonzept wäre allerdings, dass Firmen, die Riesengewinne erwirtschaften, auch Steuern zahlen. Deshalb habe ich kein Verständnis für Herrn Söder, der sagt, er finde es in Ordnung, dass Apple keine Steuern zahlt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Holetschek, Sie bezeichnen eine effiziente Kontrolle bei den Minijobs als überbordende Bürokratie. Was sagen Sie den 600.000 Menschen, die noch nicht einmal 8,50 Euro die Stunde bekommen, weil beschissen und getrickst wird? – Das ist unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Das muss man kontrollieren, damit die Gesetze eingehalten werden.

Frau Brendel-Fischer, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass 40 % der Gewerbeflächen in Bayern leer stehen und dass es einfach eine naive Vorstellung - auch aufseiten des Finanzministeriums - ist, dass man nur Flächen zubetonieren muss und dann automatisch Firmen angesaust kommen? So ist es nicht; denn dazu muss viel mehr kommen. Da muss die Infrastruktur stimmen, da muss die Umgebung stimmen usw. Sonst gäbe es keine leeren Gewerbeflächen. Wir sagen: Wenn es Firmen gibt, die ein Gewerbegebiet an einem konkreten Ort suchen, kann man immer über Ausnahmegenehmigungen reden. Aber den Gemeinden zu suggerieren, sie müssten nur ihr Fußballfeld zubetonieren und dann kämen die Firmen gesaust, ist auf gut Deutsch Leute-Verarscherei. So kann man keine Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nun hat sich noch einmal die Frau Staatsministerin zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Nur kurz – Herr Muthmann, zu den Fachkräften

möchte ich schon etwas sagen: Ja, wir haben Fachkräftemangel. Aber, meine Damen und Herren, welche Fachkräfte fehlen? Ich kann Ihnen nur ausdrücklich sagen, dass die Fachkräfte, die uns in der Zukunft fehlen werden, beruflich qualifiziert sind. Nun bitte ich Sie, einfach einmal genau nachzuschauen, wo es solche beruflich qualifizierten Fachkräfte auf der Welt überhaupt gibt. Leute mit der beruflichen Qualifikation zum Mechatroniker werden Sie zum Beispiel in anderen Ländern sehr schwer finden. Wir haben schon Schwierigkeiten auf dem europäischen Binnenmarkt, wo übrigens 500 Millionen Menschen wohnen und in dem es Länder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50 % gibt. Selbst da kriegen wir es nicht hin.

Ich halte es für falsch, zu glauben, das Fachkräfteproblem sei über internationale Zuströme zu lösen. Das wird nicht funktionieren. Trotzdem haben wir gesagt – dabei bleibe ich –, dass für diejenigen, die eine Ausbildung begonnen haben, selbst dann, wenn sie abgelehnt werden, in Bayern die Regelung "3 plus 2" gilt. Aber sie müssen eben die Ausbildung schon begonnen haben. Das ist auch richtig so.

Ich möchte eines noch grundsätzlich sagen. Wenn man über 50 Jahre gesagt bekommt, dass sich die Qualität eines Bildungssystems ausschließlich daran bemisst, wie hoch die Abiturienten- und die Studentenquote ist, braucht man sich nicht zu wundern, dass der Stellenwert der beruflichen Bildung nicht so hoch ist, wie er eigentlich sein sollte. Das ist das Grundproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Mütze – jetzt ist er weg; deshalb sage ich es den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN -, damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir unterstützen das Anliegen. Übrigens war es Bayern, das die Prämie für Elektromobilität aufs Gleis geschoben und durchgesetzt hat. Aber ich sage Ihnen noch etwas: Wenn Sie vom Zeithorizont 2030 sprechen, das sind zwei Produktzyklen. Das heißt, die Entwicklung wird eingestellt. Noch schlimmer ist, dass Menschen nicht nur neue Autos kaufen, sondern sich auch Gedanken machen, ob sie sie in 10 oder 15 Jahren noch verkaufen können, und deshalb keine Autos mehr kaufen werden. Daher kann man einen solchen Bruch nicht herbeiführen; denn er würde nicht nur die großen Betriebe, sondern auch die ganze Zulieferindustrie treffen; denn sie wirddas nicht wegstecken. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir dagegen weiter vorgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Rednerliste erschöpft, und die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus" auf Drucksache 17/15187 bekannt: Mit Ja haben 150 und mit Nein 0 gestimmt, und auch Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Härtere Strafen bei illegalem Welpenhandel (Drs. 17/13273)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Kollege Streibl. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema des illegalen Welpenhandels beschäftigt den Landtag schon seit Langem, und ich fürchte, es wird uns auch weiter beschäftigen. Infolge der vermehrten Kontrollen an unseren Grenzen kommen immer mehr Welpenhandel und Welpenschlepper ans Tageslicht. Die Tiere müssen dann in unseren Tierheimen untergebracht werden, was mit hohen Kosten verbunden ist. Aber das allein ist es nicht; hier wird nach unserer Meinung letztlich auch ein Verbrechen an den Tieren begangen. Sie werden im Alter von zwei bis fünfzehn Wochen von ihrer Mutter getrennt und können eigentlich nicht richtig gepflegt und aufgezogen werden. Die Tiere kommen in erster Linie aus Ungarn, Rumänien und Bulgarien, wo sogenannte Züchter die Muttertiere unter jämmerlichsten Umständen als Gebärmaschinen benützen, um damit Geld zu machen. Die Tiere werden dann online verkauft und quer durch Europa nach Deutschland, Großbritannien, Belgien und Spanien gekarrt.

Hier läuft nach unserer Meinung nicht nur ein skrupelloses Geschäft, sondern auch eine Art organisierte Kriminalität ab. Dahinter steckt eigentlich ein echtes Geschäftsmodell, das auf dem Leid der Tiere aufbaut.

Wir sagen, hier muss etwas geschehen. Die Strafen, die bei uns vorgesehen sind, sind ungefähr vergleichbar mit den Strafen für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr. Zwar gibt es in § 17 des Tierschutzgesetzes einen Straftatbestand; aber er besagt, dass man nur dann etwas machen kann, wenn Welpen andauernd und wiederholt erhebliche Schmerzen und Leid zugefügt werden. Für den reinen Transport kommt dieser Tatbestand nicht zur Geltung. Daher müssen wir anders handeln. Ein Blick nach Österreich kann uns hier die Augen öffnen. Im Jahr 2014 wurde in Österreich ein Paar wegen Welpenhandels und gewerbsmäßigen Betrugs zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sol-Signalwirkung Urteile haben abschreckend. Ein Bußgeld wirkt nicht abschreckend, sondern das Geschäftsmodell geht weiter. Für den Täter muss aber ein Risiko bestehen.

Laut Tierschutzbund werden momentan an unseren Grenzen zwei Transporte pro Monat gestoppt; aber die Dunkelziffer ist wahrscheinlich wesentlich höher. Deswegen fordern wir mit unserem Antrag, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für einen Straftatbestand des illegalen Tierhandels einsetzt. Das Gesetz muss so geändert werden, dass der illegale Tierhandel in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Unsere Staatsregierung springt hier zu kurz. Sie macht eine Internetseite, die sie Kampagne nennt und mit "Vernunft statt Mitleid" bezeichnet. Das Geld für die Internetseite hätte man besser den Tierheimen zur Verfügung stellen sollen, die die beschlagnahmten Tiere aufnehmen müssen. Wenn das alles ist, was die Staatsregierung macht, muss man sich schon fragen, wie es mit Artikel 20 a des Grundgesetzes steht.

Unverständlich ist auch, mit welchen Organisationen die Kampagne betrieben wird und mit welchen nicht, zum Beispiel mit dem Tierschutzbund. Der bayerische Landesverband des Deutschen Tierschutzbundes – ihm sind alle Tierheime angeschlossen – taucht auf der Internetseite nicht auf und ist auch nicht gefragt worden. Ich denke, die Leute, die tagtäglich mit Tieren zu tun haben und sich um diese kümmern, die hier ehrenamtlich und hauptamtlich tätig sind, hätte man in die sogenannte Kampagne einbeziehen sollen. Vielleicht hätte man auf sie auch auf der Internetseite hinweisen und dazu auffordern sollen, sich an das örtliche Tierheim zu wenden, wenn man ein Tier kaufen möchte.

Meine Damen und Herren, das Handeln der Staatsregierung ist oberflächlich und beschämend. Der Straftatbestand des illegalen Tierhandels muss aufgenommen werden. Zum Zweiten muss sich die Staatsregierung an den Kosten der Tierheime für die Unterbringung der Tiere beteiligen, die beschlagnahmt werden.

Abschließend bleibt mir nur noch, denjenigen ein herzliches Dankeschön und Vergelts Gott zu sagen, die sich in den Tierheimen für die Tiere und dafür einsetzen, dass dieses schändliche Treiben unterbunden wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Streibl. – Nächster Redner ist der Kollege Flierl. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der FREIEN WÄHLER mag man durchaus zugestehen, dass er vom Tierschutzgedanken motiviert ist. Wir alle in diesem Hause sind uns sicherlich darin einig, dass Tiere vor Schmerzen, Leiden und Schäden geschützt werden müssen und dass alles getan werden muss, um Schmerzen, Leiden und Schäden zu vermeiden.

Der vorliegende Antrag erfasst diese Problemstellung definitiv nicht. Kollege Streibl, Ihr Antrag ist diesbezüglich oberflächlich. Sie vermengen wieder in unzulässiger Weise Ihren Antrag mit einer ganz anderen Frage, die wir schon sehr häufig im Umweltausschuss diskutiert haben, nämlich mit der Finanzierung der Tierheime. Wer trägt die Kosten, wenn illegale Tiertransporte aufgedeckt werden? Deshalb sollten Sie nicht ablenken.

Lesen Sie den Antrag durch, dann werden Sie sicherlich feststellen, dass Sie sich nur auf den illegalen Welpenhandel beziehen. Das ist ein einziges Schlagwort in einem komplexen Themenfeld. Das ist ein Phänomen unter vielen im Bereich des grenzüberschreitenden Handelns mit Tieren. Dort wird manchmal gegen Tierschutzrecht und Vorschriften aus anderen Rechtsbereichen verstoßen. Das ist der illegale Tierhandel, gegen den wir alle vorgehen wollen. Er betrifft nicht nur Hunde oder Welpen, sondern auch eine ganze Reihe von Tieren, etwa Katzen, Reptilien und Exoten. Deswegen ist der Antrag, den Sie heute zur Abstimmung bringen, nicht hilfreich.

Erwähnt wurde: Es gibt einen entsprechenden Straftatbestand im Tierschutzgesetz. Wenn konkret-individuell Leiden oder Schmerzen bei Tieren verursacht werden, kann das mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden. Es gibt eine Vielzahl von Ordnungswidrigkeitstatbeständen im Tierschutzgesetz, nach denen Bußgelder in Höhe von bis zu 25.000 Euro verhängt werden können. Darüber hinaus kommen häufig Verstöße gegen andere gesetzliche Vorschriften vor, zum Beispiel mit Blick auf das Tiergesundheitsrecht, das vormalige Tierseuchenrecht. Dabei wissen wir natürlich auch, dass Ermittlungen oft an der Grenze enden und dass die Fahrer, die

diese Transporte durchführen, nicht die Verantwortlichen sind und deswegen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Sie müssen höchstens eine Sicherheitsleistung hinterlegen.

Uns ist auch bekannt, dass es schwierig ist, Bußgelder in anderen Staaten und auch in EU-Mitgliedsländern zu vollstrecken. Genauso wird es bei entsprechenden Straftatbeständen sein. Wenn sie geahndet werden sollen, muss man sich fragen: Wie komme ich an den Verantwortlichen heran?

Dies befriedigt nicht – das ist uns durchaus bewusst –, aber ein höheres Strafmaß führt sicherlich nicht zu einer Verbesserung des Tierschutzes. Hierbei setzt die Staatsregierung völlig zu Recht auf Aufklärung und auf Kampagnen. Ganz entscheidend ist, dass man den Menschen, die diesen Markt in Anspruch nehmen, bewusst macht, dass sie hierdurch unnötiges Tierleid verursachen. Diese Menschen muss man sensibilisieren, dass sie Tiere von vernünftigen und verantwortungsvollen Züchtern erwerben. Das ist aus meiner Sicht das Entscheidende.

Dieser Antrag hilft uns nicht weiter. Er ist vielleicht gut gemeint, aber schlecht gemacht. Er greift eindeutig zu kurz. Daher werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Flierl. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Biedefeld. Bitte schön, Frau Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion stimmt dem Antrag "Härtere Strafen bei illegalem Welpenhandel" zu. Ich schließe mich in wenigen Punkten dem Kollegen Flierl an. Es stimmt, was er gesagt hat, dass sich der Antrag ausschließlich auf Hunde bezieht. Es gibt illegale Tiertransporte und illegalen Tierhandel auch hier in Bayern. Dabei sind nicht nur Hunde, sondern auch Katzen, Exoten etc. betroffen. Bitte erlauben Sie mir diesen Einwand.

Wir stimmen dem Antrag auch in dem Wissen zu, dass wir durchaus – der Kollege Flierl hat es angesprochen – Möglichkeiten haben, zu ahnden und zu bestrafen. Das Problem ist nur: Sie werden in den wenigsten Fällen angewandt. Wir fordern zum einen, die geltenden Gesetze auszuschöpfen. Da soll ein klares Signal nach außen gehen. Darüber hinaus fordern wir weitere Bestrafungen und höhere Strafen. Der illegale Welpenhandel mit all seinen Konsequenzen betrifft diejenigen, die im praktischen Geschäft dabei und mit diesem Thema konfrontiert sind, zunehmend stärker. Wir haben ein immer größer werdendes Problem bei denjenigen, die es betrifft – Polizei, Zoll und Veterinär-

ämter –, aber in erster Linie bei den bayerischen Tierschutzvereinen und bei den Tierheimen. Die Anzahl der Zuschriften, die ich zu diesem Thema bekomme, ist enorm. Gestern habe ich ein Schreiben, einen Prolog, von Robert Derbeck vom Tierschutzverein Noris e. V. aus Nürnberg bekommen, das sich ausschließlich mit dem Thema des illegalen Welpenhandels beschäftigt. Viele Tierschützer und viele, die im Bereich Tierschutz tätig sind, weisen auf diese immer größere Problematik mit allen Konsequenzen hin, die sie nach sich zieht.

Härtere Strafen sind ein kleiner, aber wichtiger Mosaikstein, um gegen den illegalen Welpenhandel vorzugehen. Das sehen wir genauso. Deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen. Hierbei besteht aus unserer Sicht großer politischer Handlungsbedarf. Es geht uns in erster Linie um den Vollzug der Gesetze sowie um höhere Strafen.

Ich möchte an dieser Stelle auf die von der SPD-Landtagsfraktion beantragte Expertenanhörung hinweisen, die am 21. April letzten Jahres stattgefunden hat. Dort war der illegale Welpenhandel auch ein zentrales Thema. Was ist seitdem passiert? Es gab Bitten, Anregungen und ganz konkrete Vorschläge, aber seitdem ist nichts vonseiten des zuständigen Umweltministeriums passiert. Alle Anträge, die wir aufgrund dieser Expertenanhörung als SPD-Fraktion eingebracht haben, wurden abgelehnt oder abgeblockt. Wir sind keinen Schritt weitergekommen, ganz im Gegenteil: In Bayern verzeichnen wir eine sehr starke Zunahme illegaler Welpentransporte. Allein in den letzten zehn Tagen - ich rede nicht von Wochen - gab es 12 Aufgriffe. 12 illegale Welpentransporte wurden in Bayern gestoppt, etwa in Passau oder in Bad Reichenhall. Alle Zahlen, bis zum letzten Tier, werden dem bayerischen Umweltministerium ganz aktuell gemeldet. Auch das wurde mir nochmals versichert. Von Dezember 2016 bis heute gab es 30 Vorfälle bzw. 30 Aufgriffe. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Ich möchte gar nicht wissen, wie hoch die Dunkelziffer ist.

Es liegt daran – der Kollege Streibl hat es gesagt –, dass sich der Welpenhandel immer mehr zu einem risikoarmen und sehr lukrativen Geschäft entwickelt. Es wird teuer für diejenigen, die die Arbeit erledigen. Die Täter gehen straffrei aus und machen weiter, weil sie nur mit einer Ordnungswidrigkeit oder einer Sicherheitsleistung belegt werden. Diejenigen, die lukrative Geschäfte machen, freuen sich darüber und machen weiter. Sie planen, selbst wenn sie erwischt werden, schon den nächsten Transport. Wir haben nachweislich viele Wiederholungstäter, auch hier in Bayern. Ihnen passiert nichts. Sie machen weiter.

An denjenigen, die die Arbeit haben und denen es darum geht, unsere Mitgeschöpfe, die Tiere, in Obhut zu nehmen, sie zu versorgen und sie zu pflegen, bleibt letztlich alles hängen. Der Deutsche Tierschutzbund Landesverband Bayern hatte in den letzten zwei Jahren insgesamt 800.000 Euro Kosten aufgrund solcher illegaler Welpentransporte. Sie sind aus Spendengeldern usw. bezahlt worden.

Was passiert mit den Tätern? Ich gebe Ihnen ein aktuelles Beispiel aus den letzten Tagen, wie wir in Bayern damit umgehen: Sie werden erwischt, das Fahrzeug wird nicht beschlagnahmt. Das Fahrzeug hätte beschlagnahmt werden können; denn eine bestimmte Hundesorte, American Stafford, wurde eingeführt. Bei ihr ist die Einfuhr definitiv verboten. Das ist ein Straftatbestand. Es gibt dazu klare Aussagen des Gesetzgebers. Wir haben nämlich das Gesetz zur Beschränkung des Verbringens oder der Einfuhr gefährlicher Hunde in das Inland, nach dem das klar eine Straftat ist. Man hätte das Fahrzeug durchaus einziehen können. Das hat man nicht gemacht. Die Staatsanwaltschaft hat das nicht interessiert. 700 Euro Sicherheitsleistung sind ein Witz, wenn man sich das genauer betrachtet. Hier wäre das möglich gewesen; hier sind wir gefordert. Allein auf Prävention zu setzen und Kampagnen zu fahren, reicht nicht. Da frage ich Sie, Frau Umweltministerin: Mit welchem Erfolg? Zeigen Sie mir das doch einmal auf.

Abschließend noch einmal meine Bitte. Hören Sie den Ruf nach Hilfe und Unterstützung; hören Sie ihn nicht nur, sondern kümmern Sie sich auch um die Anliegen derjenigen, die in diesen Bereichen tätig sind! Das wäre sehr hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Frau Biedefeld. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es von der Kollegin Biedefeld gehört: Illegale Tiertransporte sind ein immer größer werdendes Problem. In den letzten Jahren sind etwa 600 Welpen bei illegalen Transporten in Bayern aufgegriffen worden. 600! Es werden immer mehr. Es muss offensichtlich sehr viel Geld damit verdient werden.

Diese Transporte verursachen nicht nur großes Leid bei den Tieren, sondern auch Probleme und Folge-kosten bei den neuen Besitzern, wenn es denn neue Besitzer gibt, die auf diese Betrügereien hereingefallen sind. Da ist natürlich eine Aufklärungskampagne absolut notwendig, Frau Ministerin. Es gilt die Aufforderung: Kauft bitte keine Hundewelpen aus dem Kof-

ferraum. Inzwischen gibt es auch schon neue Geschäftsmodelle; so füllen Züchter ihre zertifizierten Züchtungen mit solchen Welpentransporten auf.

Wenn diese Tiere nun beschlagnahmt werden, bleiben sie normalerweise im Tierheim. Die Tierheime bleiben dann auf den Kosten sitzen; denn sie werden vom Staat nicht unterstützt. Wir haben dazu bei den letzten Haushaltsberatungen einige Anträge gestellt. Leider sind sie nicht durchgegangen. Wir haben für diese Fälle einen Notfallfonds gefordert, mit dem man zumindest die einzelnen Tierheime, die mit teilweise 30 bis 40 Welpen überfordert sind, hätte unterstützen können.

Wir werden dem Antrag der FREIEN WÄHLER selbstverständlich zustimmen, obwohl ich meine, dass der Antrag zu kurz springt, weil er sich ausschließlich mit Hundewelpen beschäftigt. Es gibt ja auch Katzen oder vielleicht sogar exotische Tiere, die inzwischen vermehrt illegal transportiert werden.

Wenn wir über härtere Strafen sprechen, müssen wir natürlich überlegen, wie man diejenigen fassen kann, die diese Transporte organisieren. Oft wird der Fahrer aufgegriffen, aber nicht unbedingt derjenige, dem diese Hundewelpen gehören. Oft sind die Verantwortlichen überhaupt nicht greifbar; sie leben im Ausland, und man kommt nicht an sie heran. Wenn man dann einen Eigentümer hat, tritt er von seinem Eigentum zurück, damit er nicht für die hohen Kosten aufkommen muss. Es ist also sehr schwierig, überhaupt an diese Leute heranzukommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das Problem der Vollstreckung haben wir natürlich immer wieder, insbesondere, wenn die Besitzer dieser Welpen im Ausland leben.

Wenn man den Fahrer eines solchen Welpentransportes hat, kann man von ihm nur eine Sicherheitsleistung einbehalten. Das ist meistens nur ein Tropfen auf den heißen Stein und reicht vorne und hinten nicht aus. Deshalb ist es natürlich absolut sinnvoll, die Fahrer in die Verantwortung zu nehmen, zum Beispiel da-

durch, dass die Beschlagnahme des Transportfahrzeugs ermöglicht wird. Wenn schon ein Straftatbestand vorliegt, muss man diese Maßnahmen auch ergreifen; denn wenn die Strafen zu gering sind, wird sich nichts ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Forderung der FREIEN WÄHLER nach Einführung des Straftatbestandes in das Tierschutzgesetz ist absolut sinnvoll, vor allen Dingen, wenn es um Wiederholungstäter geht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich bin gleich fertig. Wenn man immer und immer wieder die gleichen Leute aufgreift, muss man einen solchen Straftatbestand einführen, damit solche Leute durch die härteren Strafen endlich abgeschreckt werden. Obwohl also der Antrag der FREIEN WÄHLER etwas zu kurz springt, werden wir ihm trotzdem gerne zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke sehr, Frau Kollegin Steinberger. Damit ist die Redeliste erschöpft. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen arbeitsreichen, einen schönen oder auch einen schönen und arbeitsreichen Abend.

(Schluss: 18.34 Uhr)

zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(A)

(Z)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist.
 - der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBI. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012 Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom
 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG PII-G1320-16-0001

Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden – Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		A
die Fraktion der FRE zugrunde zu legen	IEN WÄHLER hat bea	antragt, das Votum "Zu	stimmung"

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Bier gentechnikfrei halten Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Ø		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
□	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Z

Z

Z

Z

10.	Benno Zierer u.a. und	Fraktion (FREIE WÄH Umrüstung des Forso	ILER)	
	Votum des federführe Umwelt und Verbrauch	nden Ausschusses für herschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
11.	Dr. Karl Vetter u.a. un	d Fraktion (FREIE WÄ r Asylbewerber aus St	HLER)	1
	Votum des federführer Gesundheit und Pfleg			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A		A
12.	Horst Arnold u.a. SPD Keine Wiedereinführu	ng der Regelanfrage b i der Berufung in das l 186 (A) nden Ausschusses für	eim Landesamt für	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	Z
	Ь			
13.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Kommunikationsstrukt Drs. 17/13714, 17/150	SU uren im Bereich Kritisc		RITIS)
	Votum des federführer Wirtschaft und Medier		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSII	SPD	FRFIF WÄHI FR	GRÜ

14.	Dringlichkeitsantrag de Erwin Huber u.a. und Bankenkredite für den Drs. 17/13814, 17/150	Fraktion (CSU) Mittelstand nicht durc		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medier		d Verkehr, Energie un	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
15.	Unternehmen Drs. 17/13825, 17/150 Votum des federführer	Fraktion (SPD) zierungsbedingungen 41 (E) nden Ausschusses für	für die mittelständisch	en
	Wirtschaft und Medier	n, Infrastruktur, Bau un	, 0	· ·
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z		
16.	Drs. 17/13826, 17/150 Votum des federführe	u.a. und Fraktion (FRE g im deutschen Banker 143 (E) nden Ausschusses für	EIE WÄHLER) nsektor	
	Wirtschaft und Medier			· ·
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	
		团		
17.	Antrag der Abgeordne Wildlebensraumberatu Landwirtschaftsschule Drs. 17/13881, 17/151	ung in Bayern erhalten en integrieren 17 (A)		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsch	nden Ausschusses für chaft und Forsten		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z

18.	Dringlichkeitsantrag de Doris Rauscher u.a. ur Insolvenzberatung zuk Drs. 17/14107, 17/150	nd Fraktion (SPD) unftsfähig machen!	us Rinderspacher, Rutl	h Waldmann,
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
19.	Dringlichkeitsantrag de Johann Häusler u.a. ur Abwanderung von Spit Drs. 17/14108, 17/150	nd Fraktion (FREIE Wazentechnologie verhin 45 (A)	ÄHLER)	reibl,
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			A
20.	Dringlichkeitsantrag de Florian von Brunn, Kla Reform der Lebensmit Desinformation, Bürok Drs. 17/14109, 17/148	us Adelt u.a. und Frak telüberwachung: Trans ratieaufbau und Selbst	tion (SPD) sparenz und echte Ref	ormen statt
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
21.	Antrag der Abgeordner Bäuerliche Strukturen stärkere Förderung de Drs. 17/14113, 17/151	in Bayern sichern – r ersten Hektare bei A		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			A

22.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Direktvermarktung in Bayern fördern – Offenlegung möglicher Potenziale Drs. 17/14114, 17/15119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Neustrukturierung der Lebensmittelüberwachung in Bayern: Wir fordern eine angemessene Personalausstattung sowie umgehende Information der Betriebe! Drs. 17/14134, 17/14875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle – Offenlegung der Aktivitäten der Staatsregierung Drs. 17/14135, 17/14876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
 Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität verbessern! Drs. 17/14153, 17/15075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen Drs. 17/14154, 17/14877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen! Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

30.	Jürgen Mistol u.a. und Rettungskräfte in Bay Drs. 17/14422, 17/149 Votum des federführe		90/DIE GRÜNEN) adenslagen fit macher	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			
31.	und Fraktion (BÜNDN	IIS 90/DIE GRÜNEN) senken: Rezeptfreie N	Ludwig Hartmann, Uli Ialoxonabgabe in Apot	
	Votum des federführe Gesundheit und Pfleg	nden Ausschusses für e		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
32.	Inge Aures u.a. SPD Sonderprogramm aus	eten Dr. Christoph Rab weiten: Aufnahme ein: schriebenen Fördergeb 074 (A)	zelner Kommunen	

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen Drs. 17/14412, 17/15046 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

34.	Dringlichkeitsantrag de Sandro Kirchner u.a. (Geplante Verlagerung Elfershausen aktiv beg Drs. 17/14463, 17/150	CSU des Schaeffler-Werks gleiten		erländer,
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier	nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un		d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z	
35.	Dringlichkeitsantrag d Günther Felbinger u.a Schaeffler-Standort El Drs. 17/14483, 17/150	. und Fraktion (FREIE fershausen erhalten	ert Aiwanger, Florian S WÄHLER)	treibl,
	Votum des federführe Wirtschaft und Medier	nden Ausschusses für n, Infrastruktur, Bau un		d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
36.	Antrag der Abgeordne Ernst Weidenbusch C Linksextreme Agitation Drs. 17/14469, 17/149	SU n im Landkreis Münch		
	Votum des federführe Kommunale Fragen, l	nden Ausschusses für nnere Sicherheit und S		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		团	

B7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Gleichberechtigung bei Hochwasserhilfe Drs. 17/12138, 17/15053

DIS. 17/12/130, 17/13033

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 01.02.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion CSU; Politische Bildung als wirksame Prävention gegen Antisemitismus und Extremismus (Drucksache 17/15187)

Name	Ja	Nein	Enthalf mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	Х		
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold	Х		
Brannekämper Robert	Х		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian			
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
FlierI Alexander	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			-
Häusler Johann	X		+
Halbleib Volkmar			_
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hölzl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	Х		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine	X		-
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		-
König Alexander	X		-
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert	Х		
Kraus Nikolaus	Х		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	Х		
Kühn Harald	Х		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	Х		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas	Х		
Lotte Andreas	Х		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	Х		
Müller Emilia			
Müller Ruth	Х		
Mütze Thomas	Х		
Muthmann Alexander	Х		
Niveral Maltar	V		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	Х		
Pfaffmann Hans-Ulrich	Х		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	Х		
RadImeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	Х		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	Х		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	Х		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	Х		
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	Х		
Schuster Stefan	X		
	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	Х		
Sem Reserl	.,		
Sengl Gisela	Х		
Sibler Bernd	Х		
Dr. Söder Markus	Х		
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	Х		
Steinberger Rosi	Х		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	Х		
Stöttner Klaus	- •		+
Straub Karl	Х		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
	Х		-
Ströbel Jürgen			-
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	Х		
Tasdelen Arif	Х		
Taubeneder Walter	Х		
Tomaschko Peter	Х		
Trautner Carolina	Х		
Unterländer Joachim	Х		
Dr. Vetter Karl	Χ		
Vogel Steffen	Χ		
Waldmann Ruth	Х		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	Х		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Х		
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner-Muggendorfer Johanna	Х		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		_
Winter Georg	X		
Winter Georg Winter Peter	X		+
Wittmann Mechthilde	X		-
Woerlein Herbert	Х		
Zacharias Isabell	Х		
Zellmeier Josef	Х		
Zierer Benno	Х		
Gesamtsumme	150	0	0